



33. Jahrgang · 2006 · Heft 3

Franz Steiner Verlag

Vierteljahresschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Frank Hatje
Stiftung, Stadt und Bürgertum

Herbert Schubert
Stadt als sicherer Raum

Dirk Schubert
**Stadtumbau in Singapur, Hong Kong und
Shanghai zwischen Modernisierung und Erhalt**

Andreas Brunold
Stadtentwicklung zum Beispiel: Backnang

Die alte Stadt

Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Die Alte Stadt
in Verbindung mit Gerd Albers, Helmut Böhme, August Gebeßler,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Begründet von Otto Borst

Redaktionskollegium:

HANS SCHULTHEISS (Chefredakteur) – Prof. Dr. AUGUST
GEBESSLER (Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft
Die alte Stadt e.V.) – Dr. WINFRIED MÖNCH (Bespre-
chungen).

Prof. Dr. HARALD BODENSCHATZ, TU Berlin, Institut für
Sozialwissenschaften – Prof. Dr. DIETRICH DENECKE,
Universität Göttingen, Geographisches Institut –
Prof. Dr. ANDREAS GESTRICH, Universität Trier, Fachbe-
reich Geschichte – Prof. Dr. TILMAN HARLANDER, Uni-
versität Stuttgart, Institut Wohnen und Entwerfen –
Dr. HELMUT HERRST, Galerie der Stadt Waiblingen –
Prof. Dr. JOHANN JESSEN, Universität Stuttgart, Städte-
bau-Institut – Prof. Dr. RAINER JOOSS, PH Schwäbisch
Gmünd, Historisches Seminar – Prof. Dr. URSULA VON
PETZ, RWTH Aachen, Planungstheorie und Stadtpla-
nung – VOLKER ROSCHER, Architektur Centrum Ham-
burg – Prof. Dr. JOACHIM SCHULTIS, Heidelberg – Prof.
Dr. DIETER SCHOTT, University of Leicester, Dep. of
Economic and Social History – Prof. Dr. HOLGER
SONNABEND, Universität Stuttgart, Historisches Insti-
tut.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungs-
exemplare werden an die Redaktionsadresse
erbeten: Die alte Stadt, Postfach 10 03 55, 73726
Esslingen a.N., Marktplatz 16, 73728 Esslingen a.N.,
Tel.: (0711) 3512 3242,
Fax: (0711) 3512 2418.

Die Zeitschrift *Die alte Stadt* ist zugleich Mitglie-
derschrift der ca. 140 Städte umfassenden Arbeits-
gemeinschaft Die alte Stadt e.V.

Erscheinungsweise: Jährlich 4 Hefte
zu je 88 Seiten

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 79,- Einzelheft EUR 24,-,
jeweils zuzüglich Versandkosten. Vorzugspreis für
Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen
Studienbescheinigung € 60,- zzgl. Versandkosten
(Versandkosten Inland: € 9,40; zusätzl. f. Direktver-

sand € 3,96; Shipping Costs: € 13,40; add. if mailed
directly € 3,96)

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des
Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres
erfolgen und müssen bis zum 15. November des
laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Verlag: Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH,
Sitz Stuttgart
Birkenwaldstraße 44, D-70191 Stuttgart; Postfach
101061, D-70009 Stuttgart
Tel.: (0711) 2582-0, Fax: (0711) 2582-408 (390),
Internet: <http://www.steiner-verlag.de>, E-mail:
cfelmik@steiner-verlag.de

Anzeigenleitung (verantwortlich): Susanne
Szoradi (sszoradi@steiner-verlag.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Der
Verlag haftet nicht für unverlangt eingereichte
Manuskripte. Die der Redaktion angebotenen
Originalbeiträge dürfen nicht gleichzeitig in anderen
Publikationen veröffentlicht werden. Mit der
Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor
dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die
Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlos-
sen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung
elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in
Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfälti-
gung und Verbreitung online und offline.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt. Kein Teil dieser Zeit-
schrift darf außerhalb der engen Grenzen des
Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmi-
gung des Verlags in irgendeiner Form reproduziert
oder in eine von Maschinen, insbesondere von
Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache
übertragen werden.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München

© 2006 Franz Steiner Verlag
Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart
Printed in Germany. ISSN 0170-9364



Abhandlungen

FRANK HATJE, Stiftung, Stadt und Bürgertum. „Konjunkturen“ karitativer Stiftungen vom 16. bis 19. Jahrhundert	219
HERBERT SCHUBERT, Stadt als sicherer Raum. Zur Diskussion um eine „städtebauliche Kriminalprävention“	249
DIRK SCHUBERT, Stadtumbau in Singapur, Hong Kong und Shanghai zwischen Modernisierung und Erhalt	268

Reihe: Stadtentwicklung zum Beispiel

ANDREAS BRUNOLD, Stadtentwicklung zum Beispiel: Backnang. Stadtplanung und Kommunalpolitik 1950 – 1980	293
---	-----

Besprechungen

FRANZ ALTO BAUER, Das Bild der Stadt Rom im Frühmittelalter (Immo Eberl)	307
MICHAEL BRIX, Der Barocke Garten. Magie und Ursprung: André le Notre in Vaux Le Vicomte (Renate Kastorff-Viehmänn)	308
HEINZ GÜNTHER HORN u.a. (Hrsg.), Stadtentwicklung und Archäologie (Dietrich Denecke)	309
JEFFREY W. CODY, Exporting American Architecture. 1870-2000 (Dietrich Denecke)	311
KURT GROBECKER, Hafen Hamburg. Sechs Jahrzehnte Erfolgsgeschichte (Thomas Wolfes)	313
ENGELBERT KREMSENER, Anstiftung zum Raum (Franziska Puhann-Schulz).....	315

Frank Hatje

Stiftung, Stadt und Bürgertum

„Konjunkturen“ karitativer Stiftungen vom 16. bis 19. Jahrhundert

1. Vorbemerkungen

„Von B. kann man recht sagen, was die Bibel von den Vögelein sagt, sie säen nicht, und erndten nicht, und doch ernährt sie der himmlische Vater – Uebrigens glaube ich, daß B. sein Glück dankbar erkennt, und durch Wohlthätigkeit zu verdienen sucht.“¹ Mit diesen Worten äußerte sich Ferdinand Beneke über den Hamburger Pastorensohn und Advokaten Johann Karl Berkhan, der durch eine reiche Heirat in die Lage versetzt worden war, ein Landgut in der Altmark zu erwerben.² Beneke war in Fragen der Moral und der Wohlthätigkeit ein Mann von hoher Sensibilität und scharfem Urteil gegenüber dem Verhalten seiner Mitmenschen. Der gebürtige Bremer – Jurist wie Berkhan und aus verarmtem Kaufmannshause – hatte 1796 seinen Dienst bei der preußischen Provinzialregierung in Minden quittiert und sich in Hamburg als Advokat niedergelassen, weil er nur in einer freien Republik seinen Wunsch, gemeinnützig zu wirken, verwirklichen zu können glaubte.³ In dieser Konsequenz ist er herausragend, aber in seiner Haltung kein Einzelfall.⁴ Den Mangel an Geld machte er dabei durch

- 1 *Staatsarchiv Hamburg (StAHH)*, Familienarchiv Beneke C 2 Mappe 13: Tagebuch Ferdinand Beneke, 4. Februar 1813. Vgl. zu Benekes Tagebüchern und ihrer Edition *F. Hatje*, Ferdinand Beneke (1774-1848): Tagebücher, Briefwechsel, Schriften, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 2/2004, S. 107 – 110.
- 2 Zu Johann Karl Berkhan, Dr. jur., geb. 1782 in Magdeburg als Sohn des späteren Hauptpastors an der Hamburger St. Katharinenkirche, gest. 1843, siehe *H. Schröder*, *Lexikon hamburgischer Schriftsteller bis zur Gegenwart*, Hamburg 1851-1883, hier Bd. 1, S. 232 f.
- 3 Zu Ferdinand Beneke, Dr. jur., geb. 1774, gest. 1848, siehe vorerst *J. Grolle*: Beneke, Ferdinand, in: *Hamburgische Biografie*, Bd. 1, Hamburg 2001, S. 41 f.; eine gute Charakteristik bietet *Theodor Fr. Böttiger*, *Hamburgs Patrioten 1800-1814*, Berlin 1826, S. 47-75. Benekes Tagebücher zeigen ihren Verfasser geradezu als einen Prototypen der Bürgerlichkeit in der Periode zwischen der Französischen und der Revolution von 1848/49. Vgl. *Cl. Thorn*, Ferdinand Beneke: Tagebücher und Briefwechsel 1792-1848, in: *Hamburger Wirtschafts-Chronik N.F.* 4 (2004), S. 154-161; *A.Ch. Trepp*, *Sanfte Männlichkeit und selbständige Weiblichkeit. Frauen und Männer im Hamburger Bürgertum zwischen 1770 und 1840*, Göttingen 1996; *dies.*, Anders als sein „Geschlechtscharakter“ – der bürgerliche Mann um 1800. Ferdinand Beneke (1774-1848), in: *Historische Anthropologie* 4 (1996), S. 57-77.
- 4 Vgl. insgesamt *F. Hatje*, *Zwischen Republik und Caritas. Karitative Ehrenamtlichkeit im Hamburg des 18. und 19. Jahrhunderts*, in: *Westfälische Forschungen* 55 (2005), S. 239-266; *ders.*: *Ehrenamt und „Gemeinnützigkeit“ zwischen Familientradition und Geselligkeit (Hamburg 1740 – 1840)*, in: *A.V. Hartmann u.a.* (Hrsg.), *Eliten um 1800. Erfahrungshorizonte, Verhaltensweisen, Handlungsmöglichkeiten*, Mainz 2000, S. 201-229.

den Einsatz an Zeit wett. Er wird noch 1796 Mitglied einer Montagsgesellschaft, die über Verbesserungen des Justiz-, Steuer-, Zunft- und Bildungswesens etc. debattiert und sich bald auch konkret der Gründung einer Vorstadtschule annimmt;⁵ er wird später Mitglied der Patriotischen Gesellschaft⁶ und ehrenamtlicher Armenpfleger der Allgemeinen Armenanstalt⁷ und vermittelt darüber hinaus zwischen wohlhabenden Privatiers und in Not geratenen Familien.

Ein zweiter Bremer, der Hamburger wurde, kam 1835 bereits als etablierter Überseekaufmann und chilenischer Honorarkonsul an die Elbe: Daniel Schutte.⁸ Er heiratete 1845 Bertha de Jongh, eine Nichte des vom jüdischen zum lutherischen Bekenntnis konvertierten Kaufmanns Hartwig Hesse, der anlässlich seiner Konversion 1824 ein Wohnstift für Witwen errichtet und mit einem Stiftungskapital von 10.000 Mark banco zum Unterhalt ausgestattet hatte.⁹ Außer dass Schutte 1855 in den Stiftungsvorstand des „Hartwig-Hesse’s-Witwen-Stifts“ gewählt wurde, wissen wir wenig von einem aktiv wohlätigen Wirken. Hingegen verfügte das kinderlose Ehepaar, dass aus dem gemeinsamen Vermögen zunächst 24 Stiftungen und Vereine zu gleichen Teilen bedacht – nur die Stiftung Hartwig Hesses erhielt eine „doppelte Portion“ – und rund 1,4 Mio. Goldmark auf die Errichtung einer Stiftung verwendet werden sollten. Davon sollten zunächst 57 Freiwohnungen für Familien oder Einzelpersonen „aus den s. g. besseren Ständen der Gesellschaft, die früher in günstigeren Verhältnissen gelebt haben“, gebaut und ein Miete-Unterstützungsfonds eingerichtet werden.¹⁰ Eine pikante Note enthielt das Testament insofern, als Schutte Hamburgs Senat und Bürgerschaft dadurch zur unentgeltlichen Bereitstellung eines Grundstücks für das Wohnstift zu drängen versuchte, dass er androhte, anderenfalls sein gesamtes Vermögen – immerhin schät-

5 Die Inhalte der Vorträge und Debatten wie auch die Fortschritte der Schulgründung sind vor allem durch die Tagebucheinträge greifbar. Siehe Tb. F. Beneke, 12., 22., 26., 29 Jan.; 9., 12. Febr.; 31. März; 4., 13., 27. April; 13., 14., 21. Mai; 3., 17. Sept. 1798.

6 Zur Patriotischen Gesellschaft siehe vor allem F. Kopitzsch, Die Hamburgische Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe, in: R. Vierhaus (Hrsg.), Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften, München 1980, S. 71-118.

7 Zu Benekes Selbstverständnis und seinen Auffassungen über die Armenanstalt F. Hatje (s. A 4), S. 256 ff.; S. Pielhoff, Paternalismus und Stadtarmut. Armutswahrnehmung und Privatwohlätigkeit im Hamburger Bürgertum 1830-1914, Hamburg 1999, Teil I passim; künftig *ders.*, Religiosität und Gemeinsinn. Ideal und Praxis der Armenpflege bei Ferdinand Beneke, in: Zs. für Hamburgische Geschichte 92 (2006) [im Druck]. – Zur Allgemeinen Armenanstalt von 1788 siehe u.a. M. Lindemann, Patriots and Paupers. Hamburg, 1712-1830, New York 1990.

8 Zu Daniel Schutte, geb. 1798 in Bremen, gest. 1886 in Hamburg, siehe G. Commichau, 100 Jahre Daniel Schutte-Stiftung, Hamburg 1992, S. 12, 15, 18.

9 Vgl. Erich von Lehe, Die Geschichte des Hartwig-Hesse’s Witwen-Stiftes in Hamburg-St. Georg mit den Pflegeheimen in Barmbek und Rissen, Hamburg 1976.

10 G. Commichau (s. A 8), S. 21, 24, 92 ff.

Hamburg	>80,00
Berlin (inkl. Schöneberg)	72,41
Dresden	50,90
Nürnberg	22,20
Düsseldorf	14,77
Halle	11,46
Köln	10,23
Frankfurt/Main	9,52
Essen	7,24
Charlottenburg	4,85
Zwickau	4,62
Elberfeld	4,17
Heidelberg	3,19
Kiel	2,28
Barmen	2,23

Tab. 1: Stiftungsvermögen deutscher Städte am Vorabend des Ersten Weltkriegs in Mio. Mark (Quelle: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften Bd. 4, Jena 1924, S. 90 f.).

zungsweise drei Mio. Goldmark – mildtätigen Einrichtungen in Bremen zukommen zu lassen.¹¹ Der Versuch gelang. Das erste Stiftungsgebäude konnte 1892 bezogen werden.

Auch das Ehepaar Schutte ist ein bemerkenswertes Beispiel im Hinblick auf die Vermögensmasse, die wohlthätigen Zwecken zugeführt wurde, aber beileibe kein Einzelfall. Ihre Stiftung fällt in die Boomphase des hamburgischen Stiftungswesens ab der Mitte des 19. Jahrhunderts, die Benekes 1801 geäußerten Pessimismus, das neue Jahrhundert beginne mit einem Niedergang des Gemeinsinns,¹² Lügen zu strafen scheint. Immerhin wuchs das gesamte Stiftungsvermögen in Hamburg von eher zu niedrig angesetzten 6,4 Mio. Mark banco im Jahre 1845¹³ auf über 80 Mio. Mark am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Damit lag Hamburg an der Spitze aller deutschen Städte, obwohl dieser Stiftungsboom auch andernorts statthatte.¹⁴

11 Vgl. Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 20. Mai 1891.

12 Ferdinand Beneke: Briefe eines Hanseaten, in: Hanseatisches Magazin 5 (1801), S. 200-270, hier: S. 239-242.

13 *Johann Martin Lappenberg* (Bearb.), Die milden Privatstiftungen, Hamburg 1845, S. 275. Die Berechnungen Lappenbergs basieren auf archivalisch zusammengetragenen Nachrichten, die, wie er selbst einräumt, nicht vollständig zu erschließen waren.

14 Vgl. *A. Ludwig*, Der Fall Charlottenburg. Soziale Stiftungen im städtischen Kontext (1800-1950), Köln 2005; *W. Hofmann / Andreas Ludwig*, Soziale Stiftungen und ihr Beitrag zur Gestaltung der städtischen

Doch ist schwerlich zu übersehen, dass es sich bei den beiden Beispielen um zwei verschiedene Handlungsweisen handelt, die sich aus zwei verschiedenen Konzeptionen von gemeinnütziger Tätigkeit herleiten, und nicht von ungefähr stehen ihre Akteure hie für das Bildungs-, da für das Wirtschaftsbürgertum. Indessen muss hinzugefügt werden, dass dieser Unterscheidung zumindest für Hamburg etwas Artifizielles anhaftet. Schon das gesamte 18. Jahrhundert über gab es einen regen Austausch zwischen den Angehörigen der gehobenen Kaufmannsschicht und denen, die als Akademiker und Freiberufler ihr Brot verdienten. Oft stammten sie aus denselben Familien und nicht selten vereinte ein- und dieselbe Person beide Facetten in sich.¹⁵ Diese Verzahnung ist als eine entscheidende Grundlage für das Mäzenatentum des 19. Jahrhunderts identifiziert worden,¹⁶ spielte aber auch im Bereich privater Wohltätigkeit eine wichtige Rolle. Bildungsbürgerlich jedoch war die moralische Emphase, mit der das ehrenamtlich-gemeinnützige Wirken in den Jahrzehnten vor und nach der Wende zum 19. Jahrhundert überhöht, eingefordert und mit einem ebenso emphatischen Bürgerbegriff verbunden wurde.¹⁷ Allerdings überdeckt diese Emphase das Faktum, dass es seit der Reformation ein von Bürgern – und zwar in der Regel von Kaufleuten – im Ehrenamt verwaltetes und getragenes System der Armenfürsorge gab, das mit seinen subsidiären Prinzipien die Existenz karitativer Stiftungen implizit voraussetzte.¹⁸

sozialen Daseinsvorsorge im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: *J. Reulecke* (Hrsg.), *Die Stadt als Dienstleistungszentrum. Beiträge zur Geschichte der „Sozialstadt“ in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, St. Katharinen 1995, S. 281-324. In Nürnberg verdreifachte sich das Stiftungsvermögen zwischen 1830 und 1910: *Handwörterbuch der Kommunalwiss.* Bd. 4, 1924, S. 90. Vgl. dazu auch *H.-W. Schmuhl*, *Mäzenatisches Handeln städtischer Führungsgruppen in Nürnberg und Braunschweig im 19. Jahrhundert*, in: *J. Kocka / M. Frey* (Hrsg.), *Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert*, Berlin 1998, S. 54-81. Vgl. allgemein *M. Frey*, *Macht und Moral des Schenkens. Staat und bürgerliche Mäzene vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin 1999, S. 71–124.

15 Eindrucksvoll belegt dies in aller Umfassendheit *F. Kopitzsch*, *Grundzüge einer Sozialgeschichte der Aufklärung in Hamburg und Altona*, 2. Aufl. Hamburg 1990.

16 *J. Kocka*, *Bürger als Mäzene. Ein historisches Forschungsproblem*, in: *Th.W. Gaethgens / M. Schieder* (Hrsg.), *Mäzenatisches Handeln. Studien zur Kultur des Bürgersinns in der Gesellschaft. Festschrift für Günther Braun zum 70. Geburtstag*, Berlin 1998, S. 30-38.

17 Vgl. u.a. *R. Vierhaus*, „Patriotismus“ – Begriff und Realität einer moralisch-politischen Haltung, in: *ders.* (Hrsg.), *Deutsche patriotische und gemeinnützige Gesellschaften*, München 1980, S. 9-29; *H.E. Bödecker*, *Die „gebildeten Stände“ im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert*, in: *J. Kocka* (Hrsg.), *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert, Teil IV: Politischer Einfluss und gesellschaftliche Formation*, Stuttgart 1989, S. 21-52; *P. Nolte*, *Bürgerideal, Gemeinde und Republik. „Klassischer Republikanismus“ im frühen deutschen Liberalismus*, in: *HZ* 254 (1992), S. 609-656.

18 *F. Hatje*, „Gott zu Ehren, der Armut zum Besten“. Hospital zum Heiligen Geist und Marien-Magdalenen-Kloster in der Geschichte Hamburgs vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Hamburg 2003, S. 187-213, 215-218.

Beides verband sich im Kontext der Erweckungsbewegung, was sich nicht nur in der „offenen“ Armenfürsorge,¹⁹ sondern auch im Stiftungswesen niederschlug.²⁰

Es ist die Hypothese formuliert worden, dass die Institutionen der Daseinsvorsorge „Äußerungsformen kollektiver städtischer Identität, Garanten [...] des politisch-sozialen Systems Stadt“ gewesen seien. Dem Armenwesen sei bei der damit verbundenen gesellschaftlichen Konsensfindung die Aufgabe zugekommen, den „städtischen Sozialverband“ zu stabilisieren, und war damit „der Prüfstein für die Funktionstüchtigkeit des städtischen Sozialverbandes schlechthin“. „Die Organisationsformen der Armen-, Kranken- und Waisenversorgung indizieren an zentraler Stelle die Funktionsweise des Systems Stadt.“²¹

Wenn dem so ist – und es spricht viel dafür, wie die folgenden Ausführungen zu zeigen versuchen –, dann müsste sich am städtischen System der Daseinsvorsorge gesellschaftlicher Wandel ablesen lassen. Andererseits erscheinen aber gerade karitative Stiftungen als Einrichtungen der Daseinsvorsorge gegenüber Veränderungsprozessen als besonders widerstandsfähig. Diesem provozierenden Paradoxon soll hier mit dem Versuch begegnet werden, Konjunkturen des Stiftungsgeschehens in einer Langzeitperspektive nachzuzeichnen. Der Begriff „Konjunktur“ ist dabei bewusst doppeldeutig gewählt. Einerseits verbirgt sich dahinter die Frage nach einem Konjunkturverlauf, nach Hausse und Baisse des Stiftens; andererseits gilt es, die Bedingungen und Einflussgrößen auf den Konjunkturverlauf zu umreißen. Das empirische Material dazu beruht auf Untersuchungen zu Hamburg, soll aber mit den Thesen des mittlerweile vergleichsweise vielschichtigen Forschungsstandes – Stiftungen haben auch in diesem Sinne Konjunktur – abgeglichen, methodisch reflektiert und damit in einen weiteren Horizont gestellt werden. Ausgehend von den zentralen Merkmalen mittelalterlicher Stiftungen werden zunächst die memorialen Funktionen und die

19 Den Prozess hat S. Pielhoff (s. A 7) aspektenreich analysiert. Zur Erweckungsbewegung in Hamburg vor allem I. Lahrson, *Zwischen Erweckung und Rationalismus. Hudtwalcker und sein Kreis*, Hamburg 1959. Siehe künftig auch F. Hatje, *Die Frühphase der Erweckungsbewegung in Hamburg*, in: ders. (Hrsg.), *Die Kirche in der Stadt. Religion und Gesellschaft in Hamburg von der Reformation bis zur Gegenwart* [erscheint voraussichtlich Köln 2007].

20 Selbst in der Ausrichtung einer ursprünglich im spätaufklärerisch-patriotischen Sinne gegründeten Stiftung konnte sich diese Wende prononciert niederschlagen. F. Hatje, *Das Magdalenenstift und die Stiftung Abendroth-Haus in Hamburg. Die Geschichte eines Hauses für Mädchen und Frauen am Rande der Gesellschaft*, in: „Gefährdete Mädchen“. 175 Jahre soziale Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen im Abendroth-Haus, Münster 1997, S. 13-110, hier S. 14-38.

21 O. Mörke, *Daseinsvorsorge in Städten der niederländischen Republik. Bemerkungen zur Persistenz des alteuropäischen Gemeindekorporatismus*, in: P. Johaneke (Hrsg.), *Städtisches Gesundheits- und Fürsorgewesen vor 1800*, Köln 2000, S. 125 ff.

Frage nach den religiösen Aspekten, dann Gesichtspunkte von Statusrepräsentation und Selbstinszenierung von Stiftern und die Einbettung von Stiftungszwecken in die zeitgenössischen Sinn- und Werthorizonte zu behandeln sein, bevor abschließend die Relation zwischen privatwohltätiger Stiftungstätigkeit, öffentlich-kommunaler Armenfürsorge und der Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Selbstverständnisses im Bürgertum betrachtet werden soll.

2. Memoriale Funktionen und religiöse Aspekte

Karitative Stiftungen nehmen als „Äußerungsformen kollektiver städtischer Identität“ und als Teil der Armenfürsorge offenkundig eine exponierte Stellung ein. Immerhin verausgabten die privaten Stiftungen in Hamburg 1910 mit knapp zwei Mio. Mark annähernd ebensoviel an Unterstützungen in Bargeld wie die offene öffentliche Armenfürsorge.²² Auch an dem Aufschwung im Stiftungswesen, der dem vorausging, hatten die karitativen Stiftungen den weitaus größten Anteil, obschon sich die Stiftungszwecke im Laufe des 19. Jahrhundert diversifizierten und die Bereiche Bildung, Wissenschaft, Kunst und Kultur erheblich an Bedeutung gewannen.²³ Die sozialen Zwecke dominierten zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert. In Kassel beispielsweise entfielen nicht mehr als 20% der Stiftungen auf den kulturellen Sektor, in Dresden machten Stiftungszwecke zugunsten sozialer Fürsorge (1870 – 1914) rund 70% aus, in Nürnberg sank der Anteil der Unterrichtsstiftungen gemessen am gesamten Stiftungsvermögen zwischen 1830 und 1910 von einem Fünftel auf ein Sechstel.²⁴ In Hamburg flossen 1845 – überschlägig gerechnet – nur 18% der Einnahmen der Privatstiftungen aus Kapitalzinsen in den Bildungssektor.²⁵

22 S. Pielhoff (s. A 7), S. 17.

23 Sehr eindrucksvoll ist hier die Frankfurter Bilanz. Vgl. W. Klötzer, Über das Stiften – Zum Beispiel Frankfurt am Main, in: B. Kirchgässner / H.P. Becht (Hrsg.), Stadt und Mäzenatentum, Sigmaringen 1997, S. 15-30.

24 D. Hein kommt für das Großherzogtum Baden im Vormärz zu ähnlichen Ergebnissen, vgl. D. Hein, Das Stiftungswesen als Instrument bürgerlichen Handelns im 19. Jahrhundert, in: H.P. Becht / B. Kirchgässner (s. A 23); Zu Kassel: A. Schulz, Mäzenatentum und Wohltätigkeit. Ausdrucksformen bürgerlichen Gemeinns in der Neuzeit, in: J. Kocka / M. Frey (s. A 14), S. 246; zu Dresden: S. Lässig, Mäzenatisches Handeln und politische Bürgerlichkeit. Zur politischen und sozialen Dimension der kulturellen Praxis von Juden und anderen Bürgern in den Kommunen des deutschen Kaiserreichs, in: Jb. Liberalismusforschung 2001, S. 75-112.; zu Nürnberg: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften Bd. 4, Jena 1924, S. 90 f.; vgl. H.-W. Schmuhl (s. A 14), S. 62. Der Befund ist umso bemerkenswerter als Nürnberg auf eine lange Tradition von Schulstiftungen zurückblicken konnte: R. Endres, Armenstiftungen und Armenschulen in Nürnberg in der Frühneuzeit, in: Jb. für fränkische Landesforschung 53 (1992), S. 55-64.

25 J.M. Lappenberg (s. A 13), S. 275 f. Dergleichen Berechnungen sind freilich nicht unproblematisch, weil die Statistik auf bereits aggregierten Daten beruht. Ich habe überdies aus der Lappenbergschen Statistik die Zuwendungen an Familienmitglieder durch Familienstiftungen herausgerechnet.

Karitative Stiftungen gehörten also offenbar zu den konstanten Faktoren innerhalb der städtischen Daseinsvorsorge. Zugleich weist die Institution Stiftung selbst ein hohes Maß an Konstanz auf. Das definitorische Grundgerüst der Stiftung – Stifter, Vermögen, Stiftungszweck, Dauerhaftigkeit und Institutionalität – gilt epochenübergreifend vom Mittelalter bis in die Gegenwart und bietet überdies für den interkulturellen Vergleich zentrale Anknüpfungspunkte.²⁶ Nicht von ungefähr hat Borgolte die Stiftung unter die „totalen sozialen Phänomene“ aufgenommen.²⁷ Gemeint sind damit Phänomene, die religiöse, wirtschaftliche, soziale, rechtliche, ästhetische und „morphologische“ Tatsachen in sich schließen. Dabei knüpft er zum einen an einen Begriff an, den Marcel Mauss im Hinblick auf die Bedeutung des Gabentauschs für die Gestaltung sozialer Beziehungen zwischen Gemeinschaften, Gruppen, Familien oder Individuen formuliert hat.²⁸ Im Hinblick auf diesen Ansatz ist dem Mediävisten recht, was den Forschungen zum mäzenatischen Handeln im 19. Jahrhundert billig ist, die teils implizit, teils explizit auf Mauss rekurrieren, wobei der Ritus der Gegengabe nicht immer so konkret benannt werden kann wie bei den Schenkungen an die königlich-preußischen Museen.²⁹

Für den Mediävisten ergibt sich der Gabentausch aus der Verknüpfung von Stiftung und Totengedenken. Die mittelalterliche Memoria war nicht „das bloße Andenken [...], sondern soziales Handeln [...], das Lebende und Tote als Rechtssubjekte miteinander verband“. Die Totenmemoria bewirkte „eine stete Erneuerung und Selbstvergewisserung einer sozialen Gruppe“, sie war „bedeutsam für die Dauer der Gruppe in der Zeit und für ihr Wissen von ihrer eigenen Geschichte“.³⁰ Eine zentrale Funktion hatte dabei das Gebet für das Seelenheil des Verstorbenen. Die Stiftung bot also die Möglichkeit, nach dem Tod in den Genuss von heilswirksamen Handlungen zu gelangen, die nicht nur durch ihre Dauer – idealiter bis zum Jüngsten Tag – Gewicht hatten, sondern vor allem durch die große Zahl der Fürbittenden. Dass Stiftungen zugunsten von Kirchen, Klöstern und für die Armen hierfür besonders geeignet waren, bedarf

26 Vgl. u.a. M. Borgolte, Von der Geschichte des Stiftungsrechts zur Geschichte der Stiftungen, in: *H. Liermann*, Geschichte des Stiftungsrechts, hrsg. v. A. Frhr. von Campenhausen, Tübingen 2002, S. 13-69 mit ausführlicher Literatur.

27 M. Borgolte, „Totale Geschichte“ des Mittelalters? Das Beispiel der Stiftungen, Berlin 1992.

28 M. Mauss, Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1996.

29 Dies gilt vor allem für M. Frey, Tilmann von Stockhausen: Potlatsch in Preußen? Schenkriten an der Berliner Gemäldegalerie im 19. Jahrhundert, in: *J. Kocka / M. Frey* (s. A 14), S. 18-37 sowie M. Frey (s. A 14).

30 O.G. Oexle, Die Gegenwart der Toten, in: *H. Braet / W. Verbeke* (Hrsg.), Death in the Middle Ages, Leuven 1983, S. 19-77, hier: S. 29 f.; ders.: Die mittelalterlichen Gilden: Ihre Selbstdeutung und ihr Beitrag zur Formung sozialer Strukturen, in: *A. Zimmermann* (Hrsg.), Soziale Ordnungen im Selbstverständnis des Mittelalters, 1. Halbband, Berlin, New York 1979, S. 203-226, hier: S. 214.

kaum der Erwähnung.³¹ Dieser religiöse Hintergrund bildet historisch-genetisch eigentlich die Basis für die Institution Stiftung, benennt die Gegengabe (Memoria) und begründet, warum Stiftungen auf lange Dauer hin angelegt sind. Dies unterscheidet sie von anderen Formen mäzenatischen Handelns, von Schenkungen und Spenden beispielsweise.³²

Nun ist kaum zu übersehen, dass die reformatorische Rechtfertigungslehre die religiöse Grundlage der Institution Stiftung in Frage stellte und sich gegen Ende des 18. Jahrhunderts das Verhältnis der Lebenden zu „ihren“ Toten – und damit das Totengedenken – veränderte. Dass die Institution Stiftung deswegen nicht zu einem Auslaufmodell der Geschichte wurde, ist indes offensichtlich. Ob etwa die Renaissance der Religion im Bürgertum des 19. Jahrhunderts eine Rolle in diesem Geschehen spielte,³³ gehört zu den bislang eher vernachlässigten Fragen,³⁴ obwohl die Zeitgenossen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Stiftungskonjunktur und „Religiosität“ gesehen haben:

„Wenn wir die Neigung zu so vielen löblichen Stiftungen bei unseren Vorfahren mit Freuden schon so früh entdecken [d.h. im Mittelalter], so erkennen wir jedoch gerne, daß durch die Kirchenreformation die fromme Gesinnung, von vielfach erhöhter Kraft durchdrungen, in Werken der Wohlthätigkeit aufblühte. Die Abschwächung des religiösen Sinnes in dem letzt verflossenen [d.h. 18.] Jahrhunderte giebt sich freilich auch in diesem Symptome kund, doch die Wiedererweckung einer tieferen und erns-

31 Vgl. u.a. R. Lusiardi, Stiftung und städtische Gesellschaft. Religiöse und soziale Aspekte des Stiftungsverhaltens im spätmittelalterlichen Stralsund, Berlin 2000; B. Noodt, Religion und Familie in der Hansestadt Lübeck anhand der Bürgertestamente des 14. Jahrhunderts, Lübeck 2000; S. Pressuhn, Tot ist, wer vergessen wird. Totengedenken an der St. Ansgarii-Kirche in Bremen im Spiegel des Nekrologs aus dem 15. Jahrhundert, Hannover 2001.

32 M. Frey (s. A 14) konstatiert, das die Begriffe „Stifter“ und „Mäzen“ sich um 1900 weitgehend in ihrer Bedeutung angenähert hätten. Es scheint mir jedoch nicht unproblematisch, dass von diesem Befund aus Mäzenatentum – insbesondere bei Frey und Kocka – begrifflich immer wieder in „mäzenatisches Handeln“ aufgelöst wird, um dann Schenken, Spenden und Stiften gleichermaßen darunter zu subsumieren. Damit wird bürgerliche Kulturförderung, was ja im engeren Sinne mit Mäzenatentum gemeint ist, von vornherein mit privater Wohltätigkeit in einen Topf geworfen. Damit fehlt der Analyse bisweilen die begriffliche Trennschärfe, was teils zu einer gewissen Verwirrung führt (so in den Beiträgen bei H.P. Becht / B. Kirchgässner (s. A 23), teils so absonderliche Blüten treibt, Stiften und Spenden einerseits sowie Mäzenatentum andererseits als komplementäre Begriffe zu fassen.

33 Vgl. zum Protestantismus im 19. Jahrhundert u.a. Th. Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983, S. 403-451; J.-Chr. Kaiser, Die Formierung des protestantischen Milieus. Konfessionelle Vergesellschaftung im 19. Jahrhundert, in: O. Blaschke / F.-M. Kuhlemann (Hrsg.), Religion im Kaiserreich. Milieus – Mentalitäten – Krisen, Gütersloh 1996, S. 257-289.

34 Dies verwundert allerdings wenig in Anbetracht der lange obwaltenden Abstinenz der Sozialgeschichte gegenüber der Frömmigkeits-, Religions- und Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts; vgl. W. Schieder, Sozialgeschichte der Religion im 19. Jahrhundert. Bemerkungen zur Forschungslage, in: ders. (Hrsg.), Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1993, S. 11-28.

*teren christlichen Gesinnung tritt schon jetzt in ihren Früchten unverkennbar wieder hervor.*³⁵

In der Tat waren etliche Stiftungen aus der praktischen Sozialarbeit im Umfeld der Erweckungsbewegung erwachsen, so etwa die Sonntagsschule in St. Georg (1827), die aus der Arbeit des Besuchsvereins hervorging, die Taubstummenanstalt (1827), die Blindenanstalt (1830), das Rauhe Haus (1833), das Amalienstift (1839) und das Kinderhospital (1840), die beide von Amalie Sieveking initiiert wurden und die Arbeit ihres „Weiblichen Vereins für Armen- und Krankenpflege“ ergänzten, die Alsterdorfer Anstalten (1850), Diakonissenanstalt und Krankenhaus Bethesda (1860). In der Regel suchte sich hier die religiöse Motivation ein Arbeitsfeld, das dann erst als Stiftung institutionalisiert wurde. Charakteristisch ist die Entstehung der Martha-Stiftung, die als Stiftung im juristischen Sinn erst 1878 errichtet wurde, um das Arbeitsfeld auf Dauer abzusichern.³⁶ Tatsächlich hatte nämlich die Kaufmannswitwe Wilhelmine Mutzenbecher die Anregung Johann Hinrich Wicherns, Dienstmädchen auszubilden und „herrschaftslos“ gewordene Dienstmädchen zu betreuen, schon 1848 in ihrem Privathaus in die Tat umgesetzt – zu einem Zeitpunkt, wo der Streit zwischen dem Vorstand des Magdalenenstifts und dem Senat um einen Zuschuss zu deren Fürsorge für ausstiegswillige „gefallene“ Mädchen bereits zu einer öffentlichen Debatte über die Prostitution in Hamburg eskaliert war.³⁷ In diesem Sinne religiös-sittenreformerisch motiviert war auch die Stiftung Emilie Jenischs, die auf Anregung von Pastor Carl Ninck 1884/86 ein Stift errichtete, das sich ebenfalls der Ausbildung von Dienstmädchen sowie der „*Rettung von jungen, gefährdeten und des Schutzes bedürftigen konfirmierten Mädchen im Alter von 14 – 20 Jahren*“ widmete. Daraus gingen bis zum Ersten Weltkrieg – zum Teil noch zu Lebzeiten Emilie Jenischs – auf demselben Areal noch fünf weitere Häuser hervor, die sich der Fürsorge für Frauen und Mädchen annahmen.³⁸

Wie stark religiöse Motive außerhalb des Dunstkreises von Erweckung und Innerer Mission auf die Errichtung von Stiftungen sonst einwirkten, lässt sich auf den ersten Blick nicht immer entscheiden und bedarf weiterer Detailuntersuchungen. Erinnerung sei hier nur noch einmal an den eingangs erwähnten gebürtigen Bremer Daniel Schutte, der evangelisch-reformiert war, mithin zu einer konfessionellen Minderheit in Hamburg gehörte. Dieser Umstand scheint zu erklären, warum die lange Liste von Institutionen, die ein Legat erhalten sollte, neben dem Sievekingschen „Verein für Armen- und Krankenpflege“, den Alsterdorfer Anstalten und anderen in solchen Testamenten eher typischen Empfängern auch die seltener vertretenen wie das katholische Marien-Krankenhaus und die Armencasse der Deutsch-Reformierten Gemeinde enthält. Mehr

35 Die milden Privatstiftungen, Hamburg 1870.

36 H. Jenner, Die Martha-Stiftung in Hamburg 1849-1999, Hamburg 1999.

37 F. Hatje (s. A 20).

38 H. Jenner, 100 Jahre Ansharhöhe, Neumünster 1986.

noch dürfte es erklären, warum die Freiwohnungen des Daniel Schutte-Stifts „ohne Unterschied der Confession und der Staatsangehörigkeit“ vergeben werden sollten,³⁹ während die Statuten ähnlicher Einrichtungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend die Zugehörigkeit zur evangelisch-lutherischen Kirche neben der Hamburgischen Staatsangehörigkeit verlangten. Die Tendenzen der Entkirchlichung und die Auffächerung des protestantischen Milieus sollte jedenfalls nicht vordergründig mit Säkularisierung gleichgesetzt werden.⁴⁰

Ob zu der „Wiedererweckung einer tieferen [...] christlichen Gesinnung“ das verbreitete Interesse am Mittelalter – was ja ebenfalls in dem Zitat anklingt – für den Stiftungsboom des späteren 19. Jahrhunderts von Bedeutung wurde, ob wir es also mit der bewussten Kopie eines überkommenen und wieder entdeckten Modells in politischer Absicht (oder auch nur als Modeerscheinung) zu tun haben, ist meines Wissens in der Forschung ebenfalls noch nicht thematisiert worden. Immerhin war das Interesse am Mittelalter ein politisches, kein antiquarisches. In den Augen romantischer Literaten, idealistischer Philosophen und liberaler Juristen und Politiker war in der deutschen Stadt des Mittelalters ein Zustand von freiheitlicher Verfassung, Entfaltung bürgerlicher Tätigkeit und Kultur, nicht zuletzt auch ein Ideal sozialer Harmonie verwirklicht, auf das sie geschichtsphilosophisch Bezug nehmen und mit dem sie ihre gesellschaftlichen Entwürfe und politischen Programme untermauern konnten, indem sie „an ‘die verlorene goldene Zeit des teutschen Bürgerstandes’, an die Reichs- und Landstädte des deutschen Mittelalters [erinnerten], die der Welt ein Beispiel gegeben hätten, ‘mit wie herrlichen Denkmalen freie, durch edle Verfassung beglückte Menschen ihr Daseyn bezeichnen’“.⁴¹ Freilich wird man im vormärzlichen Hamburg nicht von einer *allgemeinen* Mittelalterbegeisterung sprechen können.

39 G. Commichau (s. A 8), S. 17, 93.

40 Widersprüchlich in diesem Zusammenhang z.B. D. Hein (s. A 24). Auch die Entwicklungstendenzen bei den jüdischen Stiftern und Stiftungen wird man vor diesem Hintergrund vorsichtig beurteilen müssen; vgl. S. Lässig (s. A 24); E. Kraus, Jüdische Stiftungstätigkeit. Das Beispiel der Familie Mosse, in: Zs. für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 101-121; G. Heuberger, Jüdisches Mäzenatentum. Von der religiösen Pflicht zum Faktor gesellschaftlicher Anerkennung, in: B. Kirchgässner / H.-P. Becht (s. A 23). Speziell zu Hamburg: A. Schwarz, Jüdische Wohnstifte in Hamburg, in: A. Herzig (Hrsg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990, Hamburg 1991, S. 447-458; G. Hoenicke, Jüdische Stiftungen und Legate in Hamburg bis 1943, Hamburg 2001.

41 K. Schreiner, Die Stadt des Mittelalters als Faktor bürgerlicher Identitätsbildung. Zur Gegenwärtigkeit des mittelalterlichen Stadtbürgertums im historisch-politischen Bewusstsein des 18., 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, in: Stadt im Wandel. Kunst und Kultur des Bürgertums in Norddeutschland 1150-1650, hrsg. v. C. Meckseper, Bd. 4, Stuttgart-Bad Canstatt 1994, S. 517-541, hier: S. 521 et passim; vgl. auch P. Johaneck, Mittelalterliche Stadt und bürgerliches Geschichtsbild im 19. Jahrhundert, in: G. Althoff (Hrsg.), Die Deutschen und ihr Mittelalter. Themen und Funktionen moderner Geschichtsbilder vom Mittelalter, Darmstadt 1992, S. 81-100, 193-202 sowie die Aufsätze von U. Spree, A.G. Kosfeld und W. Krogel in R. Koselleck / K. Schreiner (Hrsg.), Bürgerschaft. Rezeption und Innovation der Begrifflichkeit vom Hohen Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert, Stuttgart 1994.

Zwischen 1806 und 1831 verschwanden vier mittelalterliche Kirchen – darunter der Dom – durch Abriss aus dem Stadtbild,⁴² ohne dass dies in einer breiten Öffentlichkeit kontrovers diskutiert worden wäre,⁴³ während – weitgehend unbemerkt vom großen Publikum – das Kollegium der Oberalten in seiner Funktion als Vorstand des Heilig-Geist-Hospitals und Marien-Magdalenen-Klosters einen gewissen „Kult“ um den mittelalterlichen Stifter des Klosters pflegte.⁴⁴ Kontrovers diskutiert wurden jedoch Bauten, die dezidiert der Gotik huldigten. Immerhin hatten sich in den 1840er Jahren die Mehrheitsverhältnisse im Bürgertum schon so weit verschoben, dass es durchsetzbar war, die St. Nikolaikirche als neugotischen Dom wiederaufzubauen.⁴⁵

Insofern gewinnt es an Bedeutung, dass das Stiftungsverzeichnis von 1845⁴⁶ – das erste auf Vollständigkeit abzielende Kompendium – nicht mehr wie noch gut ein Jahrhundert zuvor von einem Geistlichen zusammengestellt und in dessen Kirchenhistorie inkorporiert wurde,⁴⁷ sondern in der Regie des „Vereins für Hamburgische Geschichte“ beendet worden war, und das schon kurz nach dessen Gründung.⁴⁸ Und schließlich

42 *F. Hatje* (s. A 18), S. 480–497; *J. Grolle*, Ein Stachel im Gedächtnis der Stadt. Der Abriss des Hamburger Doms, in: *Zs. des Vereins für Hamburgische Geschichte* 84 (1998), S. 1–50.

43 Einzig vor dem Abriss der St. Johanniskirche regte sich wenigstens eine kritische Stimme anonym, die wahrscheinlich zu Martin Hieronymus Hudtwalcker – Jurist, Senator und eine der zentralen Figuren der Erweckungsbewegung – gehörte. [*Anonym:*], *Zum Gedächtniß. Beim Abbrechen der letzten Reste des Marien=Magdalenen= und Johannis=Klosters [...]*, Hamburg 1825. Zu Hudtwalcker siehe *M.H. Hudtwalcker*, Ein halbes Jahrhundert aus meiner Lebensgeschichte, 3 Bde., Hamburg 1862, 1864.

44 Vgl. dazu ausführlich *F. Hatje* (s. A 18), S. 73 ff., 579 f. – Hier war anfangs, d.h. 1817, offenbar wiederum Ferdinand Beneke die treibende Kraft, der zu diesem Zeitpunkt bereits der Erweckungsbewegung nahe stand.

45 *M. Eissenhauer*, Die Hamburger Wohnstiftungen des 19. Jahrhunderts. „Ein Denkmal, welches teilnehmende Liebe gestiftet hat...“, Hamburg 1987, S. 67–82, 86 ff.; *H. Hipp*, Einen Dom müsst ihr begründen... Protestantischer Kirchenbau des 19. Jahrhunderts in Hamburg, in: *Orientierung. Berichte und Analysen aus der Arbeit der Evangelischen Akademie Nordelbien* 2 (1980), S. 41 ff.

46 *J.M. Lappenberg* (s. A 13).

47 *Nicolaus Staphorst*, *Historia Ecclesiae Hamburgensis Diplomatica*, das ist: Hamburgische Kirchen=Geschichte aus Glaubwürdigen und mehrentheils noch ungedruckten Urkunden [...], 2 Teile in 5 Bänden, Hamburg 1723–1731, hier: Th. I Bd. 4, 1731, S. 344–838. Dies stellt jedoch nur die komprimierteste Zusammenstellung in Staphorsts kompendiösem Werk dar. Weitere Hinweise auf Stiftungen finden sich auch in den übrigen Bänden der Kirchengeschichte Staphorsts; zu Nikolaus Staphorst siehe *H. Schröder* (s. A 2), Bd. 7, S. 280 f.

48 Eigentlich hatte der Senat 1830 eine Kommission mit dieser Aufgabe betraut, die damit jedoch nicht recht vorankam, so dass der schon in der Kommission mitarbeitende Jurist und Archivar Lappenberg die Aufgabe zu einem Vereinsprojekt machte. Legt man die in der Zeitschrift des Vereins veröffentlichten Beiträge zugrunde, ergibt sich ein deutliches Schwergewicht des Interesses auf dem Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit bis etwa zum Westfälischen Frieden. Dasselbe gilt für die großen Vereinsspublikationen, z.B. das Hamburger Urkundenbuch (begonnen von Lappenberg), die Edition der Kämmererechnungen (hrsg. von Karl Koppmann), die Edition von Rechtsaltertümern usw. *S. Husen*, *Vaterstädtische Geschichte im republikanischen Stadtstaat. Studien zur Entwicklung des Vereins für Hamburgische Geschichte (1839–1914)*, Hamburg 1999, S. 84–96.

ist vor diesem Hintergrund bedeutsam, wie die zweite Auflage 1870 überarbeitet wurde: Man fügte sämtliche mittelalterlichen Stiftungen, deren Fortexistenz bis in die Gegenwart man nachweisen konnte, in den Hauptteil ein, schied die nur urkundlich belegbaren – übrigens auch die rein jüdischen Stiftungen⁴⁹ – aus und gab dem Werk damit den Charakter eines „lebenden“ Denkmals christlich-mildtätigen Wirkens des Hamburger Bürgertums seit dem Mittelalter. Dies fügte sich in den Zeitgeist. Denn in kaum einer Rede zur Grundsteinlegung oder Einweihung eines Stiftungsneubaus fehlte der Hinweis, dass sich die Repräsentanten des Bürgertums in die lange Tradition ihrer Vorfahren stellten.⁵⁰ Man geht wohl nicht fehl, dies als eine wieder erstarkte Form der Memoria auf gesamtstädtischer Ebene zu interpretieren. Die aktiv praktizierte Memoria durch die Betonung der von den „Vorfahren“ überkommenen Tradition war insofern Bestandteil eines die Stiftungsbereitschaft fördernden „Klimas“, als es den stiftungswilligen Bürgerinnen und Bürgern signalisierte, dass ihr Engagement auf gesellschaftliche Anerkennung über ihren Tod hinaus als Gegengabe rechnen durfte. Dies war umso wichtiger, als die Stadtrepublik nicht mit Kommerzienratstiteln, Nobilitierungen oder Ehrendoktorwürden aufwarten konnte.⁵¹

Das Gedenken erlebte auch unter den individuellen Stiftungszwecken und Stiftermotiven im 19. Jahrhundert eine Renaissance. Dies galt in auffälliger Weise für den Typus der Mahlzeitenstiftung, der im Mittelalter verbreitet war. Die Mahlzeitenstiftung verband meist institutionelle Armenfürsorge mit Stiftergedenken und Fürbitte, wobei das Datum, an dem die Mahlzeit alljährlich gefeiert werden sollte, vom Stifter sorgfältig festgelegt wurde.⁵² Dieses Gemeinschaftsbildende und die Aufbesserung der Verpflegung in den Hospitälern und Armenhäusern sicherten diesem Typus sein nachreformatorisches Fortleben – so im „Bruno-Degener-Gedächtnis“ (seit 1550) im Hospital zum Heiligen Geist oder in den „Rentzel-Mahlzeiten“ für das Gast- und Krankenhaus (seit 1664), deren Speisenfolge, Zeremoniell und religiös-liturgischer Rahmen genau festgelegt waren und zu denen – im Falle der Rentzel-Mahlzeiten – auch regelmäßig Nachfahren aus der Stifterfamilie eingeladen wurden.⁵³ In Wiederaufnahme dieser Tradition stiftete z.B. 1867 der Oberalte Johann Christian Hinsch die stolze Summe von 4.000 Mark banco aus Anlass seiner Goldenen Hochzeit für eine solche

49 Ohne besondere Kennzeichnung wurden jedoch die paritätischen jüdischen Stiftungen in das Verzeichnis aufgenommen, deren Zwecke sich an Christen wie Juden gleichermaßen wendeten, wie z.B. die Hermann Heine-Stiftung, das Heine'sche Asyl oder die Vaterstädtische Stiftung.

50 Vgl. u.a. *F. Hatje*, *Das Gast- und Krankenhaus in Hamburg 1248-1998*, Hamburg 1998, S. 203 ff.

51 Vgl. u.a. *E. Kraus* (s. A 40); *S. Lässig* (s. A 24), S. 97 ff.

52 Vgl. *Hamburger Urkundenbuch* Bd. 4, 440, 469.

53 *F. Hatje* (s. A 50), S. 153 f., 168; *ders.* (s. A 18), S. 362 ff. mit ausführlicher Interpretation; weitere Beispiele ebda., S. 510 ff. Die Rentzel-Mahlzeiten standen im Zusammenhang mit einer Reihe von Stiftungen, die eine Intensivierung des christlichen Glaubens und des Protestantismus in Hamburg beabsichtigten.

Festmahlzeit, die künftig am 23. Januar, seinem Hochzeitstag, gehalten werden sollte;⁵⁴ 1821 machte Emanuel Magnus das Waisenhaus zu seinem Universalerben und stiftete eine Festmahlzeit für den 24. Januar, den Tag, an dem er als Kind in das Waisenhaus aufgenommen worden war.⁵⁵ Dazu kamen im 19. Jahrhundert bemerkenswert viele Stiftungen, die an verstorbene Familienangehörige erinnern sollten – so etwa die „Joel Aron von Halle’sche Miethe-Unterstützungs-Stiftung“, welche die Witwe zum Andenken an ihren Mann 1868 gründete;⁵⁶ die „Hermann Heine Stiftung“, die Salomon Heine 1837 zum Gedächtnis an seinen verstorbenen Sohn errichtete oder die „Freudentheil-Stiftung“, die die Witwe des Pastors an St. Nikolai, Wilhelm Nikolaus Freudentheil, am Todestag ihres Mannes um genau den Betrag vermehrte, den er ihr aus Anlass ihrer Goldenen Hochzeit geschenkt hatte und mit dessen Hilfe nun freier Unterricht für Mädchen finanziert werden sollte, „*deren Eltern sich zur Kirche und zum Altar von St. Nikolai halten*“.⁵⁷ Die Reihe ließe sich vermehren – auch über die Grenzen Hamburgs hinaus, wie beispielsweise die erste der großen Stiftungen Rudolf Mosses zeigt, der seiner Geburtsstadt 1891 ein Krankenhaus zum Andenken an seinen Vater, der dort als Arzt gewirkt hatte, errichtete.⁵⁸ Andererseits ist auch für Hamburg zu beobachten, was andernorts festgestellt wurde, nämlich dass Witwen die von ihnen gegründeten Stiftungen öfter mit dem Namen ihrer Männer als mit ihrem eigenen ausstatteten.⁵⁹

Die memoriale Funktion der Stiftung wurde freilich nicht nur von Einzelpersonen genutzt. Das herausragendste Beispiel in dieser Richtung ist wohl die „Vaterstädtische Stiftung“ – eine paritätische, d.h. für Juden und Christen gleichermaßen offene und durch einen konfessionell paritätisch besetzten Vorstand repräsentierte Wohnstiftung. Diesen Namen erhielt die Stiftung allerdings erst 1876 auf Intervention John R. Warburgs. Als sie 1849 durch den „Schillingsverein für Freiwohnungen“ ins Leben gerufen wurde, hieß sie „Stiftung zum Andenken an die bürgerliche Gleichstellung

54 Privatstiftungen (s. A 35), S. 187; *Friedrich Georg Buek*, Die Hamburgischen Oberalten, ihre bürgerliche Wirksamkeit und ihre Familien, Hamburg 1857, S. 358. Dergleichen war kein Einzelfall im Gast- und Krankenhaus und kam anscheinend erst richtig in Mode, nachdem solche Festmahlzeiten 1790 anlässlich des Namenstages von Kaiser Leopold II. und 1811 anlässlich der Geburt und Taufe des Königs von Rom, dem Sohn Kaiser Napoleons, veranstaltet worden waren, vgl. *F. Hatje* (s. A 50), S. 154.

55 Privatstiftungen (s. A 35), S. 189 f.

56 *I. Stein*, 125 Jahre J.A. von Hallesche Miethe-Unterstützungs-Stiftung, in: *Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter* Bd. 13, Heft 3/1993, S. 49-55.

57 Vgl. auch die „Hedwig-Stiftung“ von 1867, die auf die testamentarischen Verfügungen des Arztes und Literaten Jonas Ludwig von Heß und dessen Ehefrau Thusnelda Hudtwalcker zurückging und mit dem Namen wie dem Stiftungszweck an die augenleidende Schwester Thusneldas, Hedwig Hudtwalcker, erinnerte, vgl. *Privatstiftungen* (s. A 35), S. 53 f., 57, 56 f. u. 60 f., 43.

58 *E. Kraus* (s. A 40), S. 105 f.

59 *J. Kocka / M. Frey* (s. A 14), S. 14.

der Israeliten“ und war zu nichts Geringerem gedacht, als ein Denkmal für die im Jahr zuvor erfolgte Judenemanzipation in Hamburg zu sein und damit „einen Akt der Gerechtigkeit durch einen Akt der Wohlthätigkeit zu verewigen“.⁶⁰

3. Statusrepräsentation und Selbstinszenierung von Stiftern

Sicher ist, dass der Nachruhm, die Reputation nach dem Tode, auch nachreformatorisch ein nicht zu vernachlässigender Antrieb für Stifter blieb.⁶¹ Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass Stiftungen ein Zug zur Selbstdarstellung anhaftet. Der Stifter bestimmt, wie er in der Memoria vergegenwärtigt werden will. Die Stiftung repräsentiert ihren Stifter. Dementsprechend groß ist die Bandbreite von Stiftungszwecken und institutionellen Ausprägungen, mit denen ökonomisches in symbolisches Kapital verwandelt wird, und je ausgefeilter und detailreicher die Modalitäten dieses Geschäftes vom Stifter formuliert werden, desto stärker ist der Verdacht begründet, dass genau dieser Aspekt der Stiftungswirklichkeit für den Stifter im Vordergrund steht. Dabei darf nicht übersehen werden, dass das symbolische Kapital nicht allein dem Stifter, sondern auch seiner Familie, seiner Dynastie, einer Korporation, einer sozialen Gruppe usw. zugute kommen kann. Von hier aus ist es denn auch nur noch ein kleiner Schritt zu der Möglichkeit, durch Stiftungen Herrschafts- oder Statusansprüche zu untermauern oder politische, gesellschaftliche und ökonomische Positionen zu legitimieren.

Für die Fürsten und Herrscher des Mittelalters ist dies in mannigfachen Beispielen dokumentiert und schlüssig interpretiert worden.⁶² Aber wie kommt man von dieser Aussage zu der Feststellung, die das Phänomen Mäzenatentum – zumindest für das 19. Jahrhundert – in der Stadt verortet und hinzufügt: „Je weniger Städte von Fürsten und Obrigkeiten mediatisiert worden waren, desto mehr Raum und Ansporn boten sie für bürgerliches Mäzenatentum und umgekehrt.“⁶³ Nun kann man gerade an den

60 Vaterstädtische Stiftung vom Jahre 1876. Bericht erstattet in der Generalversammlung am 16. April 1901 zur Erinnerung an den Gründer der Vaterstädtischen Stiftung und an das fünfundzwanzigjährige Bestehen der Stiftung. Hamburg 1901, S. 1. Zit. nach A. Schwarz „...einen Akt der Gerechtigkeit durch einen Akt der Wohlthätigkeit zu verewigen.“ Die Geschichte der Vaterstädtischen Stiftung von 1849 bis 1938, Diss. phil. Hamburg 2002 (Ms.), S. 292. Ich danke Frau Angela Schwarz sehr herzlich dafür, dass ich ihre noch ungedruckte Dissertation einsehen durfte, die künftig als die einschlägige Untersuchung zu dieser in vielerlei Hinsicht herausragenden Stiftung zu konsultieren sein wird.

61 R. Roth, „Der Toten Nachruhm“. Aspekte des Mäzenatentums in Frankfurt am Main (1750-1914), in: J. Kocka / M. Frey (s. A 14), S. S. 118 ff.

62 Beispiele finden sich bei M. Borgolte (s. A 27), S. 13 ff.; ders., Der König als Stifter. Streiflichter auf die Geschichte des Willens, in: ders. (Hrsg.): Stiftungen und Stiftungswirklichkeiten. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Berlin 2000, S. 39-58; K. Proetel, Großes Werk eines „kleinen Königs“. Das Vermächtnis Friedrichs des Schönen zwischen Disposition und Durchführung, in: ebda., S. 59-77; F. Hatje (s. A 18), S. 73-82, 98, 103 ff.

63 J. Kocka / M. Frey (s. A 14), S. 13, die damit ein wesentliches Ergebnis von H.-W. Schmuhl (s. A 14) auf den Punkt bringen.

Fuggern exemplifizieren, wie elaboriert ein Ensemble von Stiftungen „inszeniert“ werden konnte.⁶⁴ Ähnliches wird man auch für Altäre und Messen, Kapellen und Kirchen, Armenhäuser und Hospitäler zeigen können, die von Stadtbürgern gestiftet wurden.⁶⁵ Ein entscheidender Faktor kommt bei den bürgerlichen Stiftungen ab der Wende vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit zusätzlich zum Tragen: der Bezug zum städtischen Gemeinwesen, auch zu dessen gesellschaftlichen Normen sowie die Wirksamkeit im Sinne des Gemeinwohls.⁶⁶ Von hier aus führte eine, freilich nicht ganz gerade Linie, wie noch zu sehen sein wird, zu den Leitbildern des Bürgertums im 19. Jahrhundert: Selbsttätigkeit, Freiwilligkeit und Selbstorganisation bei der Lösung sozialer und ökonomischer Problemlagen im Rahmen der Stadt und unabhängig von Staat und Obrigkeit.⁶⁷

In diesem Zusammenhang wird immer wieder darauf verwiesen, dass neben dem Erkennen akuter sozialer Bedarfslagen die gesellschaftliche Absicherung des vom Stifter erreichten Status' bis hin zur Abgrenzung eines „Stiftermilieus“ innerhalb einer Schicht der Reichen für Stifterinnen und Stifter eine Rolle spielte, sich in dieser Weise für das Gemeinwohl zu engagieren. Dies ist beileibe kein Phänomen des 19. Jahrhunderts allein. Es ist jedoch nicht immer ganz einfach, das Knäuel möglicher Motivationen zu entwirren.

Für den aus Stade stammenden Kaufmann Joachim von Kampe mag es eine Frage der Statusabsicherung gewesen sein, als er 1582 – also zwei Jahre nach seiner Wahl in den Hamburger Rat – seine Funktion als für den Bauhof zuständiger Ratsherr dazu nutzte, zwölf Gotteswohnungen für Witwen zu errichten. Immerhin stellte er damit unter Beweis, dass er das öffentliche Amt zum Wohl der Stadt und als Beschirmer der Bedürftigen ausübte, was seiner Wahl zum Bürgermeister 1588 durchaus förderlich gewesen sein mag. Auch für Nicolaus van den Wouver wird ähnliches gegolten haben. Er war als lutherischer Glaubensflüchtling aus Antwerpen nach Hamburg gekommen, immerhin schon 1577 zum Kirchengeschworenen an der Hauptkirche St. Nikolai gewählt worden und heiratete 1581 in die Oberalten- und Ratsherrenfamilie von der Fechte ein. Drei Jahre später stiftete auch van den Wouver ein Ensemble von Armenwohnungen.

64 B. Scheller, *Memoria an der Zeitenwende. Die Stiftungen Jakob Fuggers des Reichen vor und während der Reformation (ca. 1505-1555)*, Berlin 2004; M. Borgolte (s. A 26).

65 Vgl. u.a. D.W. Poeck, *Rat und Memoria*, in: D. Geuenich / O.G. Oexle (Hrsg.), *Memoria in der Gesellschaft des Mittelalters*, Göttingen 1994, S. 286-335; B. Pohl-Resl, *Rechnen mit der Ewigkeit. Das Wiener Bürgerspital im Mittelalter*, Wien 1996; U. Knefelkamp, *Stadt und Spital im späten Mittelalter. Ein struktureller Überblick zu Bürgerspitälern süddeutscher Städte*, in: P. Johaneck (Hrsg.), *Städtisches Gesundheits- und Fürsorgewesen vor 1800*, Köln 2000, S. 19-40; F. Hatje (s. A 18), S. 162-170.

66 Vgl. auch H. Boockmann, *Mäzenatentum am Übergang vom Mittelalter zur Reformationszeit*, in: B. Kirchgässner / H.-P. Becht (s. A 23), S. 31-44, der zu Recht betont, dass auch gemeinnützige Stiftungszwecke religiös vermittelt waren.

67 D. Hein (s. A 24), S. 84 et passim; A. Schulz (s. A 24), S. 244; R. Roth (s. A 61), S. 109 ff.; S. Lässig (s. A 24), S. 84 u. ff.

Während die von Kampe'sche Familie weiterhin in hohen Ämtern der Stadt vertreten blieb, fiel der symbolische Ertrag der Stiftung van den Wouvers an die Familie von der Fechte, weil van den Wouvers Nachfahren Hamburg bald verließen. Durch Erbschaft sollten die Stiftungen von Kampes und van den Wouvers 1713 schließlich in eine Hand kommen, was 1833 die offizielle Zusammenlegung per Ratsbeschluss nach sich zog.⁶⁸ Dass die Wahl des Stiftungszwecks auf die Bereitstellung von Freiwohnungen fiel, überrascht nicht. Allein zwischen 1550 und 1600 verdoppelte sich Hamburgs Einwohnerzahl. Zwischen 1535 und 1627 entstanden denn auch 20 solcher Stiftungen, die dann erst wieder im 19. Jahrhundert in einer vergleichbaren Wachstumsphase Nachfolger fanden.⁶⁹

Dass karitative Stiftungen eine Sache der Oberschicht waren, liegt auf der Hand, da bekanntlich zur Stiftung ein Vermögen gehört, obschon der Umstand, dass eine Aussteuerstiftung, eine Armenspende oder eine Stipendienstiftung nicht allzu kostspielig sein muss dazu mahnt, mit dem Rückschluss auf den Begriff „Oberschicht“ vorsichtig umzugehen. Gleichwohl finden sich unter den 278 Stifterinnen und Stiftern der 1870 aktiven Stiftungen⁷⁰ 38 Ratsmitglieder, 24 Oberalte und 7 Domherren. Rechnet man außerdem noch die Witwen, Söhne und Töchter hinzu, so stammten allein 40,6% der Stifterinnen und Stifter aus der Spitzengruppe des Hamburger Bürgertums. Zur Elite gehörten sie nicht notwendig immer im Hinblick auf das Vermögen, dafür aber im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Stellung. Noch einmal mindestens 14% lassen sich der Kaufmannschaft zuordnen. Dazu kommt noch eine zweite Gruppe, die immerhin wenigstens erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung hatte, nämlich die Geistlichen und die Gelehrten des Johanneums und des Akademischen Gymnasiums. Sie machen noch einmal rund 14% der Stifter aus. Erst im 19. Jahrhundert treten dann auch vereinzelt Handwerksmeister, Ärzte, ja sogar der Kassierer am Stadttheater als Stifter auf. Indessen macht die Dominanz der bürgerlichen Elite umso dringlicher, die Verbindungen von Stiftern untereinander und – wichtiger noch – die personellen Verflechtungen zwischen den Stiftungsvorständen zu untersuchen, um auch auf dieser Ebene der „Funktionsweise des politisch-sozialen Systems Stadt“ (Mörke) näher zu kommen.

Karitative Stiftungen sind – was dieser Befund bereits nahe legt – eine Familienangelegenheit. In 30% der 1870 aufgelisteten Hamburger Stiftungen (ohne die

68 *Carl Hieronymus Wilhelm Sillem*, Bürgermeister Joachim vom Kampe und Nicolaus van den Wouwer Gotteswohnungen in Hamburg 1582 bis 1907, Hamburg 1907; Privatstiftungen (s. A 35), S. 73 f.

69 Siehe dazu ausführlich *M. Eissenhauer* (s. A 45).

70 Die Daten sind aus Privatstiftungen (1870), ermittelt. Das Verzeichnis umfasst sämtliche in diesem Jahr existierenden privaten milden Stiftungen Hamburgs, die z.T. bis ins 15. Jh. zurückreichen. Die ermittelten Daten geben also Langzeitschnitte über rund 450 Jahre wieder, wobei zu bedenken ist, dass die Zahl der überhaupt in diesem Zeitraum getätigten Stiftungen sehr viel größer gewesen sein muss. Auf diese Problematik wird weiter unten eingegangen.

eigentlichen Familienstiftungen und Fideikomnisse) waren zur Verwaltung – allein oder in Kombination mit anderen – Familienangehörige bzw. Nachfahren bestellt. Markant ist ferner, dass Stifterinnen und Stifter bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts die Kontinuität der Stiftungsverwaltung dadurch zu sichern versuchten, dass sie Vertreter der Kirche qua Amt – Geistliche wie Laien – in den Stiftungsvorstand beriefen. Dagegen sank das Vertrauen in den Rat das gesamte 17. Jahrhundert über bis zum Hauptreiß von 1712, der die Phase der Bürgerkämpfe beendete, so dass insgesamt nur in 20% der Stiftungen Ratsmitglieder qua Amt vertreten waren. Doch auch wenn ein Stifter die Beteiligung eines Ratsherrn an der Verwaltung nicht ausdrücklich vorgesehen hatte, ergab sich diese Konstellation dennoch – sei es, weil ein Nachfahre im Rat saß, sei es, weil der Stiftungsvorstand einen freigewordenen Sitz entsprechend besetzte. Auf diesem Wege wurden 1870 zusätzlich 14,5% der Stiftungen durch Senatoren mitverwaltet.

So bestimmte beispielsweise Dirk Koster 1537, dass zwei Blutsverwandte und zwei frei hinzu zu wählende Personen die von ihm gestifteten Gotteswohnungen verwalten sollten. Um 1546 wurde mit Reineke Reinekens ein Kaufmann hinzu gewählt, der bald darauf Kirchgeschworener an der Hauptkirche St. Petri und später Oberalter werden sollte und seinerseits 1561 18 Freiwohnungen stiftete. Nach seinem Tod folgte ihm sein Schwiegersohn. Auch bei den frei besetzbaren Vorstandspositionen entwickelten sich „Familientraditionen“. Zwischen 1766 und 1940 gab es nur wenige Jahre, in denen kein Vertreter der Familie Amsinck die Dirk Koster Gotteswohnungen mitverwaltete. In der Summe stammten mehr als 50% der Testamentarien aus Hamburger Ratsfamilien.⁷¹ Ein zweites Beispiel: Albert Wulhase bestimmte 1458 zwei Neffen und die Ehemänner zweier Nichten – seine leiblichen Kinder waren unehelich – zur Verwaltung seines Testaments, die stets bei deren Nachfahren bleiben sollte, was bis 1860 immerhin bis zu elf Generationen und einen verwirrenden Komplex von Stammtafeln ausmachte.⁷² Von den 65 Testamentarien bekleideten allein 20 im Laufe ihres Lebens das Amt eines Bürgermeisters, Ratsherrn, Ratssyndikus, Ratssekretärs oder Oberalten. Bezieht man die verwandtschaftlichen Beziehungen der Testamentarien in den (freilich lückenhaften) Stammtafeln mit ein, so lassen sich insgesamt 17 Bürgermeister, 14 Ratsherren, sechs Ratssyndici und -sekretäre sowie elf Oberalte ausmachen, was zweifellos eine Untergrenze darstellt und umso mehr erstaunt, als das Wulhase Testament zwar durch seine Langlebigkeit heraus sticht, aber keineswegs zu den großen und profilierten Stiftungen Hamburgs gehört.⁷³

71 P. Gabrielsson, Von Gottesbuden zum Wohnstift. Die Geschichte der hamburgischen Stiftung „Dirck Koster Testament“ 1537-1977, Hamburg 1980, S. 46-51.

72 Dass diese „dynastischen“ Gesichtspunkte im Bewusstsein fest verankert waren, belegen die 1541 angelegten und 1778 gründlich überarbeiteten Genealogien, die verbindliche Aussagen ermöglichten, wer zu den Testamentarien hinzu gewählt werden konnte und wer nicht. Cypriano F. Gaedchens, Albert Wulhase's Testament von 1459 bis Ostern 1860, Hamburg 1860, S. 4, 13, 17, 36 f.

73 Ebda.; die Zahlen habe ich aus den beigegebenen Stammtafeln ermittelt.

Zeitraum	Stiftungen absolut	Anteil an Stiftungen der Periode in %
1521-1570	12	26,1
1571-1620	26	57,8
1621-1670	10	33,3
1671-1720	12	46,2
1721-1770	4	30,8
1771-1820	3	12,5
1821-1870	21	16,2

Tab. 2: Stiftungen mit Familienangehörigen bzw. Nachfahren im Stiftungsvorstand (Quelle: Privatstiftungen, 1870.)

4. Stiftungszwecke verbunden mit zeitgenössischen Sinn- und Wertehorizonten

Was verleiht einer Stiftung ihre Dauerhaftigkeit? Die Antwort hat mehrere Facetten, die zunächst einmal als selbstverständlich erscheinen: Die Stiftung muss ausreichend dotiert sein, um den Stiftungszweck aus den Zinsen heraus erfüllen zu können. Der Stiftungszweck muss hinreichend präzise formuliert sein, damit er nicht willkürlich interpretierbar und abänderbar ist, darf aber nicht zu eng begrenzt sein, damit er sich nicht in absehbarer Zeit erledigt. Vor allem jedoch muss der Stifter Personen beauftragen, die an seiner Stelle handeln werden, indem sie das Stiftungsvermögen verwalten und den Stiftungszweck erfüllen – und das auf Dauer. Nahe liegend ist, Familienmitglieder und deren Nachfahren dazu zu bestellen. Sie partizipieren am „Ruhm“ ihres Vorfahren und haben damit ein gleichsam natürliches Interesse am Bestand der Stiftung. Sicherer noch ist, Repräsentanten einer Institution zu beteiligen, die nach menschlichem Ermessen nicht vergeht und ein natürliches Interesse an Fragen des Gemeinwohls hat – Geistliche oder Ratsherren beispielsweise.⁷⁴

Nur garantiert ein noch so ausgeklügeltes System, das die Repräsentation der Stiftung durch Personen bis zum Jüngsten Tage sicherstellt, immer noch nicht die Kontinuität im Hinblick auf den Stiftungszweck und die Administration. Dazu werden Kommunikationsmittel und Verfahrensabläufe benötigt, die von allen Beteiligten anerkannt sind, und zu den Beteiligten gehören auch diejenigen, die vom Stiftungszweck profitieren. Obwohl sie kein Organ der Stiftung sind, müssen sie sich doch dem Zweck entsprechend verhalten. Da eine Stiftung eine soziale – und nicht etwa nur eine juristische oder durch Vermögen definierte – Tatsache ist, erlangt sie ihre Stabilität vor allem durch normative Verhaltensstrukturen, die individuelle Handlungswünsche

⁷⁴ Neben den schon genannten Modellen finden sich weitere bei *F. Hatje* (s. A 50), S. 55-70; *ders.*, (s. A 18), S. 215-165 im Detail erörtert.

in bestimmte Handlungsformen kanalisieren und soziale Interaktion berechenbar machen. Dass sie von allen Beteiligten anerkannt werden können, beruht darauf, dass sie aus Sinnvorstellungen herrühren, über die gesellschaftlicher Konsens besteht.⁷⁵ Dies hat nicht zuletzt Auswirkungen auf Vergabekriterien, Statuten, Hausordnungen usw., die bei Stiftungen ähnlicher Zielsetzung oft bemerkenswert ähnlich lauten und sich überdies im Laufe der Jahrhunderte nur sehr langsam verändern.

Unter den charakteristischen Merkmalen der karitativen Stiftungen mehr noch als denen des Mäzenatentums ist für das 19. Jahrhundert die Tendenz herausgestellt worden, das „Bürgerliche“ als das Allgemeine zu etablieren, den bürgerlichen Normenhorizont und Wertehimmel auf andere soziale Schichten auszudehnen.⁷⁶ Was in der offenen kommunalen Armenfürsorge und vor allem in mannigfachen Wohltätigkeitsvereinen Handlungsorientierungen mit skeptisch zu beurteilenden praktischen Erfolgen schuf,⁷⁷ ließ sich in Wohnstiften und vergleichbaren Einrichtungen effizienter realisieren. Aufnahmekriterien und Hausordnungen legen ein beredtes Zeugnis für den Willen von Stiftern und Administratoren ab, Aufnahme und Verbleib in einem solchen Stift gleichsam als Gratifikation dafür zu gewähren, dass Menschen, die in materielle Not geraten waren, ihre Bürgerlichkeit nicht aufgegeben hatten. Zugleich beabsichtigten sie, mit der Bereitstellung von Freiwohnungen oder verbilligtem Wohnraum einen Raum zu bieten, in dem Bürgerlichkeit gelebt, Tugend, Arbeitsamkeit, Selbsttätigkeit, Selbstverantwortung und Respektabilität an den Tag gelegt und ein Zusammenleben auf dieser Basis unter Beweis gestellt werden konnte.⁷⁸ Bürgerlichkeit war gleichermaßen die Voraussetzung für das geordnete Zusammenleben in einer solchen Hausgemeinschaft als auch deren „quod erat demonstrandum“, das in die Gesellschaft zurückwirken sollte. Unter den Stiftungstypen des 19. Jahrhunderts war das Wohnstift für das Großbürgertum in Hamburg gleichsam die Krone und erlebte mit 33 christlichen Neugründungen und 96 teilweise sehr umfänglichen Neubauten zwischen 1824 und 1914 eine außergewöhnliche Blüte.⁷⁹ Dazu kamen noch einmal 28

75 G. Melville, Institutionen als geschichtswissenschaftliches Thema. Eine Einleitung, in: *ders.* (Hrsg.), *Institutionen und Geschichte. Theoretische und mittelalterliche Befunde*, Köln 1992, S. 1-24; M. Douglas, *Wie Institutionen denken*, Frankfurt/M. 1991.

76 Stellvertretend für etliche andere B. Weisbrod, *Wohltätigkeit und „symbolische Gewalt“ in der Frühindustrialisierung. Städtische Armut und Armenpolitik im Wuppertal*, in: W.J. Mommsen / W. Schulze (Hrsg.), *Vom Elend der Handarbeit*, Stuttgart 1981, S. 334-357; vgl. M. Hettling, *Der bürgerliche Wertehimmel. Zum Problem individueller Lebensführung im 19. Jahrhundert*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 333 – 360.

77 Vgl. u.a. H. Dießenbacher, *Der Armenbesucher: Missionar im eigenen Land. Armenfürsorge und Familie in Deutschland um die Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: Chr. Sachße / F. Tennstedt (Hrsg.), *Soziale Sicherheit und soziale Disziplinierung*, Frankfurt/M. 1986, S. 209-244.

78 M. Eissenhauer (s. A 45), S. 67 – 96; F. Hatje (s. A 50), S. 185 ff., 211 ff.; *ders.* (s. A 18), S. 564 ff., 575 ff., 596-608.

79 M. Eissenhauer (s. A 45), S. 150-154 et passim.

jüdische Wohnstifte.⁸⁰ Das Wohnstift ist öffentlich wahrnehmbar, repräsentativ – und das dauerhaft. Es ist aber auch ideell verankert. Die Idee einer Republik von „Hausvätern“ war zugleich Grundlage des Paternalismus in der Armenfürsorge.⁸¹ Zudem war es, weil dem Hospital nahestehend, durch „Mittelalterlichkeit“ geadelt. Das Vorbild Hospital bot schließlich Modelle für die Konstituierung der Binnenbeziehungen, die sich an der Idee des „Ganzen Hauses“ orientierten, das für die Wissenschaft just um dieselbe Zeit und in ebenso sozialharmonischer Absicht von Wilhelm Heinrich Riehl „entdeckt“ wurde.⁸² Indessen lohnt ein Vergleich mit den frühneuzeitlichen Verhaltensnormierungen in Hospitälern, Gotteswohnungen und anderen Armenhäusern, um zu erkennen, dass sich die Forderungen nach einem „bürgerlichen“ Lebenswandel, die an die Bewohnerinnen und Bewohner solcher Einrichtungen im 19. Jahrhundert herangetragen wurden, aus dem Postulat eines christlichen Lebenswandels unter sukzessiven Akzentverschiebungen entwickelte. Da man die Leistungen eines Hospitals frühneuzeitlich noch lange als Almosen interpretierte, ist es nicht überraschend, dass an erster Stelle – und oft gleich lautend – der Besuch von Predigten und Hausandachten gefordert wurde, aber auch ein von Friedfertigkeit, Mäßigkeit, Dankbarkeit und Gottesfurcht bestimmtes Verhalten.⁸³

Die Institution – und damit auch die soziale Institution Stiftung – unterliegt der ständigen Bewertung von außen. Sie kann den gesellschaftlichen Konsens über ihren Sinn nicht selbst herstellen, sie kann sich nur daran beteiligen. Freilich darf man diese Beteiligung nicht zu gering veranschlagen. Denn schließlich rekrutierten sich die Stiftungsvorstände überwiegend aus den bürgerlichen Eliten der Stadt. Grundsätzlich jedoch war die Institution, für die sie agierten, davon abhängig, die „Erwartungen“ des „Publikums“ zu erfüllen. Andernfalls musste sie gewärtig sein, an Bedeutung zu verlieren, in Vergessenheit zu geraten oder aufgelöst zu werden. Das Nachjustieren des Stiftungszwecks durch den Stiftungsvorstand gehört infolgedessen zu den Strukturmerkmalen der Stiftungsgeschichte und reflektiert die Einbindung in das – im weitesten Sinne – gesellschaftliche und kulturelle System des Gemeinwesens, mithin auch dessen Veränderungen. Dabei erweisen sich einige Stiftungszwecke als resistenter gegen Veränderungs- bzw. Institutionalisierungsprozesse als andere.

Am Beispiel des Wulhase Testaments kann dies verdeutlicht werden: Zur Stiftung gehörten drei Vikarien und eine Kommende, die formalrechtlich fortbestanden, solange es das Domkapitel gab. Nach dessen Aufhebung 1804 fielen die Einnahmen daraus an den Hamburgischen Staat, der sich 1829 dem Ansinnen der Stiftungsverwalter nicht verschließen konnte, sie künftig durch das Wulhase Testament an Arme zu verteilen.

80 A. Schwarz (s. A 40), S. 447 ff.

81 Vgl. auch A. Schulz, Weltbürger und Geldaristokraten. Hanseatisches Bürgertum im 19. Jahrhundert, in: HZ 259 (1994), S. 637-670.

82 F. Hatje (s. A 18), S. 48 f. mit Nachweisen und passim zur Funktionsweise des Hospitalhaushalts.

83 P. Gabrielsson (s. A 71), S. 32 ff., 80 ff.; F. Hatje (s. A 18), S. 280 ff., 395-408 et passim.

Inhaltlich jedoch zogen die Testamentarien bereits 1542 die Konsequenzen daraus, dass der altkirchliche Gottesdienst eingestellt worden war und damit die vier Altarlehen ihre Legitimation verloren hatten, indem sie das Geld für Stipendien verwendeten, von denen zuerst die Nachfahren der Stifterfamilie profitierten. Wulhase hatte ferner Marienhoren – verbunden mit der Fürbitte „*vor mine zele*“ – gestiftet, für die in den lutherischen Kirchen Hamburgs ebenfalls kein Platz mehr war. Da aber der Fürbittgedanke im Begriff des Almosens auch im protestantischen Hamburg fortlebte, entwickelte sich aus diesem Teil der Stiftung eine Geldverteilung an Bedürftige, die spätestens ab 1676 der Einschreibungs- und Vergabep Praxis der Gotteskästen entsprach, d.h. den Usancen der offenen Hausarmenfürsorge an den Hauptkirchen der Stadt. Dementsprechend wurde die von Wulhase vorgesehene Verteilung von Schuhen und Kleidung über vier Jahrhunderte nicht angetastet, während die Beihilfen zur Aussteuer für arme Frauen und Dienstmägde zwar durch die Gotteskastenordnungen legitimiert, aber 1697 aus Finanzknappheit eingestellt wurden. Bis zur Reformation hatten die 14 Schüler der Nikolaischule, die zu den Marienhoren Chordienst versahen, je ein Weizenbrot erhalten. Mit der Reformation wurde der Stiftungszweck gleichsam geteilt: Als Ausgleich für das Ende dieser Gaben wurde derselbe Betrag zunächst der Nikolaischule zur Anschaffung von Büchern zugewandt, um an der Assoziation des Stifters mit dieser Institution festzuhalten, während der Ritus der Brotverteilung auf eine allgemeine Brotverteilung an Arme umgestellt wurde. Letztere schafften die Testamentarien mit dem Erlass der Bettel- und Armenordnung von 1604 ab, um der Bettelei keinen Vorschub zu leisten, und überwiesen den bisher aufgewendeten Betrag an den Gotteskasten von St. Nikolai, womit der geteilte Stiftungszweck mit einer gewissen Nachjustierung gleichsam auf die nächsten drei Jahrhunderte wieder vereint war.⁸⁴

Stiftungen lassen sich – so zeigt sich – als „soziale Objektivationen spezieller normativer Verhaltensmuster“ beschreiben. Was aber für die Stiftungsgeschichte gilt, ist auch für die Stiftergeschichte relevant. Der Wille des Stifters – ob Handwerker oder Kaiser – mag formal frei sein, tatsächlich aber reflektiert er gesellschaftlichen Konsens, andernfalls würde seine Motivation nicht verstanden, noch könnte er darauf vertrauen, dass der Stiftungszweck auf Dauer erfüllt wird. Dies erklärt, warum sich die Stiftungszwecke bei aller Vielgestaltigkeit doch innerhalb bestimmter Bahnen bewegen und bisweilen „Moden“ ausbilden.

Auf die Welle der Stiftungen von Gotteswohnungen wurde bereits hingewiesen. Zur materiellen Bedarfslage traten hier noch die protestantische Wertschätzung des christlichen Ehe- und Hausstandes und das niederländische Vorbild der „Hofjes“. Die Hochkonjunktoren der Stipendienstiftungen (Mitte des 16., Ende des 17. und ab der Wende zum 19. Jahrhundert) korrelieren mit Phasen, in denen die konfessionelle Iden-

84 Vgl. C.F. Gaedechens (s. A 72), S. 27-33.

tität Hamburgs zu den virulenten Themen gehörte. Die Universitätsstipendien kamen fast ausschließlich der Theologenausbildung zugute. Aber auch für die Unterstützung von Bürgersöhnen auf der Lateinschule des Johanneums oder dem Akademischen Gymnasium sowie für die Finanzierung von Freischulplätzen für Jungen und Mädchen aus den ärmeren Schichten der städtischen Gesellschaft waren konfessionelle Gesichtspunkte und das Ziel einer schichtenübergreifenden Erziehung zu einem christlichen Lebenswandel lutherischer Deutung unübersehbar mit der reformatorischen Wertschätzung von Bildung verbunden.⁸⁵ Gleichwohl indizieren insbesondere die Schulstiftungen des 17. und 18. Jahrhunderts, dass das Stadtbürgertum die Eröffnung von Bildungschancen für die Unter- und unteren Mittelschichten als Teil des karitativ-armenfürsorglicher Systems verstand.

So stiftete Hieronymus Knackenrügge 1613 eine Freischule mit Gotteswohnungen, in denen Witwen mit ihren Kindern so lange unentgeltlich wohnen konnten, wie die Kinder die Schule besuchten.⁸⁶ Die Knackenrüggesche Schule hatte Vorbildcharakter für die Neustädter Armenschulen. Deren erste wurde 1682 durch Pastor Hieronymus Paßmann ins Leben gerufen, und zwar auf Anregung des Rats Herrn Wolder Schele, der selbst eine Schule im Dorf Eimsbüttel, wo er seinen Landsitz hatte, gestiftet hatte. Die zweite wurde auf Anregung des Hauptpastors an St. Michaelis, Johann Winckler, von der Witwe des Arztes Caspar Rumbaum 1690 gestiftet, die dritte 1692 durch Winckler selbst, wobei die Wincklersche Schule erst durch eine bedeutende Schenkung des Jobst van Overbeck lebensfähig wurde, der seinerseits auch sonst als bedeutender Stifter hervortrat.⁸⁷ Der Kaufmann Hermann Wetken ließ nicht nur die von seinem Vorfahren, dem Bürgermeister gleichen Namens, gestifteten Gotteswohnungen 1708 neu bauen, sondern bestimmte in seinem Testament weitere „100.000 Mk“ den Armenhäusern und Hospitälern der Stadt sowie darüber hinaus – wiederum auf Anregung Wincklers – „20.000 Mk“ für die Stiftung einer vierten Armenschule in der Neustadt, die seine Erben, Bürgermeister Rutger Rulant und Gerhard Schröder, – realisierten. Hier traf die Bedarfslage des sozialen Brennpunkts im Kirchspiel St. Michaelis (Neustadt)

85 Dies ist bereits an der Gotteskastenordnung von St. Nikolai aus dem Jahre 1527 ablesbar und setzt sich in den Bugenhagenschen Kirchenordnungen für Braunschweig und Hamburg 1528/29 fort. *F. Hatje* (s. A 18), S. 187 ff.

86 Hierzu und zum folgenden Johann *Klefecker*, *Sammlung der Hamburgischen Gesetze und Verfassungen...*, 12 Bde., Hamburg 1765-1773, hier: Bd. 1 (1765), S. 266-279; *Cypriano F. Gaedechens*, *Die Paßmann'sche Schule in Hamburg 1683-1883*, Hamburg 1883.

87 Mit van Overbeck verbindet sich vor allem die Torno-Stiftung für das Waisenhaus, die er mit 50.000 Mk banco dotierte und den Zweck hatte, Kindsaussetzungen und Kindstötungen entgegenzuwirken. Zu van Overbecks Engagement als Vorsteher des Hiobhospitals siehe *H. Puff*, „Von der Gutthätigkeit“ und ihrem „stärcksten Bewegungs-Grund“. Jobst von Overbeck (1663-1726) am Hamburger Hiobshospital, in: *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 77 (1991), S. 1-22.

auf ein pietistisches Netzwerk⁸⁸ aus hochrangigen Vertretern des – anachronistisch ausgedrückt – Wirtschafts- und Bildungsbürgertums. Deren Anliegen fügte sich in die bestehende Tendenz, die Unterstützung der Hausarmen durch die Gotteskasten mit deren religiöser Unterweisung in Form von Katechismusunterricht zu verbinden, wie sich schon in den Stiftungen Hermann Rentzels äußerte.⁸⁹

Inwieweit individuelle biographische Gesichtspunkte für die Wahl des Stiftungszwecks ausschlaggebend oder nur akzidentiell waren, lässt sich ohne eingehende Detailstudien kaum abschätzen.⁹⁰ Im Falle der Gedächtnisstiftungen oder auch der pietistisch motivierten Schulstiftungen lässt sich dies als zusätzlicher Impetus nicht von der Hand weisen. Wenn die Tochter eines erblindeten Kaufmanns, Catharina Rodenburg, 1690 eine Stiftung errichtete, die an ihrem Namenstag Geldunterstützungen an Blinde verteilte, wird man ebenfalls von einem biographischen Motiv ausgehen dürfen, zumal Stiftungen ausdrücklich zugunsten von Blinden selten waren – und es gehört zu den Abgründigkeiten einer solchen Biographie, dass die Stifterin 15 Jahre später selbst erblindete.⁹¹ Ähnliches wird für die ledig gebliebene Maria Catharina Mutzenbecher gelten, die 77jährig verfügte, dass die Zinsen von 6.400 Mk banco an ihrem Geburtstag an „sechs unverheirathete Frauenzimmer aus den höheren Ständen, insofern sie das 50. Lebensjahr überschritten haben und unbescholtenen Rufes, sowie wirklich hülfsbedürftig“ sind, ausgezahlt werden sollten.⁹² Ihre Stiftung richtete sich offensichtlich an Frauen, die sich in einer vergleichbaren Lebenslage wie die Stifterin befanden, aber im Gegensatz zu ihr finanziell nicht abgesichert waren.

Zeitraum	Männer	Frauen	Ehepaare	Vereinigungen
vor 1520	66,7	15,4	–	12,8
1521-1620	59,3	19,8	13,2	2,2
1621-1720	58,9	17,9	8,9	0,0
1721-1820	73,0	24,3	0,0	0,0
1821-1870	33,8	16,9	3,1	19,2

Tab. 3: Anteile von Männern, Frauen, Ehepaaren und Vereinen am Stiftungsgeschehen in % der Stiftungen des jeweiligen Zeitraums (Quelle: Privatstiftungen, 1870).

88 Vgl. vor allem *J. Geffcken*, *Johannes Winckler und die Hamburgische Kirche seiner Zeit*, Hamburg 1861; neuerdings zum Pietismus in Hamburg auch *F. Hartmann*, *Johann Heinrich Horb (1645-1695). Leben und Werk bis zum Beginn der Hamburger pietistischen Streitigkeiten 1693*, Tübingen 2004.

89 Diese Stiftungen datierten aus den Jahren 1660 und 1664 und fanden 1679 noch einmal Nachahmung; vgl. *F. Hatje*, (s. A 18), S. 446 Fn. 33 und ders. (s. A 50), S. 165 ff.

90 Vgl. *A. Schulz* (s. A24), S. 246.

91 Privatstiftungen (s. A 35), S. 127 f.

92 Ebda., S. 108.

Die eben genannten Fälle provozieren allerdings die Frage, ob Frauen möglicherweise anders stiften als Männer. Zunächst muss man feststellen, dass Stiften eher Männersache war. Der Anteil der Stifterinnen – überwiegend Witwen – war aber mit ca. 20 % über die Jahrhunderte bemerkenswert konstant,⁹³ könnte sich aber bei näheren Untersuchungen als faktisch zu niedrig angesetzt erweisen.⁹⁴ Denn wir wissen bislang wenig über den Einfluss der Ehefrauen auf die von ihren Männern verfassten Testamente und die von ihnen getätigten Stiftungen. Schon über das Zustandekommen von Ehepaar-Stiftungen und die Beteiligung der Ehefrauen daran sind wir bisher für die Neuzeit weitgehend auf Vermutungen angewiesen.⁹⁵ Zu untersuchen wäre wenigstens (wenn auch nicht hier), inwieweit Witwen die von ihren Ehemännern testamentarisch errichteten Stiftungen interpretierten und abänderten. Denn nicht selten verfügten sie Zusätze zu den Testamenten und damit zu den Stiftungen ihrer verstorbenen Ehemänner. Auch bei Daniel Schutte und seiner Frau Bertha de Jongh war dies der Fall. Untersuchungen zum Stiftungsverhalten von Frauen in anderen Städten legen die Hypothese nahe, dass es sich zumindest in der Frühen Neuzeit nicht grundlegend von demjenigen ihrer männlichen Zeitgenossen unterschied.⁹⁶

Nimmt man etwa das Testament der Bürgermeisterswitwe Anna Büring, das 1535 die Stiftung von Gotteswohnungen, eine jährliche Zahlung an das Hiobhospital, ein Stipendium sowie Unterstützungen zur Aussteuer und für Hausarme vorsah,⁹⁷ so unterscheidet sich dies nicht wesentlich von „Männertestamenten“. Sieht man einmal von den Aussteuerstiftungen ab,⁹⁸ drängt sich in der Summe der Details jedoch der

93 Dagegen konnte *D. Hein* (s. A 24) für Baden einen steigenden Anteil von Stifterinnen im 19. Jahrhundert feststellen.

94 Ermittelt aus Privatstiftungen (s. A 35).

95 Die von Ehepaaren errichteten Stiftungen wären schon deshalb eine eigene Untersuchung wert, weil sie sich im 18. und 19. Jahrhundert einer deutlich geringeren Beliebtheit in Hamburg erfreuten als im 16. und 17., wo Ehepaare immerhin einen Anteil von 13,2 bzw. 8,9 % an der Gesamtzahl der Stiftungen hielten. Sicher ist, dass sie sich mit der Namensgebung ihrer Stiftung als Paar „verewigen“ wollten. Ob kinderlose Ehepaare signifikant häufiger als Ehepaare stifteten als kinderlose Männer und Frauen für sich, ist derzeit noch unklar.

96 Vgl. hierzu *B.-J. Kruse*, Eine Witwe als Mäzenin. Briefe und Urkunden zum Aufenthalt der Nürnberger Patrizierin Katharina Lemlin im Birgittenkloster Maria Mai (Maihingen), in: *M. Meyer/H.-J. Schiewer* (Hrsg.), Literarisches Leben. Rollenentwürfe in der Literatur des Hoch- und Spätmittelalters. Festschrift für Volker Mertens zum 65. Geburtstag, Tübingen 2002, S. 465-505; *dies.*: Witwen als Stifterinnen in deutschen Städten der Frühen Neuzeit, in: *Ariadne* Heft 42, 2002, S. 16-23.

97 Privatstiftungen (s. A 35), S. 23. – Strukturell sehr ähnlich stiftete Ida Fahsel 1862 einen Fonds von 36.000 Mk banco, aus dem Mietunterstützungen für bedürftige Witwen oder Familien gezahlt werden sollten (statt der Freiwohnungen bei Anna Büring), ferner vier Stipendien für Theologiestudenten sowie sechs Freischulplätze für Mädchen in einer der Districtsschulen des Vereins für Innere Mission.

98 Überraschenderweise wurden 25 der (1870 verzeichneten) 31 Aussteuerstiftungen von Männern errichtet – und dies zudem in einem zeitlich eng begrenzten Fenster. Denn bis auf vier Fälle datieren alle aus dem 15. und 16. Jahrhundert.

Eindruck auf, dass Stifterinnen insgesamt überdurchschnittlich oft ausdrücklich für Frauen stifteten: für kranke Witwen, alte Frauen, „Jungfrauen“ oder zugunsten von Freischulplätzen für Mädchen. Unter den von Frauen errichteten Stiftungen macht dies etwa ein Drittel aus. Ebenfalls ein Drittel machten Stiftungszwecke aus, die unspezifisch „Armen“ oder „Hausarmen“ zugeordnet waren. Da diese aufgrund der realen Gegebenheiten zu einem großen Teil wiederum Frauen zugute kamen, fügt sich auch dies ins Bild. Ungefähr ein Viertel der Stiftungen von Frauen unterstützte Studenten und vor allem Schüler (insbesondere Mädchen) aus den unteren Schichten und korrespondierte insofern mit einem gewichtigen Aspekt der häuslichen Rolle, nämlich der Kindererziehung. Dies widerspricht der weiter oben postulierten Einbindung von Stiftungen in die soziokulturellen Verhaltensmuster ihrer Zeit durchaus nicht, sondern unterstützt sie. Dazu gehören auch das Gefühl von Stifterinnen und Stiftern, dem Gemeinwesen, das ihnen durch sein Funktionieren die Rahmenbedingungen für den Erwerb ihres Wohlstands bot, etwas zurückgeben zu sollen, oder die Bereitschaft, sich von engagierten Persönlichkeiten für ein gemeinnütziges Projekt mitreißen zu lassen – ob es sich nun um einen Franz Adickes und das Projekt einer Stiftungsuniversität für Frankfurt, um einen Wilhelm von Bode, Oskar von Miller, Alfred Lichtwark und die Förderung von Museen in Berlin, München oder Hamburg, oder ob es sich um eine Amalie Sieveking und einen Johann Hinrich Wichern und diakonisch-karitative Stiftungen und Vereine handelte.⁹⁹

Neulinge unter den Stiftern waren Vereine und Assoziationen – oder vielmehr: Assoziationen traten im 19. Jahrhundert erstmals wieder seit den mittelalterlichen Bruderschaften als Stifter auf. Über die Bedeutung von Vereinen und Assoziationen für die Konstituierung der bürgerlichen Gesellschaft und die Initiierung von gemeinnützigen Projekten ist seit Nipperdeys berühmtem Aufsatz viel geforscht und geschrieben worden.¹⁰⁰ Deutlich zeigt sich inzwischen, dass bürgerliche Kunstförderung vor allem im Vormärz eine Sache von Vereinen und nicht Sache einzelner Mäzene war.¹⁰¹ Berühmt ist auch das Beispiel der Senckenbergschen Stiftung in Frankfurt, die – bereits 1763 gegründet – erst im Vormärz die Intentionen des Stifters in vollem Umfang realisieren konnte, als sich ein ganzer Kranz von Vereinen um die Stiftung

99 Vgl. *J. Kocka / M. Frey* (s. A 24), S. 12; *W. Klötzer* (s. A 23); *A. Schulz* (s. A 24), S. 246, 248; *M. Frey* (s. A 14); *S. Pielhoff* (s. A 7); *B.-K. Seemann*, Stadt, Bürgertum und Kultur. Kulturelle Entwicklung und Kulturpolitik in Hamburg von 1839 bis 1933 am Beispiel des Museumswesens, Husum 1998.

100 *Th. Nipperdey*, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: *ders.*, Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte, Göttingen 1976, S. 174-205. Einen guten Überblick bietet *F. Kopitzsch*, „Freie Assoziationen“, „thätiger Gemeingeist“ und Aufklärung, in: *E. Donnert* (Hrsg.), Europa in der Frühen Neuzeit, Bd. 4: Deutsche Aufklärung, Weimar 1997, S. 661-678 mit umfassenden Literaturangaben. Vgl. ferner *D. Hein*, Soziale Konstituierungsfaktoren des Bürgertums, in: *L. Gall* (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 132-181.

101 *M. Frey* (s. A 14), S. 64 ff.; *H.-W. Schmuhl* (s. A 24), S. 63 ff.; *R. Roth* (s. A 61), S. 103 f.

herum gruppiert hatte, die die Anliegen inhaltlich und materiell förderten.¹⁰² Der Umstand, dass Verein und Stiftung gleichermaßen Personen und Finanzmittel zur Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben zusammenbrachte, führte nicht nur dazu, dass Vereine stifteten, sondern selbst als Stiftungen bezeichnet werden konnten.¹⁰³ Unter den Hamburger Privatstiftungen fallen vor allem diejenigen milden Privatstiftungen als innovativ oder sozialreformerisch auf, die von Vereinen ins Leben gerufen wurden. Die schon erwähnte „Stiftung zum Andenken an die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten“ beispielsweise unterschied sich von anderen Wohnstiften nicht nur dadurch, dass sie von vornherein auf Expansion angelegt war und damit Momente sozialen Wohnungsbaus vorwegnahm, sondern auch dadurch, dass sie Elemente herkömmlicher Stiftungsverwaltung mit genossenschaftlichen und vereinsmäßigen Elementen verband, die auf eine Partizipation der Begünstigten hinausliefen.¹⁰⁴ In anderen Fällen waren es gerade die Folgen der Urbanisierung und die Anfänge der Industrialisierung, die sich in ausdifferenzierten Stiftungszwecken niederschlugen. Der „Verein zur Vermittlung von Arbeit“ verstetigte seine Tätigkeit 1848 durch die „Arbeitsnachweisungsanstalt“; der „Frauenverein zur Unterstützung der Armenpflege“ von 1849 unterhielt eine eigene Schule und eine „Kinderbewahranstalt“, die ab 1866 in dem ebenfalls aus dem Verein hervorgegangenen „Paulsen-Stift“ – so benannt nach der Gründerin und langjährigen Vorsteherin des Vereins, Charlotte Paulsen – untergebracht waren. Die „Frauenvereinsschule“ des „Hamburger Frauenvereins von 1813 für Töchter ins Feld gezogener Krieger“ unterrichtete 80 Mädchen „aus der ärmeren Klasse“, um sie „zu guten Dienstmädchen zu erziehen“; der „Verein zur Förderung weiblicher Erwerbstätigkeit“ von 1867 stiftete eine Gewerbeschule für Mädchen und 1869 eine „Fortbildungsanstalt für Mädchen“, eine Art Abendschule für Mädchen ab dem 13. Lebensjahr, die auf den Besuch der Gewerbeschule vorbereiten sollte. Aus dem „Ärztlichen Verein“ ging 1847 die „Hülf=Kasse für nothleidende Aerzte“ hervor, deren durch den Verein aufgebrachtes Anfangskapital immerhin 20.000 Mark banco betrug¹⁰⁵ – ganz zu schweigen von den Initiativen der Patriotischen Gesellschaft¹⁰⁶ und den Stiftungen im Umkreis der Erweckungsbewegung und Inneren Mission, von denen schon die Rede war.

5. *Karikative Stiftungstätigkeit und zivilgesellschaftlich-bürgerliches Selbstverständnis*

Wenden wir uns abschließend der Frage nach dem Konjunkturverlauf des Hamburger Stiftungsgeschehens zu. Die Werte der Tabelle 4 sind aus dem Verzeichnis der milden

102R. Roth (s. A 61), S. 100 ff.

103So etwa bei Knigge in seinem Lobpreis der Bremer „Museums“. Siehe dazu F. Kopitzsch, Kommerz, Kultur und Bürgersinn in Bremen. Ein Überblick, in: Bremisches Jahrbuch 81 (2002), S. 83-96, hier: S. 87.

104A. Schwarz (s. A 60).

Privatstiftungen von 1870 gewonnen. Doch hier beginnt schon das erste Problem. Das Stiftungsverzeichnis stellt nämlich nicht primär ein stiftungsgeschichtliches Kompendium dar, sondern verzeichnet nur diejenigen Stiftungen, die im Jahre 1870 nachweislich existierten – insgesamt 358. Die Lappenbergsche Zusammenstellung von 1845 umfasste demgegenüber noch eine Gruppe von 429 Stiftungen, „über deren Fortbestand und Verwaltung keine gewisse Nachrichten zu erlangen waren“. Einige von ihnen finden sich als fortbestehend im Verzeichnis von 1870, für andere ließe sich in mühevoller Kleinarbeit der Existenznachweis noch führen. Hierbei handelt es sich vor allem um Zustiftungen zu bereits bestehenden Stiftungen, deren Zwecke sich die Zustiftenden zu eigen machten oder wo sie die Verwaltung ihrer Gelder in guten Händen wähten – eine Gattung, bei der überhaupt mit einer großen Dunkelziffer zu rechnen ist.¹⁰⁷ Nicht aufgeführt wurden ferner weite Teile der jüdischen Stiftungen, von denen etliche bereits aus dem 18. Jahrhundert datieren und die den Stiftungsboom des 19. Jahrhunderts noch beträchtlich vergrößerten.¹⁰⁸ Enthalten sind dagegen 25 Familienstiftungen und Fideikommissen, die ausschließlich Familienmitgliedern zugute kommen sollten und damit nicht gut in der Bilanz *karitativer* Stiftungen mitgezählt werden können.¹⁰⁹

Überdies wird – wie in allen Publikationen zum Stiftungswesen und Mäzenatentum – auch hier mit absoluten Zahlen operiert. Diese Art der Quantifizierung sagt allerdings wenig über das Gewicht der Stiftungen aus. Hier müssten eigentlich Vermögen und Einkünfte herangezogen werden, um einen gewichteten Konjunkturverlauf in Korrelation zur gesamtstädtischen Vermögensentwicklung zeichnen zu können, um wirtschaftskonjunkturrell bedingte Haussen von stärker kulturell bedingten unterscheiden zu können. Damit wäre aber immer noch nichts über den – schwer zu bemessenden – Wirkungsgrad der Stiftungen gesagt. All dies muss im Rahmen dieses Aufsatzes unterbleiben.

105 Privatstiftungen (s. A 35), S. 5 f.; 41 f., 114, 42; 40, 45 und 163.

106 Siehe dazu neuerdings S. Schambach, *Aus der Gegenwart die Zukunft gewinnen. Die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von 1765*, Hamburg 2004; vgl. aber auch den detailreichen Überblick über die „Geschichte der Hamburgischen Gesellschaft zur Beförderung der Künste und nützlichen Gewerbe“ von Kowalewski und anderen, der in mehreren Teilen zwischen 1897 und 1925 erschien.

107 Nicht enthalten sind z.B. die Gedächtnismahlzeit des Oberalten Christian Köthen von 1697 und die Bücherverteilung des Oberalten Samuel Klug von 1739, die beiden Katechismusstiftungen des Oberalten Hermann Rentzel usw. *StAHH*, Heilig-Geist-Hospital II.A.I.9, S. 108; IV.B.9, S. 324; St. Katharinenkirche A.XII.a.7, S. 286 f. Dasselbe gilt für sämtliche Neustädter Armenschulen.

108 Vgl. die methodisch und inhaltlich problematische Bestandsaufnahme von G. Hoenicke (s. A 40).

109 Diese wurden denn auch bei den Berechnungen für diesen Aufsatz ausgeschieden. Mitgezählt wurden jedoch solche Familienstiftungen, die mit einem karitativen Zweck verbunden waren oder bei denen festgelegt war, dass das Vermögen nach dem Aussterben der begünstigten Nachkommenschaft einer karitativen Institution zufallen sollte.

<i>Zeitraum</i>	<i>Stiftungen absolut</i>	<i>Anteil am Gesamt in %</i>
vor 1470	21	5,9
1471-1520	18	5,1
1521-1570	46	13,0
1571-1620	45	12,7
1621-1670	30	8,5
1671-1720	26	7,4
1721-1770	13	3,7
1771-1820	24	6,8
1821-1870	130	36,8

Tab. 4: Entwicklungsphasen des Stiftens (Quelle: Privatstiftungen, 1870.)

Gehen wir von den gängigen Periodisierungen der Stiftungsgeschichte aus, so kommen wir mit den Befunden dieser Tabelle in Bedrängnis. Landläufig werden die Reformation und die Epoche der Französischen Revolution als die gravierenden Zäsuren angesehen. Die Reformation habe Stiftungen in großem Umfang zur Disposition weltlicher Obrigkeiten gestellt und damit das so konstitutive Element der Dauerhaftigkeit unterminiert. Die Aufklärung habe dies erheblich weiter getrieben. Einem Denkstil, der auf Veränderung im Sinne von Vervollkommnung der menschlichen Verhältnisse setzte, konnte in der Tat an einer Institution wenig gelegen sein, die ein Kapital durch die willkürliche Entscheidung eines Stifters für Jahrhunderte an einen bestimmten Zweck band. In der napoleonischen Ära wurden dann vor diesem Hintergrund Stiftungsvermögen in großem Stil kassiert.¹¹⁰ Das Erstaunliche ist nun, dass keine der beiden Zäsuren das Vertrauen in die Institution Stiftung nachhaltig erschüttert hätte. Nach Ausweis der Tabelle ist das Gegenteil der Fall.

Unterstellen wir, dass die Konjunkturen des Stiftens etwas mit den Konjunkturen des „Gemeinsinns“ zu tun haben, dann lässt sich der nachreformatorische Aufschwung gerade mit der von der Reformation geschaffenen Kongruenz von Bürger- und Sakralgemeinde und dem Paradigmenwechsel zur Nächstenliebe als Beweis für den wahren Glauben erklären.¹¹¹ Die rückläufige Tendenz des 17. Jahrhunderts dürfte sich vor diesem Hintergrund aus den Verunsicherungen der Zeit ergeben haben, die aus einem beachtlichen Bevölkerungswachstum, den Erschütterungen des Dreißigjährigen

¹¹⁰ Vgl. u.a. *M. Frey* (s. A 14), S. 38.

¹¹¹ Dazu ausführlich mit Nachweisen *F. Hatje*, Kommunalisierung und Kommunalismus. Frühneuzeitliche Armenfürsorge als Politikum, in: *H.-J. Gilomen / S. Guex / B. Studer* (Hrsg.), *Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Zürich 2002, S. 73-90.

Kriege und den politischen Verwerfungen zwischen Rat und Bürgerschaft resultierten. Die Fragilität von Pax und Concordia hatte ihre Auswirkungen bei der Bestellung von Testamentariern und dürfte die Bereitschaft zur Bindung von Vermögenswerten gedämpft haben.

Trifft das den Kern der Sache? Die rückläufige Tendenz des 17. und 18. Jahrhunderts resultiert möglicherweise wieder aus einem Quellenproblem. Das Verzeichnis der Privatstiftungen enthält nur das, was nach dem Verständnis des 19. Jahrhunderts als private, nicht aber halb-öffentliche oder öffentliche Stiftungen angesehen wurde – eine Klassifizierung, die erst vor dem Hintergrund einer Dichotomie von Staat und Gesellschaft, einer Trennung von öffentlicher Armenfürsorge und privater Mildtätigkeit einen Sinn ergibt. Ausgeblendet wurden auf diese Weise nicht nur die mittelalterlichen Hospitäler und Klöster,¹¹² sondern auch die großen Stiftungen des 17. Jahrhunderts (Waisenhaus, Pesthof, Werk- und Zuchthaus, Gast- und Krankenhaus, Spinnhaus), deren Gründung zum großen Teil aus privaten Mitteln angeschoben und als ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt und ihrer Bürger aus einer Vielzahl von „nichtstaatlichen“ Quellen finanziert wurden.¹¹³ Diese kostspieligen Stiftungen müssten also in einen Konjunkturverlauf der Hamburger Stiftungsgeschichte einbezogen werden – und dies umso mehr, als die Armenfürsorge insgesamt als eine „res publica“, als ein konstitutives Element der Stadtrepublik verstanden wurde, wie sie sich seit der Reformation in der Verschränkung von politischer und kirchlicher Verfassung präsentierte.

In dem Maße wie Aufklärung und theologischer Rationalismus an Boden gewannen, wurde indes das religiös-konfessionelle Element vom Leitbegriff des „Patriotismus“ verdrängt. Dieser für das stadtrepublikanische Bürgertum so zentrale Begriff stellte im Bereich des Armenwesens auf eine breite Basis der Ehrenamtlichkeit und eine noch breitere Basis der freiwilligen Finanzierung ab. Die Allgemeine Armenanstalt wurde zu dem Vehikel eines patriotischen Republikanismus schlechthin, eröffnete dem Bürgertum ein neues, weites Feld der Partizipation am Gemeinwesen und fiel zusammen mit einer Phase, die man als beschleunigte Elitenzirkulation kennzeichnen und auf die Jahrzehnte zwischen ca. 1760 und 1820 datieren könnte.¹¹⁴ Die geringe Zahl von Stiftungsgründungen hat also eher mit einer Verlagerung des Engagements auf andere Bereiche gemeinnützigen Wirkens zu tun, zu denen auch die freien Assoziationen, Clubs und Vereine zählten.

Diese Verlagerung war sogar in gewisser Weise Medium des Elitenwandels, gleichsam das Nebengleis, auf dem man sich als ein der Gemeinnützigkeit verpflichteter Mann bewähren und so in die einflussreichen Positionen gelangen konnte. Denn trotz der großen Zahl von Ehrenämtern in Rat und Bürgerschaft, durch die Hamburg sich selbst verwaltete, und trotz rechtlicher Kautelen gründete der Zugang zu diesen Ämtern auf

112 Vgl. H. Baumeister, Die halböffentlichen milden Stiftungen in Hamburg, Hamburg 1869.

113 F. Hatje (s. A 18), S. 57-63 mit der einschlägigen Literatur.

Reputation – und hier spielte die der Familie eine wichtige Rolle. Überdies konnte die Zugehörigkeit zum Waisenhaus-, Gast- und Krankenhaus- oder Werk- und Zuchthauskollegium den Aufstieg im „cursus honorum“ durchaus beschleunigen. Ob dies auch für kleinere Stiftungen galt, lässt sich derzeit nicht sagen. Möglich wäre es, denn z.B. Ratsmitglieder waren ex officio in etwa 20% der Stiftungsvorstände vertreten.

Mit der Restauration ist auch die Phase des Elitenwandels im Wesentlichen abgeschlossen. Für das Großbürgertum beginnt eine Phase der Konsolidierung, in der eine gleichsam dynastische Familienpolitik die ökonomische, gesellschaftliche und politische Stellung festigt. Zur Konsolidierung traten zumindest in Teilen des Bürgertums ein wachsendes Bedürfnis, in dem Feld zwischen Rationalisten und Erweckten religiös Stellung zu beziehen, ein erstarktes Traditionsbewusstsein, eine Renaissance der Memoria vor dem Hintergrund bürgerlicher Leistungen, und eine liberal-bürgerliche Deutung der mittelalterlichen Stadt als Gegenreaktion gegen die Erfahrungen der napoleonischen Ära. Dies zusammengenommen war dem Aufschwung des Stiftungswesens überaus förderlich, wie oben gezeigt werden konnte. Zugleich nahm aber auch der politische und gesellschaftliche Legitimationsdruck im Laufe des Jahrhunderts erheblich zu. Karitative Stiftungen, die eine Bühne bereitstellten für eine persönliche Interaktion zwischen gehobenen Bürgertum und Angehörigen unterer bürgerlicher oder unterbürgerlicher Schichten, gewannen insofern an Attraktivität, als sie den status quo zu stabilisieren geeignet erschienen. Die schon im Vormärz gezogene Trennlinie zwischen öffentlicher, rigide begrenzter Armenfürsorge und privater, von Reglementierungen freier Mildtätigkeit eröffnete weite Handlungsspielräume für ein privates gemeinnützig-karitatives Wirken.

Bis in die 1860er Jahre hielt das Bürgertum an der Überzeugung fest, eine klassenübergreifende Harmonie auf der Basis bürgerlicher Tugenden anstreben zu können. Erst als die Klassengegensätze offensichtlich wurden, gab man die Überzeugung auf – und führte die Initiativen privater Wohltätigkeit zu einer bis dahin nicht gekannten Vielfalt. Neben dem Bekenntnis zur stadtrepublikanischen Selbständigkeit und dem Axiom der Handelsfreiheit gehörte die private Armenfürsorge mit ihren religiös oder säkular motivierten sozialreformerischen Ansätzen zu den wichtigsten identitätsstiftenden Momenten für das Hamburger Bürgertum. Bei aller Vorsicht, die angesichts des Forschungsstandes derzeit geboten ist,¹¹⁵ wird man wohl konstatieren dürfen, dass das Hamburger Bürgertum in dieser Hinsicht herausragend, aber nicht einzigartig war.

114 *F. Hatje* (s. A 4) mit detaillierten Nachweisen.

115 In absehbarer Zeit werden vier Dissertationen zu Hamburg vorliegen, die Christine Bach, Imke Johannsen, Manuela Klein und Michael Werner im Rahmen eines von der ZEIT-Stiftung geförderten und an der Universität Frankfurt angesiedelten Projekts anfertigen. Über die Privatwohltätigkeit in Bremen steht eine umfangreiche Studie von Sylveline Wissmann (Bremen) zu erwarten. Das gemeinnützige Engagement der Rothschilds in London, Paris, Frankfurt/M., Wien und Neapel wird von einer internationalen Forschergruppe untersucht, deren Arbeit Klaus Weber (London) koordiniert. All dies wird die Möglichkeiten des Vergleichs erheblich erweitern.

Herbert Schubert

Stadt als sicherer Raum

Zur Diskussion um eine „städtebauliche Kriminalprävention“

1. Einführung: Unsicherheit in den fragmentarischen Räumen der Zwischenstadt

Im Oktober 2002 verübten Heckenschützen im US-amerikanischen Bundesstaat Washington zahlreiche Morde. Die Mordserie ereignete sich in Stadträumen mit besonderen Kennzeichen und veranschaulichte exemplarisch, in welcher Weise städtebauliche und sozialräumliche Bedingungen Kriminalität begünstigen können. Das Profil der Täter wurde von einer besonderen Auswahl unübersichtlicher Orte geprägt: Parkplätze von Malls, Zufahrtsstraßen mit großflächigen Randnutzungen und große Tankstellen, in deren Umfeld sich die Taten ereigneten, repräsentieren das unübersichtliche Siedlungsgefüge einer dispers zerfließenden Stadt im Übergangsbereich zwischen Stadt und suburbanen Siedlungen.

Thomas Sieverts hat diese gestückelten Stadträume als „Zwischenstadt“ bezeichnet.¹ Das Wachstum der deutschen Städte war in den vergangenen Jahrzehnten von dieser Siedlungsentwicklung gezeichnet, in deren Verlauf diffuse Stadträume entstanden sind, die insgesamt planlos wirken, als ob sie aus unzähligen rationalen Einzelentscheidungen fragmentarisch entstanden seien.² Sie weisen kaum Dichte und Mischung auf, und die öffentlichen Räume werden nicht von aneinandergrenzenden Gebäuden gebildet, sondern machen einen ungeordneten Eindruck. Die Lebensqualität des als Ganzes ungeplant entstandenen Siedlungstyps „Zwischenstadt“ ist vor allem auch unter kriminalpräventiver Perspektive interessant, denn er hat deutliche Mängel nicht nur in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht, sondern auch unter Sicherheitsgesichtspunkten.

Aus der Nutzerperspektive wird die urbane Sicherheit in solchen Stadtbereichen weniger über die faktische Kriminalitätsbelastung – als objektives Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden – wahrgenommen, sondern vor allem über das subjektive Sicherheitsempfinden – sozusagen die „gefühlte Sicherheit“.³ Die subjektive Furcht vor einer möglichen Viktimisierung korrespondiert einerseits mit der fragmentarischen sowie unübersichtlichen Gestalt eines Raumes und andererseits mit Zeichen von

1 Vgl. T. Sieverts, *Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land*, Braunschweig, Wiesbaden 1997.

2 Vgl. L. Bölling / T. Sieverts (Hrsg.), *Mitten am Rand – vom Vorort über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft*, Wuppertal 2004.

3 Vgl. T. Kasperzak, *Stadtstruktur, Kriminalitätsbelastung und Verbrechensfurcht*, Holzkirchen/Obb. 2000.

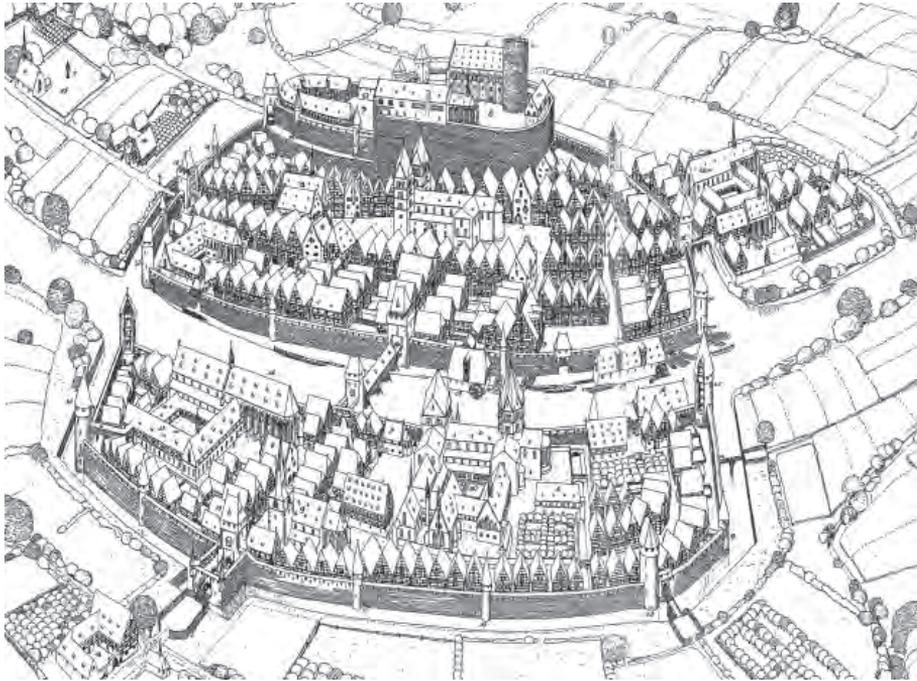


Abb. 1: Gestalt der mittelalterlichen Stadt um 1350; Quelle: K. Gruber (s. A 5), S. 164 f.

„Disorder“ im öffentlichen Siedlungsraum.⁴ Im Wohlfahrtssurvey von 1998 erklärte fast ein Viertel der Bevölkerung, dass sie sich nachts auf den Straßen der eigenen Wohngegend nicht sicher fühle.

2. Sicherheit als Gestaltungsprinzip der europäischen Stadt

Die zu Grunde liegenden Veränderungen der städtischen Raumstrukturen verweisen auf einen tiefgreifenden Wandel, der als Antithese zur traditionellen europäischen Stadt erkennbar ist. Ein Vergleich der Gestaltungsmuster zwischen der mittelalterlichen Stadt und der modernen Stadtlandschaft veranschaulicht die Entwicklungslinie von der gesicherten zur offenen Stadtform (vgl. Abb. 1 und 2). Zwei wesentliche Kennzeichen können an der mittelalterlichen europäischen Stadt als Archetyp der sicheren Stadt hervorgehoben werden: (1) die Betonung kontrollierbarer Grenzen

4 Vgl. H. Herrmann / K. Sessar / M. Weinrich, Unsicherheit in der Moderne am Beispiel der Großstadt, in: Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 02, Baden-Baden 2002, S. 251-286.



Abb. 2: Gestalt einer modernen Stadterweiterung um 1960; Quelle: Stadt Leverkusen.

durch Barrieren wie z.B. Stadtmauer und Stadttor und (2) die städtebauliche Anordnung sowie systematische Ausrichtung der Gebäude auf zentrale Punkte und Achsen wie z.B. Plätze und Straßen.⁵

Die hier eingenommene Perspektive darf nicht als rückwärts gewandte Idealisierung und Romantisierung der Ordnung in der europäischen Stadt missverstanden werden.⁶ Es soll nicht für eine Renaissance des traditionellen Stadtbilds geworben werden, wie es beispielsweise die nordamerikanische Bewegung des „New Urbanism“ pflegt.⁷ Und der Hinweis auf die wesentlichen Kennzeichen soll auch nicht als Plädoyer für bewachte Siedlungen des Typs „Gated Communities“ oder für bewachte abgeschottete Parzellen missverstanden werden. Bilder aus brasilianischen Städten veranschaulichen, dass „gating“ nichts mit Quartiersbildung und Sichtachsen im öffentlichen Raum zu

5 Vgl. K. Gruber, *Die Gestalt der deutschen Stadt*, 2. Auflage, München 1976.

6 Vgl. z.B. W. Siebel, *Die überwachte Stadt – Ende des öffentlichen Raums?* in: *Die Alte Stadt* 30 (2003), S. 247-257.

7 Vgl. H. Bodenschatz/B. Schönig, *Smart Growth – New Urbanism – Liveable Communities*, Wuppertal 2004.



Abb. 3: Räumliche Abschottung von Parzellen als Sicherheitsmaßnahme in der brasilianischen Stadt Recife; Quelle: eigene Fotos.

tun hat, sondern sich lediglich auf Barrieren und Zugangskontrollen konzentriert. In Abbildung 3 ist die fehlende Verbindung zwischen Parzelle und öffentlichem Raum zu erkennen. Der öffentliche Raum wirkt sozusagen „eingesperrt“ von den privaten Abschottungen.

Die Bezugnahme auf die mittelalterliche Stadt soll das Augenmerk nicht auf Merkmale der Exklusion richten, sondern auf die allgemeinen Ordnungsprinzipien des öffentlichen Raumes in der europäischen Tradition. In der Abbildung 1 sind deutlich Merkmale der Quartiersbildung, Sichtachsen im öffentlichen Raum und die Zonierung durch Markierung von Grenzen zu erkennen. Es geht nicht darum, diese Muster eins zu eins in die Gegenwart zu projizieren. In der aktuellen Diskussion⁸ über eine „städtebauliche Kriminalprävention“ steht eher die Frage im Raum, wie diese Merkmale in der gegenwärtigen Siedlungsentwicklung unter Gesichtspunkten der Sicherheitsrelevanz wieder berücksichtigt werden können. Die traditionellen Prinzipien werden dabei als über Generationen kumuliertes Erfahrungswissen begriffen.

Die Gründung der mittelalterlichen Städte verdankte sich vor allem der Funktion, Sicherheit zu erreichen und zu erhalten. Durch das gemeinsame Siedeln an einem Ort

8 Vgl. z.B. *Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz* (Hrsg.), Städtebau und Kriminalprävention – polizeiliche Kriminalprävention, Mainz 2002; *Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.), Sicherheit durch Gestaltung der Städte, Düsseldorf 2005; *Niedersächsisches Innenministerium* (Hrsg.), Sicheres Wohnquartier – Gute Nachbarschaft, Kriminalprävention im Städtebau und bei der Wohnungsbewirtschaftung, Hannover 2002; *Zentrale Geschäftsstelle Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes* (Hrsg.), Städtebau und Kriminalprävention – eine Broschüre für die planerische Praxis, Stuttgart 2004; *N. Thumm*, Städtebauliche Kriminalprävention: Theoretische Grundlagen, beispielhafte Projekte, hrsg. v. LKA Baden-Württemberg, Stuttgart 2004.



Abb. 4: Abgemeldeter Pkw im öffentlichen Straßenraum als Indikator des Unsicherheitspotenzials in einem Stadtquartier; Quelle: eigene Fotos.

wird Sicherheit zum Kollektivgut und die Opportunitätskosten werden für die einzelnen Bewohner verringert. Max Weber hat in seinen retrospektiven Untersuchungen über die europäische Stadt zwar besonders die Marktfunktion hervorgehoben, aber neben diesem ökonomischen Begriff auch den politisch-administrativen Charakter der Stadt als „Festung“ formuliert: So waren die Stadtbewohner des Mittelalters „zu bestimmten militärischen Leistungen, vor allem zu Bau und Reparatur der Mauern, Wachtdienst und Verteidigung... verpflichtet“. ⁹ Sowohl die ständische Mitgliedschaft als auch die Stadtbürgerschaft waren an solche Leistungen geknüpft. Dadurch waren die Sicherheitsfunktionen einerseits sozialräumlich in soziale Handlungsketten eingebettet und manifestierten sich andererseits in den Gestalten des Siedlungsraums. Hoffmann-Axthelm führte die Raumökonomie der geschlossenen Stadt des Mittelalters – trotz Vorhandenseins von mehreren Machtzentren wie Burg, Kirche, Stadtrat, Patrizier und Zünfte – auf eine „zentrierende Ordnung“ zurück, weil jedes Siedlungssegment nach denselben Prinzipien organisiert war. ¹⁰ Dieses zentrale Prinzip wurde von der sozialen Solidarität der Stadtbewohnerschaft repräsentiert, das neben der städtischen Organisation und den damit in Verbindung stehenden Gestaltungsmustern eine wesentliche Voraussetzung für Sicherheit war. Insofern wird die mittelalterliche Stadt von einer doppelten Gestaltungsperspektive geprägt: Neben der baulichen Gestaltung einer „abwehrenden“ Raumfigur spielt die soziale Gestaltung einer „solidarischen“ Stadtgesellschaft eine wichtige Rolle.

9 M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen 1972, S. 733 f.

10 D. Hoffmann-Axthelm, *Die dritte Stadt*. Frankfurt/M. 1993, S. 104 f.

3. Stadtgebiete mit hohem Unsicherheitspotenzial

Der Zusammenhang zwischen Raumgestalt und sozialer Solidarität wird heute zum Beispiel in städtebaulich kritischen und sozial prekären Stadtquartieren erfahrbar. Darunter sind viele Stadterweiterungen der 1960er und 1970er Jahre zu finden. Die offene Form der Großsiedlung in der Abbildung 2 zeigt, wie das Siedlungsmuster in der Landschaft zerfließt. Die Gebäude verselbständigen sich und kommunizieren nicht mehr miteinander; die Blickbeziehungen von der Wohnung in den öffentlichen Raum des Wohnumfeldes werden ästhetisierten Blicken in ferne Landschaften geopfert.

Neben diesen städtebaulichen Mängeln weisen Großsiedlungen im Allgemeinen eine hohe Quote von Belegungsrechten auf, so dass sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen dort konzentrieren.¹¹ Das Zusammenspiel von fragmentarischer Stadtgestalt, Zeichen der Unordnung und spezifischen Personengruppen im öffentlichen Raum verängstigt Passanten und Bewohner. Wenn sie die Funktion der informellen sozialen Kontrolle im Wohnumfeld nicht mehr ausüben, sondern sich in die Privatheit ihrer Wohnungen zurückziehen, werden die Regeln eines geordneten Miteinanders preisgegeben.¹² Deshalb werden solche Siedlungsbereiche als „Stadtgebiete mit einem hohen Unsicherheitspotenzial“ bezeichnet.¹³

Unter einer empirischen Prozessperspektive lässt sich der Niedergang eines Stadtgebiets und ein damit verbundenes Ansteigen von Unsicherheitsgefühlen folgendermaßen zusammenfassen: Unordnung, Verwahrlosung und der physische Verfall von Gebäuden und öffentlichem Raum lösen Furcht vor Kriminalität unter der Bewohnerschaft aus (vgl. exemplarisch Abbildung 4). Die Unordnung lockt Personen an, für die die Zeichen der Verwahrlosung signalisieren, dass soziale Kontrolle in dieser Gegend kaum stattfindet. Das Auftreten dieser Personen verstärkt die Furcht unter der Bevölkerung sowie den Rückzug in die Wohnung und verursacht so eine tatsächliche Verringerung der Kontrolle. Die verminderte Kontrolle erleichtert die Äußerung von unerwünschten Verhaltensweisen bis hin zur Begehung von Straftaten. Der Anstieg von Disorder, unzivilisiertem Verhalten und auch Straftaten treibt die Spirale erhöhter Verbrechensfurcht an und begünstigt den Rückzug bzw. Fortzug von Haushalten.¹⁴

11 Vgl. *Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen GdW* (Hrsg.), *Überforderte Nachbarschaften*, Köln 1998

12 Vgl. *J. Wilson / G.L. Kelling*, *Polizei und Nachbarschaft: Zerbrochene Fenster*, in: *Kriminologisches Journal* 28 (1996), S. 121-137.

13 *H. Schubert* (Hrsg.), *Sicherheit durch Stadtgestaltung: Städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Kriminalprävention*, Köln 2005, S. 47.

14 Vgl. *D. Rössner u.a.*, *Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen*, Gutachten für die Landeshauptstadt Düsseldorf, Düsseldorf 2001.

Das Unsicherheitspotenzial wird auch durch besondere Gestaltungsmängel – so genannte „Angsträume“ – genährt.¹⁵ Beispielsweise wirken Einkaufsstraßen in der Innenstadt abends verlassen und anonym. Kommen noch andere situative Aspekte hinzu wie z.B. vernachlässigte und ungepflegte Grünflächen, verunreinigte Aufenthaltsbereiche, defekte und mutwillig zerstörte Abfallbehälter, so verdichten sich die negativen Wahrnehmungen bei den Nutzern zu dem Bild eines „Angstraums“. Weil sie Unbehagen erzeugen, werden diese Orte konsequent gemieden. Typische Beispiele von Angsträumen sind:¹⁶ unzureichend belichtete bzw. beleuchtete Gebäude, unübersichtliche Straßen und Wege sowie Unterführungen und U-Bahn-Eingänge; Dunkelzonen mit unzureichender Beleuchtung (z.B. Eingänge, Kellertreppen, Parkplätze); unbelebte Straßenräume, wo keine Passanten in der Nähe sind (z.B. reine Gewerbegebiete); isolierte, nicht von Wohnungen einsehbare Parkplätze oder Garagenhöfe oder nicht an Siedlungen angebundene Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs. Die Einstufung eines Ortes als Angstraum resultiert allein aus den subjektiven Empfindungen und Wahrnehmungen.

4. Raum und Angst

Der städtische Raum kann nicht monokausal für Kriminalität verantwortlich gemacht werden; er verursacht Kriminalität nicht. Es gibt aber Zusammenhänge zwischen der Kriminalitätsfurcht und (städte-) baulichen Strukturen¹⁷ – oder allgemeiner: zwischen gebauter und sozialer Gestalt.¹⁸ In Gefahrensituationen reagiert das Ich mit Angst: Bei der ersten Begegnung mit einer objektiven Gefahr entsteht ein realistisches Gefühl der Bedrohung, die realistische Angst. Sie hinterlässt eine Erinnerung, die bei einer Wiederholung ähnlicher Situationen die Angst als Signal (Signalangst) auslöst.¹⁹

Unter raumwissenschaftlicher Perspektive ist daher nicht der so genannte (potenzielle) Täter, sondern das Angst erzeugende Signal des städtischen Raumes von Interesse. Denn mangelhafte Gestaltungsqualitäten des Raumes signalisieren „Tatgelegenheiten“, also Orte der Angst und Orte mit erhöhter krimineller Ereigniswahrscheinlichkeit.²⁰ In der Kriminologie beschäftigt sich damit „der situative Ansatz“: Ob unerwünschte Ereignisse im Wohnumfeld passieren können oder ob Kriminalitätsfurcht

15 Vgl. S. Tillner / K. Licka, Richtlinien für eine sichere Stadt: Beispiele für die Planung und Gestaltung sicherer öffentlicher Räume, Wien 1995.

16 Vgl. B. Pohlmann-Rohr, Sichere Stadträume – auch für Frauen, in: E. Kube / H. Schneider / J. Stock (Hrsg.), Vereint gegen Kriminalität: Wege der kommunalen Kriminalitätsprävention in Deutschland, Lübeck u.a. 1996, S. 231-259

17 T. Kasperzak (s. A 3).

18 Vgl. R. Sennett, Fleisch und Stein: Der Körper und die Stadt in der westlichen Zivilisation, Frankfurt/M. 1997.

19 M. Ermann, Psychotherapeutische und psychosomatische Medizin. 2. Aufl., Stuttgart 1997, S. 139.

20 Vgl. R. Clarke (Hrsg.), Situational Crime Prevention: Successful case studies, New York 1992.

erzeugt wird, hängt danach von räumlichen Bedingungen ab. Beispielsweise können räumliche Situationen einen Täter erst „machen“, weil keiner die Tat beobachten kann. In der Umkehrung können Kriminalität und Angstgefühle durch die Gestaltung der Situationen wirkungsvoll beeinflusst werden. Ein gutes Beispiel repräsentiert der Rückgang des Diebstahls von Autoradios; durch ihre Codierung wurde der Anreiz vermindert und die Tatgelegenheit positiv verändert.²¹ In den Diskussionen um eine städtebauliche Kriminalprävention wird dafür plädiert, dieses Prinzip auf den städtischen Raum zu übertragen.

5. Städtebauliche Kriminalprävention als präventive Stadtgestaltung

§1 Abs. 5 Nr. 1 BauGB bietet einen Ansatzpunkt für eine situative städtebauliche Kriminalprävention; es heißt dort: „Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen 1. die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Sicherheit der Wohn- und Arbeitsbevölkerung“. In der kommunalen Planungspraxis wurde dieses Gebot bisher aber fast ausschließlich auf die Verkehrssicherheit bezogen. Obwohl das Planungs- und Baurecht für die Schaffung sicherer Siedlungen genutzt werden kann, werden z.B. Nutzungsfestlegungen, städtebauliche Gebote oder die Regelung städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen für kriminalpräventive Ziele kaum ausgeschöpft.

Um die Stadtentwicklung unter Sicherheitsgesichtspunkten konstruktiv zu unterstützen, wird vereinzelt für den räumlich ausgerichteten Handlungsansatz der städtebaulichen Kriminalprävention – als Alternative zu rein technischen Mechanismen des Überwachens – plädiert.²² Es handelt sich um das Leitbild einer „präventiven Stadtgestaltung“, wonach menschliches Verhalten im Raum positiv beeinflusst und kritische Verhaltensweisen oder Ereignisse verhindert werden sollen. Unter der Bewohnerschaft von Wohnquartieren wird die informelle (d.h. „natürliche“) soziale Kontrolle durch städtebauliche, architektonische und freiraumarchitektonische Planungen gefördert, die Sichtachsen, Transparenz und Blickbeziehungen im öffentlichen und halböffentlichen Raum einen hohen Stellenwert einräumen. Weitere Ziele im Leitbild der „präventiven Stadtgestaltung“ sind: eine moderate Belebung des Wohnumfeldes, Vermeidung großflächiger Monostrukturen der Zwischenstadt, eine kleinteilige Gliederung des Siedlungsraums und eine hohe Aufenthaltsqualität durch ansprechende Gestaltungsmuster. Über begleitende Partizipationsprozesse wird angestrebt, dass

21 Vgl. R. Clarke / J. Eck, *Become a Problem-Solving Crime Analyst*, London 2003.

22 In Niedersachsen hat das Landeskriminalamt in den Jahren 2004 / 2005 in drei Städten in Zusammenarbeit mit den örtlichen Ämtern für Stadtplanung Modellvorhaben der städtebaulichen Kriminalprävention durchgeführt; siehe auch A 8.

Bewohnerinnen und Bewohner sich in nachbarschaftlichen Kontakten engagieren und mehr Verantwortung im öffentlichen und halböffentlichen Raum übernehmen.²³

In angelsächsischen und skandinavischen Ländern hat sich die situative Prävention bei der Stadtgestaltung bereits etabliert; in Deutschland ist das Thema noch relativ jung: Hier lag der Schwerpunkt bisher auf der sozialen Prävention, die dem kommunalen sowie wohnungswirtschaftlichen Belegungsmanagement und der sozialpädagogischen Integration einen hohen Stellenwert einräumt. Der situative und der sozialpolitische Ansatz lassen sich zu dem umfassenden Präventionsansatz ISIS auf mehreren Handlungsebenen komplementär integrieren:²⁴

I	Integrationsmaßnahmen	Im Zentrum – sozusagen die individuelle Ebene – stehen sozialpädagogische Präventionsansätze zur Integration und Aktivierung gefährdeter Personen und Personengruppen.
S	Sozialmanagement	Auf dieser Ebene ist die Belebung der Nachbarschaften wichtig, damit eine natürliche, d.h. informelle soziale Kontrolle entstehen kann. Wenn beispielsweise die Wohnbevölkerung vom Sozialmanagement der Wohnungsgesellschaften aktiviert und beteiligt wird, stabilisieren sich Sicherheit fördernde Kräfte im Wohnumfeld.
I	Intermediäre Kooperation	Auf der korporativen Ebene entwickelt sich aus der Zusammenarbeit zwischen Professionellen, Organisationen und Institutionen ein präventives Milieu im Wohnquartier und im Stadtteil. Exemplarisch sind hier kommunale Präventionsräte, aber auch Netzwerke zwischen Polizei, Wohnungswirtschaft und Stadtplanung zu nennen.
S	Städtebauliche Gestaltung	Diese Ebene bezieht sich auf den gesamten Siedlungsraum. Nach dem situativen Präventionsansatz kommt es hier darauf an, den städtischen Raum so zu gestalten, dass Tatgelegenheiten minimiert und Angst erzeugende Bereiche planerisch ausgeschlossen werden.

Tab. 1: ISIS-Modell der präventiven Stadtgestaltung.

23 Vgl. A. Brassard, Integrating the Planning Process and Second-Generation CPTED, in: The CPTED-Journal 2 (2003), S. 46-53.

24 H. Schubert (s. A. 13), S. 59

Insgesamt ist das ISIS-Modell von einer konzentrischen Einbettung der Integrationsmaßnahmen in das Sozialmanagement der Wohnungsunternehmen, in intermediäre lokale Netzwerke von Schlüsselakteuren und in eine städtische Umwelt ohne Angsträume und Tatgelegenheitsstrukturen gekennzeichnet. Der Ansatz deckt sich mit den Erkenntnissen über kriminalpräventive Wirkungen.²⁵ Darin wird festgestellt, dass die Wirksamkeit von Kriminalprävention bei integrierten Programmansätzen besonders günstig ausfällt, d.h. wenn mehrere Maßnahmen und Ebenen vernetzt ineinander greifen.

Sicherheitsgefühle werden auf den Ebenen vermittelt durch: (a) Bekanntheit und Kontakte der Nutzer im Raum; (b) koordiniertes Handeln korporativer Akteure; (c) zeitnahe Intervention bei Regelverletzungen; (d) Wert symbolisierendes Material und Image fördernde Gestaltung; (e) verträgliche Mengen / Frequenzen durchlaufender Nutzungen; (f) Gewährleistung von Ordnung und Sauberkeit; und (g) Signale der Identifikation und Verantwortlichkeit.

Soziale Kontrolle wird in der städtischen Umwelt durch folgende Faktoren begünstigt: (a) Induzierung von Belebtheit, (b) Ausgestaltung von Sichtachsen zur Sicherung von Blickbeziehungen, (c) Transparenz / Übersichtlichkeit der Nahräume, (d) hinreichende Orientierung im Siedlungsraum, (e) Zonierung und Grenzlinien zur Markierung sozialer Ansprüche im Raum, (e) Gelegenheiten zur personalisierten Verantwortung für Territorien bzw. Teilräume im Wohnumfeld und (f) gute Belichtung des öffentlichen Raums zu Tages- und Nachtzeiten.

6. Grundlagen der präventiven Stadtgestaltung

Einer der ersten, der sich gezielt mit der „Gestaltung der Sicherheit“ im Stadtquartier beschäftigte, war Oscar Newman.²⁶ Nach dem Denkmodell der „Pattern Language“ von Alexander u.a.²⁷ prägte er den Begriff des „Defensible Space“ (zu verteidigender bzw. verteidigungsfähiger Raum). Die Proportionen und Dimensionen des Stadtquartiers werden an Sichtbarkeit und Überschaubarkeit orientiert. Vier Ansatzpunkte, die auf Prinzipien der mittelalterlichen Stadt verweisen, werden dabei hervorgehoben:²⁸

(1) Mit dem Ansatz der Territorialität wird eine Zonierung (privater, halbprivater, halböffentlicher, öffentlicher Raum) angestrebt, die gegenüber Fremden Barrieren schafft und den Bewohnern die soziale Kontrolle erleichtert. Insbesondere im halbprivaten / halböffentlichen Bereich benutzen Bewohner Symbole und Zeichen, um Ansprüche

25 D. Rössner (s. A 14).

26 O. Newman, Crime prevention through town-planning and architecture, in: *Bundeskriminalamt* (Hrsg.), Städtebau und Kriminalität. Wiesbaden 1979, S. 103-134.

27 C. Alexander / S. Ishikawa u.a., Eine Muster-Sprache – Städte, Gebäude, Konstruktion, Wien 1995.

28 Vgl. B. Poyner, Design against crime: beyond defensible space, London 1983; B. Poyner / B. Webb, Crime free housing, Oxford 1989.

des Eigentums oder der Einflussnahme an einen Raum zu stellen. Die Gestaltung von Grenzen zu den privaten Räumen erfolgt durch reale Barrieren wie Mauern, Zäune, verschließbare Tore und Türen. Die Übergänge zum öffentlichen Raum lassen sich mit symbolischen Barrieren markieren wie offene Torsituationen, Lichtmasten, Treppeabsätzen, Bepflanzungen und Wechsel der Bodentextur.

(2) In dem Ansatz der natürlichen Überwachung wird mit planerischen Mitteln Aufmerksamkeit in der Nachbarschaft erzeugt. An vorderster Stelle steht die Ausrichtung der Fenster auf den öffentlichen Raum der Straße.

(3) Der Ansatz der Imageförderung durch städtebauliche und architektonische Mittel verfolgt das Ziel, ein negatives Stigma durch ästhetisch ansprechende und akzeptierte Gebäudeformen und Umfeldgestalten zu vermeiden. In einem Wohngebiet mit gutem Image wird nicht nur das private Investment stimuliert, sondern auch das immaterielle Engagement der Bewohnerschaft.

(4) Die Planung von Milieus erfolgt durch eine städtebauliche Anordnung der Gebäude, die einen Bereich hoher sozialer Kontrolle formt. Um den Milieucharakter zu unterstreichen, soll der Zusammenhang einer Nachbarschaft an einheitlichen städtebaulichen Rahmenbedingungen zu erkennen sein (z.B. Haustypen, Hausgrößen, Grundstücksgrößen, Vorgärten, Dichte, Baumaterialien, Architekturstil). Dabei soll ein Verhältnis von relativ wenigen Haushalten je Hauseingang bestehen.

Das CPTED-Modell (Crime Prevention Through Environmental Design) führte das Programm fort, Sicherheit durch die architektonische, freiraumplanerische sowie städtebauliche Gestaltung von Siedlungen und durch die Organisation einer Verbundenheit in Nachbarschaft zu erzeugen.²⁹ Die Verletzung von Konventionen, Regeln und Gesetzen soll durch das gezielte Design der gebauten Umwelt verhindert werden. Mit Planung und Gestaltung soll die physische Umwelt so strukturiert werden, dass das menschliche Verhalten im Raum positiv beeinflusst und gegenseitige soziale Kontrolle informell generiert wird.

7. Gestaltungsmuster und Umsetzungskonzepte

Einige Gestaltungsmuster und unterstützende Umsetzungskonzepte, die in der aktuellen Diskussion um eine städtebauliche Kriminalprävention eine Rolle spielen, sollen im Folgenden auf den vier Handlungsebenen des ISIS-Modells umrissen werden. Die Bezugnahme auf die europäische Tradition der mittelalterlichen Stadt bzw. auf deren allgemeine Ordnungsprinzipien für den öffentlichen Raums wird dabei deutlich.

29 Vgl. G.R. Wekerle / C. Whitzman, *Safe cities: guidelines for planning, design, and management*, New York 1995.

(1) Schaffung belebter Räume (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Sicherheit in Siedlungsräumen hat viel mit Leben auf der Straße zu tun. Wenn sich mehrere Menschen zur gleichen Zeit an einem Ort aufhalten, signalisieren sie sich mit ihrem Verhalten gegenseitig, dass sie die anderen wahrnehmen und dass sie sich an die Regeln eines konfliktfreien Miteinanders halten werden. Aus der Rolle zu fallen, wird dadurch erschwert. Die wesentlichen Voraussetzungen für Sicherheit sind somit auf der baulichen Seite Übersichtlichkeit, Einsehbarkeit und Helligkeit und auf der sozialen Seite die Anwesenheit von Menschen und die kontinuierliche Nutzung.

Mit dem Planungsprinzip der „Nutzungsmischung“ kann die kommunale Stadtplanung auf der Ebene der Bebauungsplanung das Nebeneinander verschiedener Funktionen fördern und eine urbane Heterogenität in Wohnquartieren erzeugen, in denen nicht Angstgefühle beherrschend sind, sondern Gefühle der Sicherheit. Das klassische urbane Muster, mehrere Nutzungsfunktionen zu mischen, weist Läden des Einzelhandels, Arztpraxen und gastronomische Einrichtungen dem Erdgeschoss sowie Wohnungen den oberen Stockwerken zu. Aber auch die Ansiedlung von wohnverträglichen Handwerksunternehmen im Hofbereich dient einer nahräumlichen Nutzungsmischung.

(2) Transparenz im öffentlichen Stadtraum (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Viele Bewohner meiden Plätze in der Stadt, weil sie sich dort unwohl fühlen und teilweise auch Angst vor Kriminalität haben. Besonders bemängelt wird die Unübersichtlichkeit – beispielsweise wenn Plätze überdimensioniert und in einer Weise gestaltet sind, dass keine Blickbeziehungen über das Areal möglich sind. Bei der kriminalpräventiven Gestaltung öffentlicher Stadtplätze sind zwei Muster der Freiraumplanung – „introvertierte“ und „extrovertierte“ Flächen – zu unterscheiden. Introvertierte öffentliche Räume sind nach innen gerichtet, und die Kontrolle des Zugangs macht das wesentliche Merkmal der Prävention aus. Die Fläche wird rundherum umzäunt und von einem Wach- und Schließdienst bei Einbruch der Dunkelheit geschlossen.

Extrovertierte Plätze orientieren sich nach außen, wobei die gezielte Öffnung und das Herstellen von Sichtbeziehungen zur umgebenden Bebauung Sicherheit vermitteln. Unübersichtlichkeit wird vermieden, indem statt Barrieren wie Sträucherreihen, Koppelzäune und Hochbeete in Waschbetonsockeln nur niedrige Gewächse für die Freiraumgestaltung eingesetzt werden. Dadurch gibt es keine versteckten Nischen; alle Bereiche des Platzes sind Blicken zugänglich. Die lichte Öffnung der Ränder ermöglicht den Sichtkontakt zwischen den gegenüber liegenden Gebäudereihen. Von den angrenzenden Wohnungen, Läden und Straßencafés aus ist der Platz kontrollierbar (vgl. Abb. 5).



Abb. 5: Transparente Gestaltung eines Platzes; Quelle: eigene Fotos.

(3) Traditionelle Gestaltungsmuster der Öffnung und Schließung zum Straßenraum (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Muster der Öffnung und Schließung zum Straßenraum, wie z.B. der Erker und das Tor, fördern die Beobachtung der Ereignisse im Wohnumfeld und festigen die nachbarschaftliche Sozialstruktur. Die Umsetzung erfolgt in der Phase der Ausführungsplanung.

Der Erker repräsentiert ein mittelalterliches Gestaltungsprinzip: An der Fassade oder Ecke eines Gebäudes kragt ein Vorbau hervor, der den Blick in drei Richtungen erlaubt und dadurch eine besondere Verbindung zur Straße herstellt. Die Sichtbeziehungen auf die Straße und parallel zur Gebäudefront fördern die Beobachtung und somit die „natürliche“ soziale Kontrolle des öffentlichen Raumes.

Tore und Torwege markieren Zugangswege und Grenzen. Das Wohnquartier und die Nachbarschaft werden besser unterscheidbar, symbolisch gekennzeichnet und als eigener Bezirk erlebbar, mit dem sich die Bewohnerschaft identifizieren kann. Durch die gestalterische Betonung von Eingängen entstehen städtebauliche Ensembles mit präventiver Wirkung, weil sie mit der Grenzziehung von „drinnen“ / „draußen“ eine erhöhte Aufmerksamkeit unter der Bewohnerschaft und eine besondere Zurückhaltung unter Besuchern veranlassen (vgl. Abb. 6).

(4) Siedlungsprofil als Qualitätsmerkmal (S wie Städtebauliche Gestaltung)

Die internationale Zuwanderung und die hohe regionale Mobilität erzeugen einen Nachfragedruck auf den Wohnungsmärkten der Agglomerationsräume. Um negative Folgen zu vermeiden, wie sie in den Großwohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahre aufgetreten waren, müssen die städtebaulichen und architektonischen Gestaltungs-



Abb. 6: Tore als Gliederungsprinzip; Quelle: eigene Fotos.

muster neu entstehender Wohnquartiere so „robust“ sein, dass die große Vielfalt von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft relativ konfliktfrei zusammenleben, dass die heterogene Bevölkerung ein hohes Maß an Identifikation entwickeln und dass informelle soziale Kontrolle untereinander funktionieren kann.

Beim Neubau urban verdichteter Stadtteile – wie z.B. Kronsberg in Hannover und Rieselfeld in Freiburg – wurden spezifische Planungsprinzipien verwirklicht, die unter der Bewohnerschaft Sicherheit fördern: (1) Das städtebauliche Raster besteht aus räumlich erkennbaren Quartieren. Die Anordnung der Häuser in Blöcken vermittelt der Bewohnerschaft ein räumliches Zugehörigkeitsgefühl und fördert identifizierbare Nachbarschaften. (2) Ein anderes Beispiel ist die Mischung der Haushalte durch unterschiedliche Wohnungsgrößen. Dadurch sind immer Leute im Haus, die mitbekommen, was im Gebäude und im Außenbereich passiert. (3) In Folge einer Beschränkung der Gebäude auf vier Geschosse können die Bewohner auf der Straße noch Details erkennen, aus dem Fenster noch mündlich kommunizieren und Kontakt zu den Menschen auf dem „Boden“ halten. (4) Viele Gebäude weisen einen differenzierten Übergang zwischen Straße und dem Innern auf. Für die Gestaltung der Übergangsbereiche zwischen dem öffentlichen Fußweg und dem halböffentlichen Treppenhaus von Mehrfamilienhäusern bieten sich ein Wechsel der Richtung sowie der Höhenlage und ein Wechsel der Bodenoberfläche sowie der räumlichen Umschließung an. (5) Die Verbindung zur Straße wird besonders betont, indem die Häuser über große oder erkerförmige Fenster dem Straßenleben zugewandt sind. Die Räume zur Straßenseite haben oft verglaste Nischen als besondere „Fensterplätze“, die zum Blick nach draußen einladen. Passanten verhalten sich in einer solchen Umgebung unter dem Eindruck des „Beobachtet Werdens“ kontrolliert. (6) Die Standorte von Abfallbehältern werden den Blicken nicht entzogen, sondern im Schnittpunkt benachbarter Fenster an der Straße platziert.

In Einfamilienhausgebieten spielen solche städtebaulichen Rahmenbedingungen bisher keine große Rolle, weil jeder Bauherr primär auf seine Parzelle fixiert ist. Dies führt zu hermetisch abgeschlossenen, aneinander gereihten Grundstücken ohne Siedlungszusammenhang. Nach außen kommunizieren solche Gebiete, dass nicht die Siedlung sich schützt, sondern nur jeder einzelne Bauherr sein Anwesen zu sichern versucht. Eine Rückbesinnung auf Gestaltungsprinzipien der mittelalterlichen Stadt verlangt stattdessen die gestalterische Symbolisierung von Wachsamkeit und die Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenhangs. Die Vorgärten und Umzäunungen werden dabei so gestaltet, dass das Geschehen im öffentlichen Straßenraum aus allen Häusern gut überblickt werden kann. Über Festlegungen in einer Gestaltungssatzung lassen sich die Tiefe der Vorgärten, die Höhe von Hecken und Zäunen und die Art der Begrenzungen – wie z.B. lebende Hecken, niedrige Mauern, keine undurchsichtigen Holzzäune – regulieren.

(5) Werthaltige Materialien und Lösungen (S wie Städtebauliche Gestaltung)

In einer Großsiedlung im Ruhrgebiet wurde um die Leitidee des „sicheren Wohnens“ herum ein Bündel von Maßnahmen entwickelt. Aus der Sicht des Wohnungsunternehmens sollen die präventiven Lösungen den Vermögenswert des Bestands sichern. Einerseits wurde das Image der Wohnanlage verändert, indem nur hochwertige Materialien Verwendung fanden. Andererseits wurde durch die Neugestaltung die Orientierung in der zuvor unübersichtlichen Siedlung verbessert: Bei der Gestaltung der Eingänge wurden dazu große architektonische Gesten eingesetzt wie z.B. überdimensionierte Hausnummern, die als Kunstobjekte über drei Stockwerke an die Gebäude angelehnt sind und zugleich die Gebäudeproportionen positiv veränderten (vgl. Abb. 7). Die öffentliche Reaktion auf die werthaltigen Lösungen förderte ein positives Image, das unter der Bewohnerschaft das Selbstwertgefühl stärkte und die Unsicherheit im Siedlungsraum minderte.

(6) Entwicklung der Nachbarschaft (S wie Sozialmanagement)

Um die Zwangsläufigkeit des Niedergangs eines Wohnquartiers zu durchbrechen, werden neben Gestaltungsmaßnahmen auch Initiativen zur Aktivierung der Nachbarschaft ergriffen. Das Leitbild des „Defensible Space“ setzt auf das Engagement der Bewohnerschaft als eine wichtige Komponente. Es steigert die Lebensqualität, wenn man der Nachbarschaft vertrauen und sich darauf verlassen kann, dass sie genau so wachsam die Ereignisse im Quartier beobachtet, wie man das selber tut. Dies beendet Gleichgültigkeit im Wohnumfeld und führt zu sozialer Verantwortung.³⁰

30 Vgl. *Gesamtverband der Wohnungswirtschaft*, Sichere Nachbarschaften: Konzepte, Praxis, Beispiele – Ein Leitfadens für Wohnungsunternehmen, GdW-Informationen 111, Hamburg 2005.



Abb. 7: Robuste werthaltige Materialien mit Orientierungsfunktion; Quelle: eigene Fotos.

Für Wohnanlagen, die im Rahmen von Beteiligungsprozessen mitgestaltet worden sind, bringen Bewohner im Allgemeinen ein größeres Verantwortungsgefühl auf. Es gibt zahlreiche Beispiele einer frühzeitigen Beteiligung der zukünftigen Bewohnerschaft von Neubauprojekten. Um eine stabile Nachbarschaftsstruktur aufzubauen und eine nachhaltige Belegung der öffentlich geförderten Wohnungen zu erzielen, wird ein Prozess des Kennenlernens durchgeführt, an dessen Ende sich thematische Nachbargruppen bilden.

Ein anderer Weg zur Aktivierung der Bewohnerschaft ist das Abtreten von Verfügungsrechten, um Engagement für das Wohnhaus und die Wohnsiedlung anzuregen. Ein bewährtes Beispiel sind Mietergärten. Mit der Übernahme von Verantwortung für einen Mietergarten, für die Pflege des Vorgartens oder für andere Dinge im und am Haus (z.B. Baum-, Spielplatzpatenschaft) steigt der nachbarliche Zusammenhalt und das Interesse an den Ereignissen im Wohnumfeld.

(7) Wohnungswirtschaftliches Sicherheitsmanagement (S wie Sozialmanagement)

Zum „Sicherheitsmanagement“ zählen einerseits technische und bauliche Maßnahmen des Wohnungsunternehmens im Bestand. Dabei geht es um die technische Einbruchsicherung von Wohnungen, eine übersichtliche Gestaltung des Eingangsbereiches der Gebäude, die Transparenz und Pflege der Außenanlagen, die schnelle Beseitigung von Zerstörungen und Verschmutzungen und die zügige Erledigung von Reparaturen. Andererseits umfasst das wohnungswirtschaftliche Sicherheitsmanagement aber auch interaktive Maßnahmen der sozialen Kontrolle wie z.B. regelmäßige Kontrollgänge professioneller Wachdienste im Wohnquartier. An der Schnittstelle des wohnungs-

wirtschaftlichen Sicherheitsmanagements zur nachbarschaftlichen sozialen Kontrolle werden engagierte Schlüsselpersonen aus der Mieterschaft einbezogen.³¹

(8) *Lokales Netzwerk (I wie Intermediäre Kooperation)*

Begriffe wie „Kriminalpräventive Räte“, „Sicherheitspartnerschaften“, „Sicherheitsnetzwerke“ oder „Ordnungspartnerschaften“ umschreiben mögliche Kooperationsformen.³² Der Schlüssel liegt im netzwerkartigen Zusammenwirken staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte auf freiwilliger Basis. Im Rahmen der präventiven Stadtgestaltung sind die kommunalen Bauverwaltungen, freiberufliche Planungsbüros (Architektur, Städtebau, Freiraumplanung, Verkehrsplanung) und die örtlichen Wohnungsunternehmen bevorzugte Kooperationspartner, damit städtebauliche und gestalterische Ideen zur Erhöhung der Sicherheit in Wohnquartieren realisiert werden können.³³

Die interdisziplinäre Kooperation zwischen den Professionen ist erfolgreich, wenn sowohl ein Nutzen für die Kunden dabei herauskommt als auch die Professionen selbst einen Nutzen daraus ziehen. Die Stadtplanung und die Wohnungswirtschaft können aus der Zusammenarbeit mit der Polizei große Informationsgewinne erzielen. Denn die Stadtplanung erhält Informationen über kritische Ereignisse im Siedlungsraum. Auf dieser Grundlage können Gebiete bzw. Orte oder Platzsituationen mit hohem Unsicherheitspotenzial identifiziert werden, z.B. Orte mit hoher Anzahl unerwünschter Ereignisse („Hot Spots“). Evaluiert werden können auch die Erfahrungen, die die Polizei in einem Plangebiet gesammelt hat. Auf dieser Grundlage sind räumliche und Gestaltungsfaktoren zu erkennen, die mit subjektiver und objektiver Unsicherheit korrespondieren. Die Polizei kann auch Hinweise geben, welche kritischen Einflüsse dabei im Plangebiet selbst induziert werden und welche von außen aus benachbarten Stadtarealen in das Plangebiet dringen. In der kooperativen Auseinandersetzung zwischen Stadtplanung und Polizei werden darüber hinaus Informationen über kritische Wegebeziehungen in den Siedlungsraum hinein und innerhalb des Siedlungsraumes verfügbar sowie Informationen über Siedlungsbereiche, die eine unerwünschte Raumnutzung begünstigen. Wenn diese kooperativ erschlossenen Informationen in Handlungsziele der Stadtplanung übertragen werden, können Maßnahmen initiiert werden,

31 Vgl. E. Arnold / K. Placzek / A. Schmalfeld, Zukunftsorientierte Wohnungsunternehmen - Sichere Nachbarschaften, in: Die Wohnungswirtschaft, Hefte 12/2004, 1/2005, 2/2005, 4/2005, 11/2005.

32 Vgl. H. van den Brink, Kommunale Kriminalprävention – Mehr Sicherheit in der Stadt? Eine qualitative Studie über kommunale Präventionsgremien, Frankfurt/M. 2005

33 Nach dem Bundesland Baden-Württemberg hat im Jahr 2005 deshalb auch das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit eine „Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen. Vereinbarung über mehr städtebauliche Sicherheit und Kriminalprävention beim Planen und Sanieren von Wohnquartieren“ koordiniert, an der 12 Institutionen und Berufsverbände beteiligt sind. Sie fungiert als Leitrahmen für vergleichbare lokale Netzwerke.

die für die Bewohnerschaft zu deutlichen Qualitätsverbesserungen des Wohnstandortes führen. Beispielsweise können gezielter Maßnahmen zur Stärkung der lokalen Identität durchgeführt werden, Wege auf Grund der Ereignislage geschlossen oder geöffnet werden, Verkehre anders gelenkt werden und spezifische identifizierte Orte im öffentlichen Raum präventiv gestaltet werden.

Zum Gelingen der Kooperation soll ein Verfahrensmodell beitragen, wie es beispielsweise die Europäische Vornorm ENV 14383 – Teil 2 unter der Bezeichnung „Kriminalprävention – Stadtplanung und Design“ darstellt. Der Begriff „Norm“ ist allerdings missverständlich; denn mit der ENV 14383–2 sollen nicht die Abläufe der Stadtplanung von oben herab standardisiert werden. Es handelt sich vielmehr um einen Orientierungsrahmen, der die Schritte auflistet, die im Hinblick auf das Qualitätsziel „Sicherheit“ im zu planenden Stadtquartier oder Wohnungsbestand Erfolg versprechend sind. Wie diese Schritte in der Kooperation vor Ort umgesetzt werden, kann nach den nationalen sowie örtlichen Gegebenheiten (bottom up) frei ausgestaltet werden.³⁴

(9) Maßnahmen zur Integration (I wie Integrationsmaßnahmen)

Auf dieser Ebene soll Prävention potenzielle Straftaten verhindern.³⁵ Zum Beispiel wird Mitternachtssport angeboten, um junge Menschen nachts von den Straßen zu holen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich sinnvoll zu beschäftigen. Kriminalität und Vandalismus sollen vorbeugend bekämpft werden, indem die jungen Zielgruppen – insbesondere an den Wochenenden – in den Nachtzeiten bis in die frühen Morgenstunden aktiviert werden. Kostengünstige Freizeitangebote in diesen Zeiten sind für Jugendliche attraktiv und bieten eine Alternative zum ziellosen „Herumhängen“ auf der Straße. Die Jugendlichen lernen in Sport- und Kulturprojekten selbständiges Handeln und Verantwortung für andere zu übernehmen.

34 Um dieses methodische Vorgehen ist eine Kontroverse entbrannt. In einer Stellungnahme der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände (Az. 621-10 vom 12.01.2006) wird die EU-Vornorm in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung abgelehnt. Es sei „nicht erforderlich, in bürokratischer Form... die Inhalte der Stadtplanung mit dem Prozess der... Kriminalitätsbekämpfung in Form einer Norm zu verbinden“, weil ein „erheblicher Verwaltungsmehraufwand in der kommunalen Praxis sowie damit verbundene Kostensteigerungen“ entstehen. Das Deutsche Institut für Normung e.V. (DIN) wird von den Kommunalen Spitzenverbänden aufgefordert, sich gegenüber dem europäischen Normungsinstitut CEN gegen eine Weiterverfolgung dieses Normvorhabens auszusprechen.

35 Vgl. *Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention* (Hrsg.), Evaluationsstudien über Kriminalprävention in der Kinder- und Jugendhilfe, München 2005.

8. Zum Ausklang: Sicherheit als Element der Planungskultur

Die aktuelle Diskussion um eine städtebauliche Kriminalprävention betont, dass die Prinzipien der präventiven Stadtgestaltung auf der städtebaulichen Logik der europäischen mittelalterlichen Stadt basieren. Im vorliegenden Beitrag werden diese Prinzipien als wichtige Ansatzpunkte zur Erhöhung der Qualität von Planungsergebnissen bzw. von Siedlungsräumen vorgestellt. Die Befriedigung der Sicherheitsbedürfnisse erweist sich dabei als ein zentrales Qualitätsmerkmal des städtischen Zusammenlebens. In den Diskussionen zur städtebaulichen Kriminalprävention wird angeregt, dieses Qualitätsmerkmal in den kommunalen Leitbildern der Stadt- und Stadtteilentwicklung als Teil der örtlichen Planungskultur sowie in den Leitbildern der Wohnungsunternehmen stärker zu verankern. Auf der Maßnahmenebene muss in Zukunft aber auch evaluiert werden, ob die Prinzipien der präventiven Stadtgestaltung Wirkung zeigen.³⁶

36 Vgl. *H.-R. Volkmann*, Wann ist ein Projekt ein kriminalpräventives Projekt? in: *Neue Kriminalpolitik* 14 (2002), S. 14-19; vgl. auch *D. Rössner* (s. A 14).

Dirk Schubert

Stadtumbau in Singapur, Hong Kong und Shanghai zwischen Modernisierung und Erhalt

Dramatische Modernisierungs- und Urbanisierungsprozesse haben in vielen asiatischen Metropolen zu radikalen Stadtumbauprozessen und Abrissorgien geführt. Geschichte und Baudenkmäler gelten als Hemmnisse der Verstädterungsdynamik und für die Reorganisation der Stadtstrukturen. Sie behindern und verzögern durchgreifende Modernisierungen. Rasante Stadtextension und tiefgreifender innerurbaner Strukturumbau greifen dabei ineinander. Der massive funktionale Stadtumbau zielt auf eine Veränderung und Auflösung bisheriger Struktur- und Ordnungsmuster. Er geht einher mit zunehmender Inhomogenität urbaner Teilräume, Verdrängungsprozessen, Ausdifferenzierung von Informalität, Marginalisierung von Bevölkerungsteilen und steigender Fragmentierung.¹

Bei den unterschiedlichen Ausprägungen dieses modernisierenden Stadtumbaues in den drei hier untersuchten Seehafenstädten gibt es inzwischen auch Anzeichen eines Paradigmenwechsels, der stärker eine erhaltende Strategie des baulichen, infrastrukturellen und kulturellen Erbes einbezieht. Die Folgen der globalisierungsbedingten Vereinheitlichungstendenzen haben als Reaktion eine Renaissance asiatischer Identitäten befördert und den Gedanken der Erhaltung des baulichen und kulturellen Erbes befördert.² Dabei wird neuerdings in Asien auf das Vorbild der „europäischen Stadt“ Bezug genommen, die mit historischen Zentren, dem hohen Stellenwert des Denkmalschutzes und der kompakten Struktur einen Ausgangspunkt zur Erhaltung der „asiatischen Stadt“ bilden kann. Es geht vor dem Hintergrund der McDonaldisierung und der Globalisierungsgleichmacherei nun stärker darum, besondere lokale Eigenheiten, die Schaffung und Wahrung von Bildern und Images mit unverwechselbaren Zügen zu sichern und eine „unique selling position“ (USP) zu konstituieren.

Das Brachfallen von Flächen und von Gebäuden, in Europa häufig dramatisiert, ist ein „normaler“ Vorgang der Stadtentwicklung, der unter günstigen Umständen zu einer schnellen Wiedernutzung führen kann. Bei der Revitalisierung von Hafenzonen liegen in Deutschland und Europa allerdings häufig Jahre, teilweise Dekaden zwischen dem Zeitpunkt des Brachfallens und dem Beginn neuer Projekte. In Asien ist der permanente und rasche Umbau der Uferzonen dagegen der Normalfall,

1 F. Kraas, Verstädterungs- und innerurbane Entwicklungsprozesse in Südostasien, in: P. Feldbauer / K. Husa / R. Korff (Hrsg.), Südostasien. Gesellschaften, Räume und Entwicklung im 20. Jahrhundert, Wien 2003, S. 196.

2 W. S. Logan, The disappearing „Asian City“. Protecting Asia's Urban Heritage in a globalizing world, Oxford 2002, S. XII.

der häufig mit Landgewinnungsmaßnahmen verbunden wird. Brachliegende Areale sind in Asien eher ungewöhnlich, sie werden im Zuge einer dynamischeren Entwicklung umgehend neuen Nutzungen zugeführt.

Singapur (4,5 Mio. E), Hong Kong (7,25 Mio. E) und Shanghai (13,3 Mio. E, zusätzlich 6,5 Mio. „Wanderarbeiter und Nischenbewohner“) sind häufig verglichene Metropolen und Seehafenstädte. Die drei Metropolen sind zugleich Konkurrenten und untereinander wichtige Handelspartner. Hong Kong ist Singapurs viert wichtigster und umgekehrt ist Singapur Hong Kongs fünft wichtigster Handelspartner.³ Während Hong Kong und Shanghai ein großes natürliches Hinterland haben, liegt Singapur am Südende des malayischen Archipels, vom Festland durch eine Meeresenge getrennt. Singapur ist und Hong Kong war bis zur Übergabe an China 1997 ein Stadtstaat mit eng geschnittenen territorialen Grenzen. Beide Metropolen waren lange Zeit von der englischen Kolonialherrschaft politisch und wirtschaftlich abhängig. In Shanghai etablierte sich dieser ausländische Einfluss über mit Sonderrechten versehene Ansiedlungen und ansässige Kaufleute, die bis zum Zweiten Weltkrieg eine dominierende Rolle für Handel, Hafen und Stadtentwicklung spielten.

1. Shanghai – „Stadt über dem Meer“

In Shanghai, der Riesenmetropole, laufen die Modernisierungsprozesse im Zeitraffertempo ab. Unablässiger Wandel kennzeichnet die Stadt mit einer der atemberaubendsten Skylines der Welt. Bis 2010 soll der Umbau Shanghais zu Chinas führender Wirtschafts-, Finanz- und Handelsmetropole - zur postindustriellen Global City - abgeschlossen sein.⁴ Ungleichzeitigkeiten, Polarisierung und Fragmentierung manifestieren sich im Rahmen von gigantischen Stadtumbaumaßnahmen wie wohl in kaum einer anderen Großstadt. Sehr „reich“ hier und sehr „arm“ dort liegen in der kapitalistischsten Stadt der Welt eng beieinander. Die zentralen Uferzonen am Huangpu, vormals Keimzelle des Hafens, und der dem Zentrum gegenüberliegende Streifen in Pudong bilden das Herzstück eines gigantischen Stadtumbaus. Nirgendwo ist der Geist des neuen Chinas deutlicher spürbar als auf den beiden Seiten des Huangpu.

Wirtschaftsgeographisch liegt Shanghai etwa in der Mitte des ca. 4.000 km langen Wirtschaftskorridors (mit Metropolen wie Tokio, Seoul, Shanghai, Peking, Bangkok, Kuala Lumpur, Singapur etc.), der ein dreifach höheres Wirtschaftswachstum als der Weltdurchschnitt aufweist.⁵ Im Yangzi-Delta, am Zusammenfluss von dem Huangpu, einem Nebenfluss des Yangzi und dem Wusong Creek, begann die Entwicklung

3 M.J. Enright / E.E. Scott / D. Dodwell, *The Hong Kong Advantage*, New York 1997, S. 249.

4 Th. Medicus, *Schanghai*, in: *Kursbuch Stadt. Stadtleben und Stadtkultur an der Jahrtausendwende*, Stuttgart 1999, S. 321.

5 V.F.S. Sit, *Geography and Natural Resources*, in: B. Hook (Ed.), *Shanghai and the Yangze Delta. A City reborn*, Hongkong 1998, S. 76.



Abb. 1: Shanghai: Ufer und Umschlagstätigkeiten am Bund um 1930 (Quelle: Postkarte, Shanghai o.J.).

Shanghais. Über den Yangzi konnten Schiffe, das wichtigste Transportmittel Chinas, weit ins Hinterland vordringen. Die günstige Lage in der Mitte der ostchinesischen Küstenlinie machten Shanghai zum wichtigsten Umschlagplatz für Binnenhandel und ab Mitte des 19. Jahrhunderts auch zu einem der größten Außenhandelshäfen.

Shanghai ist eine alte Siedlung und erhielt im 13. Jahrhundert den Namen Shanghai („Über dem Meer“) und ihr wurden Stadtrechte zugesprochen. Die Grundlage für die Niederlassung von Ausländern in Shanghai bildet der Vertrag von Nanking (erster der „ungleichen Verträge“) von 1842, der den Opiumkrieg beendete und die Öffnung von fünf chinesischen Häfen erzwang (u.a. auch die Abtretung von Hongkong). Damit war der Außenhandel in den Konzessionsgebieten exterritorial und der Kontrolle und Willkür des chinesischen Staates entzogen und konnte sich nach westlichem Muster entfalten. Mit der Eröffnung ausländischer Niederlassungen entwickelte sich Shanghai zum größten Handelshafen Chinas, bedeutender als Hongkong und Guangzhou (Kanton). Exportiert wurde vor allem Tee und Seide, importiert wurden Opium und industrielle Produkte.

Früher war Shanghai als Stadt mit opiumschwangeren Lasterhöhlen, als „Paris des Ostens“ und „New York des Westens“, als „Paradies der Spekulanten“, als das „Sündenbabel des Fernen Ostens“ bekannt.⁶ Später erlangte Shanghai als Keimzelle von Maos Kulturrevolution Bedeutung. Neben Hongkong ist Shanghai immer noch die Stadt mit dem „westlichsten“ Antlitz und Geburtsstätte des modernen Chinas, wie es sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts unter westlichem Einfluss zu entwickeln begann. Shanghai ist inzwischen (wieder) zum Muster und Motor für das dynamischste,

6 H. Sergeant, Shanghai, London 1998, S. 31.



Abb. 2: Shanghai: Blick vom Bund auf den Huangpu und Pudong Lujazui, 1987 (Quelle: X. Xixian / X. Jiangrong (s. A 29).

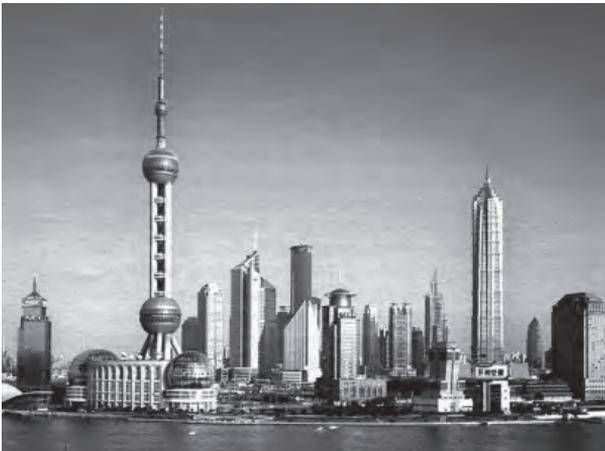


Abb. 3: Shanghai: Blick vom gleichen Standpunkt am Bund auf den Huangpu und Pudong Lujazui, 2004 (Quelle: X. Xixian / X. Jiangrong (s. A 29).

volkreichste Land der Erde geworden. Die Faszination Shanghais ist ungebrochen, sie lieferte den Rahmen für Ideen und Revolutionen von Sun Yatsen bis Mao Zedong, war exotischer Schauplatz von Romanen, und die Vergangenheit seit 1949 bleibt bis heute revolutionsmythologisiert.⁷

Die älteren Hafengebiete in Shanghai liegen nicht unmittelbar am Meer, sondern an einem Nebenfluss, ca. 70 km von der Küstenlinie flussaufwärts. Viele Schiffe liegen auf dem Yangzi auf Rede, bevor sie den Huangpu aufwärts nach Shanghai zum Be- und Entladen weiterfahren. Am Huangpu-Fluss säumen über 25 km lang Hafenanlagen und Werften das Ufer. Der Huangpu trennt den westlichen und östlichen Teil Shanghais

7 W. Handke, Schanghai. Das China von Morgen, Göttingen 1994, S 1.

auf einer Länge von ca. 80 km, einer Breite von 400 m und einer Tiefe von sieben bis neun Metern und „verschwindet“ 100 km hinter dem Zentrum in einem Seen- und Sumpfgebiet. In südlicher Richtung von Pudong fließt der Chungyang Fluss mit einer Länge von ca. 30 km, einer Breite von 44 - 45 m und einer Tiefe von drei Metern und ist geeignet für die Binnenschifffahrt. Shanghai ist daher auch ein Umschlagsknoten zwischen See- und Flussschifffahrt.

Ausländer erhielten nach 1842 das Recht, innerhalb eines festgelegten Stadtbereiches Grundstücke (als „ewige Leihe“) zu erwerben. Diese gingen dann in die Rechtssphäre des Landes über, dessen Staatsangehörigkeit der Eigentümer besaß. Der gesamte Grund und Boden in den ausländischen Niederlassungen blieb zunächst Eigentum des chinesischen Kaisers. Später erhielten Ausländer auch das Recht, Grund und Boden käuflich zu erwerben und sich auch außerhalb der Settlement-Grenzen anzusiedeln. Auch Chinesen konnten in diesen Bereichen leben und genossen dann den Schutz der Exterritorialität. Stadtverwaltung und Stadtentwicklung folgten vorwiegend dem Willen der Kolonialmächte („Foreign Devils“, „Barbarians“) und waren administrativ und rechtlich der chinesischen Souveränität entzogen. Die ausländischen Niederlassungen bildeten einen Staat im Staat, mit den Rechten einer souveränen Regierung: eigener Verwaltung, Steuerhoheit, Gerichtsbarkeit, eigener Polizei, eigenen Truppen und eigenen Kriegsschiffen.⁸

Den ausländischen Kaufleuten ging es neben der Klärung der besitzrechtlichen Fragen zunächst vor allem um die Lösung der infrastrukturellen Probleme, die den Handel erschwerten. Die Fahrrinne des verschlammenden Huangpu musste freigehalten, feste Landeplätze angelegt, Ufer- und Kaimauern gebaut und das Ufer befestigt werden. Am Bund, der späteren Pracht- und Uferpromenade, bauten die Kaufleute ihre Warenlager („godows“) und Häuser.⁹

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts vollzog sich in Shanghai der Wandel von einer reinen Hafen- und Handelsstadt zum gewerblichen und industriellen Zentrum. Ausländische Firmen begannen in Shanghai Baumwollfabriken, Waffen- und Schiffbaubetriebe zu errichten. Allein die Shanghai Dock and Engineering Co. Ltd. beschäftigte über 4.000 Arbeiter.¹⁰ Zunächst dominierte die Leicht- und Textilindustrie, die sich vor allem entlang der Wasserwege ansiedelte.¹¹ Im Gefolge des Industrialisierungsprozesses erfolgte eine rasche Bevölkerungszunahme, und um 1900 war Shanghai zur Millionenstadt geworden.

8 B. Staiger, Shanghais politische und kulturelle Entwicklung in historischer Perspektive, in: *Institute für Asienkunde (Hrsg.)*, Shanghai. Chinas Tor zur Welt, Hamburg 1997 S. 32.

9 F. Reichert, Heimat der Ballen und Fässer, in: S. Englert / F. Reichert (Hrsg.), Shanghai: Stadt über dem Meer, Heidelberg 1985, S. 48.

10 R. Y. Eng, The Transformation of a semi-colonial port city: Shanghai, 1843-1941, in: F. Broeze (Ed.), Brides of the Sea. Port cities of Asia from 16th-20th Centuries, Honolulu 1989, S. 142.

11 C. Howe (Ed.), Shanghai. Revolution and Development in an Asian Metropolis, Cambridge 1981, S. 414.

Um jene Jahrhundertwende wurde ca. die Hälfte des chinesischen Außenhandels über den Hafen Shanghai abgewickelt. Das „goldene Zeitalter“ Shanghais¹² sollte bis zur japanischen Besetzung andauern. Shanghai galt als Kaufmanns- und Handelsstadt, als das „Venedig des Ostens“. Aufgrund dieser Vorteile, der Exterritorialität, des semikolonialen Status, stieg die chinesische Einwohnerzahl in den ausländischen Niederlassungen bis 1905 auf eine halbe Million an. Um 1930 betrug der Anteil der chinesischen Bevölkerung in den ausländischen Niederlassungen schon fast eine Million.¹³ Von ca. 15.000 Ausländern („Shanghailanders“) waren 1910 etwa 10.000 Deutsche. Baupläne mussten in der Sprache des Konzessionslandes bzw. in Greater Shanghai in chinesisch beschriftet und vermaßt werden. Die ausländischen Niederlassungen mit ihrer effizienten Verwaltung erregten von chinesischer Seite zugleich Neid und Bewunderung.

Mehr als 200 ausländische Banken waren vertreten und der „Bund“ (indischer Begriff für „befestigtes Ufer“) - die prominente städtische Uferstraße am Westufer des Huangpu - wurde auch „Wallstreet des Ostens“ genannt. Auch in der Architektur spiegelte sich der ausländische Einfluss wider.¹⁴ Der Bund bildete das politische, finanzielle, kommerzielle und kulturelle Zentrum der ausländischen Mächte in Shanghai. Neue Hotels, Konsulate, Banken und Niederlassungen in allen europäischen Stilrichtungen entstanden in der Zwischenkriegszeit im Stadtzentrum und prägten das Image des asiatischen Manhattans.

Über die Hälfte der chinesischen Industrieproduktion entstand in Shanghai, und die Hälfte der chinesischen Im- und Exporte wurde hier verschifft. Niedrigstlöhne, schlechte hygienische Bedingungen, primitive Wohnverhältnisse, Entrechtung von Arbeitern und Kinderarbeit bildeten die Begleiterscheinungen der Industrialisierung.

Nach der Gründung der Volksrepublik 1949 verlor Shanghai seine Bedeutung als Finanzplatz, während Hong Kong seine Bedeutung ausbauen konnte. Die einstmals wichtigste Handels- und Finanzmetropole wurde in eine Industriemetropole umgewandelt. Während Hong Kong seine Bedeutung als Finanzplatz ausbauen konnte, verlor Shanghai nach 1949 diese Funktion. Etliche Kaufleute und Firmen verließen Shanghai und übersiedelten nach Hong Kong. Die - so die marxistische Terminologie - „parasitäre Konsumentenstadt“ sollte in eine „sozialistische Produzentenstadt“ transformiert werden. Es galt, westliches Gesicht und Lebensweise in eine revolutionäre Stadt zum transformieren. So wurden viele bauliche Zeugnisse „westlicher Dekadenz“, wie die Rennbahn und großbürgerliche Villen, beseitigt. Der Bund - dort im Huangpu Park - wo einst Schilder mit der Aufschrift „No dogs or Chinese“ aufgestellt waren, wurde nun zum Symbol für imperiale Fremdherrschaft.

12 R. Murphey, Shanghai, Key to Modern China, Cambridge, Mass 1953, S. 36.

13 K.I. Fung / M. Freeberne, Shanghai, in: M. Pacione (Hrsg.), Problems and Planning in the Third World Cities, London 1981, S. 252.

14 T. Warner, Deutsche Architektur in China. Architekturtransfer – German Architecture in China, Berlin 1994, S. 88.

Die Reorganisation der Wirtschaft wurde seit 1980 unter Deng Xiaoping weiter vorangetrieben. 1986 wurde ein „Plan für den umfassenden Aufbau der Stadt Shanghai“ vom Staatsrat genehmigt und außerdem die Möglichkeit, ausländische Kredite für Städtebau und Infrastruktur in Anspruch zu nehmen, zugestanden.¹⁵ Das Zentrum Shanghais mit dem Bund und der berühmten Nanjing Einkaufsstraße („No. 1 Commercial Street in China“) liegt westlich des Huangpu. Shanghai wird durch den Huangpu Fluss in einen ähnlich großen westlichen und östlichen Bereich aufgeteilt. War die Rede von Shanghai, war üblicherweise der westliche Bereich („Puxi“) gemeint; der östliche Teil Pudong mit einer Bevölkerung von ca. 1,4 Mio. Einwohnern, war bis Ende der 1980er Jahre kaum städtisch entwickelt und galt als „Mülleimer Shanghais“.

Am Bund (heute Sun-Yatsen-Straße, Zhong Shan Lu) finden heute keine Umschlagstätigkeiten mehr statt, sondern Fähr- und Ausflugsschiffe werden hier abgefertigt. Der Bund, dahinter eine achtspurige Straße, bildet wieder, so die Planvorstellungen, das zentrale Element der Stadtsilhouette Shanghais.¹⁶ Die Uferzone des Bundes umfasst ca. 3 km und ist charakterisiert durch die neo-klassizistischen Gebäude. Ca. eine Million Pendler passieren diese Verkehrsschnittstelle täglich. Die Promenade entlang des Bundes bietet Ausblicke auf den Huangpu, den Schiffsverkehr und auf die gegenüberliegende Seite nach Pudong. Die Parkmöglichkeiten sind verbessert, nicht mehr benötigte Anlegestellen abgerissen und Hochwasserschutz im Zusammenhang mit einer neuen, höher angelegten Promenade und Grünanlagen ausgebaut worden. Die Gebäude der kolonialen Vergangenheit am Bund sind denkmalgeschützt und aufwändig restauriert, teilweise mit neuen Nutzungen (Boutiquen, Galerien etc.) versehen worden. Die historischen Gebäude am Bund sollen als „symbolisches Kapital“ geschützt und die Sicht von Schiffen auf den Bund soll nicht von (zurückliegenden) Hochhäusern gestört werden.¹⁷

Im „alten“ Zentrum sind Abriss und Neubau seit Jahren an der Tagesordnung. Investoren determinieren die Planung und suchen ein vertikales Stadtkonzept durchzusetzen. Grundstücke werden nicht verkauft, sondern nach einer nach Bruttogeschossflächen errechneten Gebühr verpachtet. Je höher die Gebäude, desto höher die Einnahmen für die Stadt, desto schneller Abrisse und Neubauten. „Historismus jeglicher Couleur ist für das auf raschen Fortschritt eingeschworene Schanghai nichts weiter als ein Modernisierungshindernis“.¹⁸ Ca. 40% der für Shanghai typischen Lilong-Wohnterrassen, kleine Nachbarschaften um Höfe gruppiert, werden als abbruchreif bewertet und sollen

15 B. Han, Städtebau in Shanghai, in: *Beijing Rundschau*, 1988, 9, S. 12.

16 F.X. Huang, Planning the Waterfront Development in Shanghai, in: R. Bruttomesso (Ed.), *Waterfronts*, Venedig 1993, S. 215.

17 S. Balderstone/ Q. Fengqi / Z. Bing, Shanghai Reincarnated, in: W. Logan (s. A 2), S. 29.

18 Th. Medicus (s. A. 4) S. 329. Vgl. auch die eindrucksvolle Bildgegenüberstellung damals und heute von: Z. Xichang, *The Century of Shanghai*, Shanghai 2005.

durch Hochhäuser ersetzt werden.¹⁹ Die wenigen noch verbliebenen niedriggeschos-sigen Gebäude werden immer mehr eingerahmt von einem Wald von Hochhäusern.

Ein Masterplan (Shanghai Waterfront Redevelopment Master Plan) sieht die Um-gestaltung der zentralen Uferzone am Huangpu zwischen der Yangpu und der Nanpu Brücke auf 7 km Länge vor. Ca. 4,8 qkm Land sind in die Planungen einbezogen.²⁰ Die Uferzonen sollen wieder öffentlich zugänglich sein und Büro-, Freizeit- und Wohnnutzungen am Wasser sollen entstehen.

Die Planung von Pudong gegenüber dem Bund lässt diesen zur Miniatur schrump-fen. Mit drei Hochbrücken und sechs Tunnels soll das neue Finanzzentrum Chinas mit dem alten Shanghai verbunden werden. Die beiden Hochbrücken und der neue Fußgängertunnel (West Bund Sightseeing Tunnel) zwischen dem Bund und dem Oriental Pearl TV Tower 2000 sind bereits fertig gestellt. Das alte Shanghai soll in den Schatten gestellt werden - Ausdruck des Willens, den Westen mit dessen eigenen Mitteln zu überholen.

Mit dem Bau von Pudong wird derzeit in Shanghai ein einzigartiges Experiment realisiert. In einer kommunistischen Planwirtschaft wird in der 14 Millionen-Einwoh-ner-Metropole Shanghai eine kapitalistische Insel zugelassen, auf der in kürzester Zeit ein chinesisches Manhattan entstehen soll. Die Planung und Entwicklung von Pudong ist nicht zu verstehen ohne die Wirtschaftsreformen in China in den letzten Jahrzehnten. Die Reform der Planwirtschaft soll dabei evolutionär zunächst in Wirtschaftszonen erfolgen und sich an dem Vorbild der Entwicklung in anderen Tiger-Staaten wie Singapur und Hong Kong orientieren.²¹ Von dem Vorhaben werden spin-off-Effekte für die Region und das ganze Land erwartet. Die Dimensionen und die Dynamik der Entwicklung sind für westliche Besucher schlichtweg atemberaubend und vorbild-los.

In Pudong entsteht eine nagelneue Stadt der Superlative, die chinesische Variante der Gleichzeitigkeit von Kapitalismus und Planwirtschaft. Das vernachlässigte öst-liche Flussufer des Huangpu und das dreieckförmige Gebiet von Pudong (Pudong New Area) umfasst insgesamt eine Fläche von ca. 520 qkm, ca. 8,2 % der Stadtfläche von Shanghai und hat etwa die Größe von West-Berlin. Pudong stand bisher nicht für eine bestimmte administrative Einheit, und erst jetzt ist dieser Name für die Wirt-schaftssonderzone gewählt worden. Der größte Teil des Gebietes kann in einem 15 km Radius von der Innenstadt aus erreicht werden. Pudong ist von drei Seiten vom Wasser umgeben, die Küsten-Uferlinie beträgt ca. 65 km. Am Uferstreifen östlich gegenüber dem Stadtzentrum siedelten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts Werften

19 D. Schubert, Shanghai – „Stadt über dem Meer“, in: J. Lafrenz, (Hrsg.), Hamburg und seine Partner-städte, Hamburg 2001, S. 233.

20 E. Lou, Creating a New Image for Shanghai: Redevelopment of the Industrial Huangpu Riverfront, in: Aquapolis 3/4, 1999: 1999, S. 104.

21 K.L. MacPherson, The head of the dragon: Pudong New Area and Shanghai's urban development, in Planning Perspectives, 1994, Volume 9, Nr. 1, S. 64.

und Industriebetriebe an. Östlich angrenzend entstanden Arbeiterwohnungen, die bald als heruntergekommene „Slum-Wohnungen“ eingestuft wurden. Vor allem Zuwanderer aus dem Inland auf Arbeitssuche fanden hier eine Bleibe. Nach Gründung der Volksrepublik China wurden diese Arbeiterviertel saniert.

Die Planung und Realisierung von Pudong umfasst eine Zeitspanne von 40 Jahren und drei Phasen (1990-1995, 1996-2000, 2000-2030). In der Initialphase ging es vor allem um die Bereitstellung einer funktionsfähigen Infrastruktur. In diesem Zeitraum ist die Nanpu Brücke (südliche Querung des Huangpu), die Yangpu Brücke (nördliche Querung), die innere Ringstraße als geschlossene Kreisverbindung zwischen Puxi und Pudong, die Yanggao Straße als Nord-Süd Verbindung der drei Schlüsselzonen Lujiazui-Huamu, Waigaoqiao und Jingqiao gebaut und mit der Errichtung von Gas- und Wasserwerken, Schulen, Krankenhäusern und Wohnungen die Voraussetzung für ausländische Niederlassungen geschaffen worden.

Mit dem 9. Fünfjahresplan ab 1996 waren weitere Infrastrukturprojekte vorgesehen. Der neue internationale Flughafen (Pudong International Airport, achtmal größer als der vorhandene Hongqiao Airport), nach den Plänen von Aeroports de Paris gebaut, ist inzwischen eröffnet worden. Die Kapazität ist zunächst auf 126.000 Flüge, 20 Mio. Passagiere jährlich und 500.000 Mio. Tonnen Fracht ausgelegt. Die Endausbaustufe sieht vier Start- und Landebahnen und eine Kapazität von 70 Mio. Passagieren vor. Eine neue U-Bahn Verbindung (No. 2 Subway Line, Fertigstellung 1999) zwischen West- und Oststadtteilen befindet sich im Bau. Der erste Abschnitt von 13,6 km beinhaltet fast 8 km zur Erschließung von Pudong mit 6 Stationen. Der Tiefsee-Containerhafen, der von der Hongkonger Lijachen Gesellschaft finanziert wird, soll ausgebaut und ein nationales und internationales High-Tech-Kommunikationssystem angelegt werden.

Das Areal von Pudong ist bisher in 5 Planungszonen aufgeteilt worden, für die ca. 180 qkm Flächenwidmungen vorgenommen wurden. Die Pudong-Wirtschaftszone deckt funktional das ganze Spektrum der wirtschaftlichen Aktivitäten des „alten“ Shanghai ab, nun aber mit einer Fokussierung auf Dienstleistungen und Außenhandel. Kernstück der Entwicklung von Pudong ist aber das Gebiet Lujiazui/Huamu (ca. 28 qkm; zum Vergleich: Londoner Docklands 22 qkm, Bezirk Manhattan 58,5 qkm). Hier soll ein neues „Manhattan“ aus dem Boden gestampft werden.²² Für die ersten Bauabschnitte und Hochhäuser in der Lujiazui Zone musste fast eine halbe Million Menschen umgesiedelt werden. Da die Umsiedlung in der Regel mit besserer Wohnraumversorgung einhergeht, verläuft sie meist konfliktfrei.

Der Fluss Huangpu beschreibt gegenüber der Einmündung des Suzhou Creeks eine scharfe Kurve und formt damit eine dreiecksartige Landzunge auf der das neue

22 T. Binns, Shanghai's Pudong development project, in: *Geography: Journal of the Geographical Association*, 1991, Band 76, S. 363.

Zentrum von Pudong Lujiazui entsteht.²³ Städtebauliches Grundkonzept war zunächst eine Art Verlängerung der West-Ost Achse, anknüpfend an das historische Zentrum über den Huangpu hinaus. Mit der Standortwahl entstehen einzigartige Sichtbeziehungen zum Bund mit seinen imposanten Fassaden und dem historischen Zentrum; eine einzigartige Integration von Geschichte und Zukunft eröffnet sich. Hier soll der Shanghai Central Business District (SCBD21) für das 21. Jahrhundert entstehen. 1990 wurde die Shanghai Lujiazui Finance and Trade Zone Development-Company mit einem Stammkapital von 140 Mio. DM gegründet, deren Hauptaufgabe die Verwaltung, Flächenentwicklung, Stadtmanagement und Moderation im neuen Zentrum ist.

Zwischen 1979 und 1984 wurden erste Pläne für einen neuen Geschäftsbezirk in Shanghai entwickelt.²⁴ Die Planer des Shanghai Urban Planning and Design Institute (SUPDI) entwickelten erste Vorschläge für eine Bebauung von Lujiazui. Das Institut kann als verlängerter Arm der Shanghaier Stadtregierung gesehen werden. Nachdem die Pläne zunächst nur in kleinen Zirkeln erörtert worden waren, suchte der damalige Bürgermeister Zhu Rongji auch ausländische Expertisen („foreign monks“ in seinen Worten) einzubeziehen. Ca. 75% der bebaubaren Fläche ist für Handel, Finanzen, Büros und Hotels vorgesehen, 16% für Shopping Malls, 6,6% für Wohnen, 2,4% für Unterhaltung und Kultur. Von der gesamten Fläche ist ca. ein Drittel für Freiräume und einen Park vorgesehen.

Pudong ist als andere/neue Hälfte Shanghais konzipiert, und dem Projekt liegt die Idee einer Art Verdoppelung der Metropole zugrunde.²⁵ Die Central Avenue bildet das Rückgrat der Erschließung und führt vom Yanan-Tunnelausgang durch den CBD auf den Central Park. Etliche Bauwerke der Gigantomanie sind inzwischen fertig gestellt. Der 1995 vollendete Oriental Pearl TV Tower am Huangpu Flussufer ist mit 462 Metern das höchste Bauwerk in Asien. Mit seinen roten Kugeln nimmt er traditionelle Motive des Drachen und der „Drachenperle“ auf. Um den Turm herum sind ein Freizeitzentrum, das Shanghai Ocean Aquarium, ein Park, ein Opern- und Konzerthaus sowie Einkaufszentren geplant. Auf der Ostseite des Huangpu Flusses in Pudong ist die Riverside Avenue angelegt worden, die auch als Ost-Bund etikettiert wird.

Die Ringstraße, die Pudong und Puxi mit einem Tunnel und zwei Brücken verbindet, wurde 1994 eröffnet und durch einen Weltbankkredit finanziert.²⁶ Für die Verbreiterung und den Ausbau der Straßen sind große Umsiedlungsprojekte erforder-

23 F.X. Huang, Planning Policies towards Shanghai's rapid urban development, in: China Planning Review 8/1992, S. 67.

24 D. Schubert, Der Mythos Shanghai bis 1949, in: Stadtbauwelt 142/1999, S. 1338.

25 F. Lu-Pagenkopf, Alternatives Konzept für die Finanzierung- und Handelszone Lujiazui-Huamu in Pudong, Shanghai unter Berücksichtigung der Aspekte der nachhaltigen Stadtentwicklung, unveröff. Diplomarbeit TU Hamburg-Harburg, 1998.

26 R. Krieg / L. Jen-Kai / G. Müller u.a., Provinzporträts der VR China, Geographie, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg 1998, S. 519.

lich. So mussten für den Ausbau der Chengdu-Straße 100.000 Menschen umgesiedelt werden.²⁷ Die von Verkehrsnutzungen belegten Flächen machen in Shanghai „erst“ ca. 10% des Stadtgebietes aus, während der Anteil etwa in Singapur und Hongkong bei 20% liegt.²⁸

Die Shanghai-Nostalgie setzt auf die koloniale Vergangenheit.²⁹ Die folgende Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Desaster des „Großen Sprungs nach vorn“ und der „großen proletarischen Kulturrevolution“ wird negiert, oder selektiv mit dem Mao-Mythos für Besucher instrumentalisiert. Die alte von einer Stadtmauer umgebene „Chinesenstadt“ (Nanshi) wurde museal zur Touristenattraktion hergerichtet. Den Bedürfnissen von Touristen und Yuppies wird auch Rechnung getragen, indem ältere Bausubstanzen abgerissen und in ähnlicher Typologie, aber mit gänzlich anderen Nutzungen, neu wieder aufgebaut werden. Das trendige Schickeria-Viertel Xintindi - Ironie der Geschichte es liegt neben dem Haus der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (1921) - mit Restaurants und Bars jeglicher (westlicher) Art ist ein gutes Beispiel für das „moderne“, chinesische Verständnis von Denkmalschutz, das nur wenig europäischen Vorstellungen entspricht.

2. Hong Kong - „Fragrant Harbour“

Hong Kong wird als Stadt der Maßstabslosigkeit, der Gegensätze und Extreme beschrieben, die Stadt die niemals schläft. Die Skyline von Hong Kong ist - durch die Topographie verstärkt - inzwischen vielleicht die faszinierendste der Welt. Hier wird nicht für die Ewigkeit geplant, sondern Hongkong ist die Stadt des schnellen Abrisses und Neubaus. Die Entwicklung Hong Kongs ist nicht vom Hafen zu trennen. 1841 wurde während des Ersten Opiumkrieges die britische Flagge auf dem „nackten Felsen“ Hong Kong Island gehisst. Der einzige natürliche Tiefseehafen zwischen Singapur und Shanghai ist durch die Berge geschützt. Hong Kong Island lag strategisch günstig an den internationalen Handelsrouten und galt schon Mitte des 19. Jahrhunderts als einer der besten Ankerplätze. Nur die Taifune gelten als ein immer wiederkehrendes Problem für Hafen, Schifffahrt, Bevölkerung und Gebäude. Hong Kong entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schnell zum Juwel britischer Überseebesitzungen, und bewundernd war auch vom „Gibraltar des Ostens“ die Rede.

27 D. Betke, Umweltkrise und Umweltpolitik, in: C. Hermann-Pillath / M. Lackner (Hrsg.), Länderbericht China. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 340.

28 World-Bank, China. Urban Land Management in an Emerging Market Economy, Washington DC 1993, S. 12.

29 T. Pan, Historical memory, community-building and place-making in neighborhood Shanghai, in: L.C. Ma / F. Wu, Restructuring the Chinese City. Changing Society, economy and space, London 2005, S. 122. Vgl. auch: X. Xixian / X. Jianrong, A Changing Shanghai, Through the Camera Lens of an Ordinary Citizen, Shanghai 2005.



Abb. 4: Hong Kongs Waterfront 1865 und 2001, (Quelle: Keith Macgregor, Postkarte).

Die Keimzelle der späteren Kolonie bildete das nur 80 qkm große, ca. 18 km lange und 4-5 km breite Hong Kong Island, das durch eine 800 bis 1.300 m breite Meereseenge mit einem natürlichen Tiefseehafen, dem Victoria Harbour, vom Festland getrennt ist. Landknappheit weckte bald Begehrlichkeiten, durch Neulandaufschüttungen wertvolles Bauland hinzuzugewinnen.³⁰ Nördlich vom Victoria Harbour schließt sich die ca. 10 qkm große Halbinsel Kowloon an. Bereits vor dem 19. Jahrhundert hatte das weiter im Binnenland gelegene Kanton (Guangzhou), vor Hong Kong, als Handels- und Hafenstadt an Bedeutung gewonnen. Hong Kong löste nun Kanton und Macao als Tor zu China ab. Ohne Bodenschätze und andere natürliche Ressourcen wurde es zur Schnittstelle der Handelsinteraktionen zwischen Ost und West.

Die Briten suchten aber nach dauerhaften Außenposten für ihre Handelspolitik, so genannten Freihäfen und Friedenhäfen, von denen ausgehend sie ungehindert Handel

30 R.S. K. Yau, (Ed.), City of Victoria, Hong Kong Museum of History, Hong Kong 1999, S. 13; vgl. auch: F. Welch, A Borrowed Place, The History of Hong Kong, New York 1993.

betreiben konnten. Ab 1842 begannen die Briten mit dem Aufbau ihrer Kolonie Hong Kong, dem „barren rock“, und als erstes wurde ein Hafenmeister ernannt. Nach der Niederlage im Opiumkrieg trat China Hong Kong „auf Ewigkeit“ an England ab. Die Ursprünge lagen „in der zweifelhaften Gier einiger weniger britischer Handelshäuser, die den Opiumhandel partout weiterführen wollten“.³¹

1860 war die Halbinsel Kowloon und Stonecutter's Island zum britischen Besitz hinzugekommen und 1898 noch die „New Territories“, ein Areal südlich von Kowloon. Es wurde ein 99-jähriger Pachtvertrag zwischen den Briten und Chinesen abgeschlossen. Schon um 1900 liefen jährlich über 10.000 Schiffe den Hafen von Hong Kong an. Mit dem Zustrom chinesischer Zuwanderer wuchs die Bevölkerung an, und Hong Kong wurde zu einer der dicht besiedeltsten Metropolen der Welt. Schon Ende der 1930er Jahre wurde die Kronkolonie von einer Flüchtlingswelle überschwemmt. Nach 1945 und den Wirren in China und auch nach der Gründung der VR China 1949 verlegten Bankiers, Industrielle und Reeder ihre Aktivitäten von Shanghai nach Hong Kong und brachten Kapital, neue Technologien und Managementstrukturen mit.

„Ein Land, zwei Systeme“ lautete die abgestimmte Vereinigungsformel von Deng Xiaoping, die allerdings wohl intendierte, dass China wie Hong Kong und nicht Hong Kong wie China werden sollte. Die Übernahme Hong Kongs durch die Chinesen („take over“), nach Auslaufen der 99-jährigen Pachtverträge, von Kritikern als „take away“ gebrandmarkt, war völkerrechtlich eine logische Notwendigkeit. 1984 einigten sich die VR China und Großbritannien auf die Rückgabe Hongkongs zum 1. Juli 1997. Auch nach der Übernahme Hong Kongs durch China soll Hong Kong eine weitgehende Autonomie genießen, die im Gesetz über „Hong Kong Special Administrative Region“ (HKSAR) festgehalten ist. Alle Einrichtungen arbeiten zunächst auf der gleichen Basis als provisorische Einrichtungen weiter.

Die Stadtplanung in Hongkong ist nicht als vorausschauende Planung zu verstehen, sondern als der Nachfrage folgende Anpassungsplanung. Das Planungssystem in Hong Kong ähnelt dem Großbritanniens. Grund und Boden gehören „der Krone“, sind also quasi verstaatlicht, und der Boden wird zur Nutzung nur auf max. 50 Jahre verpachtet. Die Gründe für diesen Rechtsstatus sind historisch in der Stellung Hong Kongs als Kronkolonie begründet. Das Land konnte (und kann) nur gepachtet werden. Das System der zeitlich befristeten Verpachtung von Land und die Versteigerung beförderte den Anstieg der Bodenpreise und die Bodenspekulation. Die Laufzeit der Pacht, Art und Ausmaß der Nutzung können durch die Stadtplanung gesteuert werden.³² Die Pachteinnahmen bilden einen großen Teil der Steuereinnahmen, so dass ein großes Interesse an möglichst hohen Pachterträgen besteht. Das Begehrteste

31 H. Martin, *Hongkong – Strategien des Übergangs*, Frankfurt am Main 1997, S. 9.

32 B.-S. Tang / H.-F. Leung, *Planning enforcement in Hong Kong. Implementing new planning law before the change of sovereignty*, in: *Town Planning Review* 1998, 21, No. 10, S. 154.



Abb. 5: Hong Kong: Landreklamation um den Victoria Harbour (Quelle: B. Hudson, *Cities on the Shore*, 1996).

in Hongkong ist daher Land und Immobilienbesitz,³³ möglichst am Wasser. Der Wert der Gebäude im Verhältnis zu den Grundstücken ist daher relativ gering.

Der Town Planning Board (TPB) zeichnet für die Planungsgenehmigungen verantwortlich, die sich jeweils auf „planning units“, also räumlich festgelegte Areale beziehen. In der Regel geht es dabei in den bebauten Bereichen um Nutzungsintensivierungen und Umnutzungen. Für noch ländliche Gebiete und unbebaute Bereiche („Development Permission Areas“) sind besondere Genehmigungen zur Bebauung erforderlich. Theoretisch hat die Stadtplanung durch Grundbesitz und Einflussnahme auf Verpachtung eine starke Position, die allerdings durch Marktmechanismen ausgehebelt wird. Gleichwohl ist die Version der Stadtentwicklung ohne Interventionen in Hong Kong ein Mythos, aber sie ist anders über Transaktionen, Subventionen und personelle Verzahnungen von Verwaltung und Wirtschaft organisiert und kaum transparent.

Umfangreiche Aufschüttungen, Trockenlegungen und Eindeichungen haben immer wieder die Küstenlinie verändert. Die erste Straße entlang der Uferzone war die Queen’s Road, die 1842 fertig gestellt wurde. Ganze Stadtteile sind auf „reclaimed land“ entstanden. Noch 1860 führte die Queens Road am Wasser entlang. Im Rahmen eines großen Landgewinnungsprojektes (Praya East Reclamation) im Bezirk Central konnten nach 1900 nach Plänen von Sir Paul Chater zwei neue, der Queens Street vorgelagerte Straßenzüge, die Chater Road und Connaught Road mit Bauland angelegt werden.³⁴ Damit wurde Raum für neue Straßenverbindungen zwischen den

33 R.K. Biswas, Suzie Wongs Rache, in: *Stadtbauwelt* 36/1997, S. 1978.

34 C.T. Smith, *A Sense of History* (Studies in the Social and Urban History of Hong Kong), Hong Kong 1995, S. 134.



Abb. 6: Hong Kong: Gefahr von weiteren Landgewinnungsmaßnahmen (Quelle: *The Maturity of the Waterfront*, Aquapolis 1999).

östlichen und westlichen Bezirken und wertvolles Bauland geschaffen, mit dem die Stadtverwaltung viel Geld verdiente.

Über 60 qkm wurden seit 1851, über 36 qkm seit dem Zweiten Weltkrieg dem Meer abgerungen. In den fünfziger und sechziger Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurden am North Point und in Causeway Bay auf Hong Kong Island und in Kowloon in Kwun Tong und Cheung Sha Wan größere Landgewinnungsprojekte durchgeführt. 1972 wurde der Cross-Harbour Tunnel eingeweiht, der eine Straßenverbindung zwischen Hong Kong Island und Kowloon eröffnete. Ohne Landgewinnungen wären der (alte) Flughafen Chep Lak Kok, das neue Kongresszentrum und der neue Fährterminal in Central nicht möglich gewesen. Die hügelige Topographie Hong Kongs erzwingt geradezu Landgewinnungsmaßnahmen, um Raum zu gewinnen.

In Kowloon soll auf dem Gelände des alten Flughafens Kai Tak mit weiteren Aufschüttungen ein neues Wohn- und Geschäftsviertel entstehen. Damit soll auch die gesamte Westküste von Kowloon verbreitert werden, und in den nächsten Jahren soll die Landfläche von Hong Kong noch einmal um 18 qkm erweitert werden. Die neue Bebauung soll schrittweise 1997-2011 realisiert werden. Der Planungsrahmen wird durch den Metroplan festgelegt, der zur Neustrukturierung der Gebiete um den Victoria Harbour Zielvorgaben macht. Durch weitere Landgewinnung soll die Fläche auf 580 ha ausgeweitet werden und ca. 110.000 neue Arbeitsplätze und 285.000 neue Wohnungen sollen hier entstehen. Die Lage am Eingang zum Hafen gibt den Planungen einen besonderen Stellenwert.

Inzwischen zurückversetzt von der Uferzone weiter östlich befinden sich die spektakulärsten Architekturschöpfungen Hong Kongs, die Kathedralen des Kapitals, die Hongkong und Shanghai Bank, die Bank of China und das Lippo Centre. Letzteres entstand durch Landgewinnungsmaßnahmen. Der Verkauf des Grundstücks über der

MTR Station Admiralty war an den Erwerb der „Air rights“ geknüpft worden. Mit den Verkaufserlösen sollte der Ausbau des Transportsystems finanziert werden. Das Projekt (ursprünglich Bond Centre) ist in das Skywalknetz integriert und ist mit seiner roboterartigen Architektur ein Landmark in der Skyline Hongkongs.

Weiter in Richtung Causeway Bay am Wanchai-Ufer begannen Anfang der 1980er Jahre die Planungen für ein Konferenzzentrum. In der Wanchai-Landgewinnungszone am Victoria Harbour wurde dann ein 3 ha großes Areal zur Verfügung gestellt, auf dem das Hong Kong Convention and Exhibition Centre mit dem Grand Hyatt und New World Harbour View Hotel entstand. Der Komplex umfasst Ausstellungshallen, Tagungssäle, Sitzungsräume etc. und bietet grandiose Ausblicke auf den Hafen. Am westlichen Ende schließt sich das 23-stöckige Grand Hyatt Hotel an, im Osten das New Harbour View Hotel und ein 38-geschossiger Büroturm. Das ca. 6,5 ha große Landgewinnungsareal ist durch einen 7,5 m breiten Kanal von dem bestehenden Gebäude an der Wanchai Uferzone getrennt. Mit dem Erweiterungsbau wurde die Nutzfläche inzwischen verdoppelt. Zwei Fußgängerbrücken verknüpfen es mit der MTR Station Wanchai. Das Areal ist nun auch durch einen neuen Terminal für den Hafenfährverkehr angebunden.

Weiter östlich in Causeway Bay schließt sich das Gelände des Hong Kong Yacht Club und der Causeway Bay Typhoon Shelter an. Entlang der Uferzone führt hier die sechsspurige Schnellstraße, der Eastern Corridor. Ein komplexes System mit mehrreihigen Abzweigungen und aufgeständerten Fahrbahnen bildet die Verbindung zwischen dem dicht besiedelten Eastern District und der Verbindung nach Causeway Bay und weiter nach Central. Am Victoria Park gibt es hinter der lärmumtosten Zufahrt zum Cross Harbour Tunnel eine der wenigen Stellen, an der man als Fußgänger an das Wasser gelangen kann.

Entlang der Uferzonen auf Hong Kong Island gibt es keine ausgebauten Promenaden oder Parks, die zum Flanieren und Aufenthalt einladen. Dies mag auch mit den klimatischen Bedingungen zusammenhängen, jedenfalls gibt es derzeit kaum attraktive öffentlich zugängliche Areale entlang des Victoria Harbour. Die in östlich-westlicher Richtung verlaufenden achtspurigen Straßen mit schwierigen Querungsmöglichkeiten (über Brücken und Tunnel) erschweren die Zugänglichkeit zum Wasser. Komplexe Treppensysteme sind zu überwinden, um das innere von Gebäuden mit „Freiräumen“ oder aber die Uferzone zu erreichen.

Anders dagegen verhält es sich auf der gegenüberliegenden Seite in Kowloon. Hier ist von der Anlegestelle der Star Ferry und dem Busbahnhof bis zur Salisbury Road eine neue, vielfrequentierte - auf Pfählen gegründete - Uferpromenade entstanden. Neben dem Anleger der Star Ferry ist das Hong Kong Cultural Centre Auditorium entstanden. Zuvor befand sich hier der Bahnhof der Kowloon-Kanton-Railway (KCR), von dem der Uhrturm erhalten geblieben ist. Der Bahnhof wurde westlich verlegt und das Gelände damit verfügbar. Ein wertvolles, vorspringendes Ufergrundstück mit großartigen Aussichtsöglichkeiten nach Hong Kong Island. Auf dem Gelände

entstand ein neues Kulturzentrum, das ein Raumfahrtmuseum, ein Kunstmuseum und Auditoriumsgebäude beinhaltet. Das hellrot getünchte Gebäude des Hong Kong Cultural Centre mit seiner geschwungenen Dachform bietet vom inneren des Gebäudes keine Aussicht auf Hong Kong Island, aber von der gepflasterten Piazza aus bieten sich spektakuläre Ausblicke auf den Hafen.

Das Regent Hotel und das New World Centre schließen sich westlich an den Museumskomplex an. Beide sind durch die autofreie Fußgängerpromenade verbunden. Östlich der Anlegestelle der Star Ferry befindet sich der labyrinthartige Komplex der Harbour City, Asiens größtes Einkaufszentrum mit Hunderten von Geschäften. Auch dieses Areal wurde durch Aufschüttungen gewonnen. Es umfasst Anlegestellen für Passagier- und Kreuzfahrtschiffe und einen Fährterminal für Schiffsverbindungen nach China, eine Vielzahl von Geschäften, Restaurants und drei Hotels. Kowloon mit seinem Menschengedrange, Kommerz und lautstarkem Verkehr ist noch stärker chinesisch geprägt, als das Gegenüber auf Hong Kong Island in Central oder Wan Chai.

Mehrere neue Museen (u.a. ein Maritime Museum) sind in der Planung und bekunden ein wachsendes Interesse von staatlicher Seite an der Geschichte Hong Kongs und seiner Bewohner.³⁵ Aber viele (Neu-) Bewohner Hong Kongs haben keinen Bezug zur Geschichte der Metropole, da sie erst in letzten Jahrzehnten zugezogen sind und ihre familiären Wurzeln in den chinesischen Provinzen und anderen Herkunftsorten liegen. Den chinesischen Machthabern ist zudem wenig an der Erinnerung an die kolonialen Zeiten gelegen, sie suchen eine andere Identität zu installieren. Noch verlieren häufig die Denkmalschützer den Kampf mit den Investoren.

Hong Kong ist pausenlose Betriebsamkeit auf Wasser und zu Lande. Allein über eine halbe Million Fähr Gäste werden täglich, über 130 Mio. jährlich befördert. Durch Landgewinnungsprojekte werden immer neue Areale in Hong Kong erschlossen. Diese drohen inzwischen die Blickbeziehungen auf die spektakulärsten Gebäude von Hong Kong Island zu verstellen. Inzwischen sind „Guidelines for the Waterfront“ beschlossen worden, die der ungezügelter Bebauung entlang der Uferzonen Einhalt gebieten sollen. Nicht nur in Central/Wanchai, sondern auch in West-Kowloon, im Bereich des stillgelegten Flughafens Kai Tak und in Lantau werden Landgewinnungsprojekte betrieben. Inzwischen gibt es eine von der Gesellschaft „Society for the Protection of the Harbour“ initiierte Kampagne „Save our Harbour“.³⁶ Immer weitere lukrative Landgewinnungsprojekte drohen die Funktionsfähigkeit des Hafens inzwischen zu gefährden und entstellen die ursprüngliche Topographie Hong Kongs.

35 J. W. Cody, Heritage as Hologram, Hong Kong after a change in sovereignty, 1997-2001, in: W. Logan (s. A 2), S. 194.

36 Chr. Loh, The Campaigning to Protect Hong Kong's Harbour, in: Aquapolis 3/4, 1999, S.110.

3. „Lion City“ Singapur

Singapur ist an der Schnittstelle wichtiger Handelswege am Süzipfel der Straße von Malacca entstanden. Die heutige Republik umfasst eine Fläche von 641 qkm, die auf eine Haupt- und 54 Nebeninseln verteilt ist. Die Stadt Singapur hat inzwischen ihre Grenzen auf die gesamte Insel ausgedehnt, daher werden die Begriffe Stadtstaat, Staat und Inselstaat synonym verwandt.³⁷ Singapurs Lage am Pacific Rim, heute zwischen unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und politischen Blöcken, hat entscheidend zum wirtschaftlichen Wachstum beigetragen. Die Metropole liegt im Zentrum der ASEAN-Region mit über 420 Mio. Einwohnern und an der Schifffahrtsroute, die Europa und den Mittleren Osten mit dem Pazifik verbindet. Gen Norden bildet die „Straits of Johor“ die Grenze zum Festland des nördlichen Nachbarstaates Malaysia, mit dem Singapur durch einen Straßen- und Eisenbahndamm verbunden ist. Der Stadtstaat gilt mit Hong Kong, Süd Korea und Taiwan als einer der vier Drachen in Asien und nach der OECD Einstufung seit 1996 als „entwickeltes Land“.

Die Geschichte Singapurs ist eng mit der Entwicklung und Bedeutung des Hafens verbunden. Im 13. Jahrhundert landete ein Prinz aus Sumatra auf der Insel, und man ging damals davon aus, dass es sich bei den häufig vorkommenden Tigern um Löwen handelte. So entstand der Name Singapura - Löwenstadt. Bereits im 14. Jahrhundert spielte der Hafen als Schnittstelle zwischen dem südchinesischen Meer und dem indischen Ozean eine bedeutsame Rolle. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts suchten die Briten den Portugiesen und Holländern ihre Positionen im südostasiatischen Raum streitig zu machen, ihren Einflussbereich zu sichern und auszuweiten. Die Kontrolle der Handelsroute zwischen China und Indien, durch eine Schlüsselposition wie Singapur, war für die Briten daher von großer Bedeutung. Die „Lion-City“, der Stadtstaat in der Südspitze der malayischen Halbinsel entstand so als „britische Schöpfung“ von Stamford Raffles, dem Generalgouverneur der East India Company in Java, der 1819 das Recht erwarb, in Singapur einen Handelsposten zu gründen. Es gab reichlich Trinkwasser, und der natürliche Hafen bot ausreichend Schutz. Die britische Freihandelspolitik zog in der Folgezeit immer mehr Kaufleute und Einwanderer aus Asien, dem Nahen Osten, Europa und Amerika nach Singapur und trug zum rasanten Wachstum bei. 1869 wurde das „Straits Settlement“ zur britischen Kronkolonie und Singapur wurde von London aus verwaltet. Borniert war in einem deutschen Werk über den Seehafen Singapur und über die Einwohner zu lesen: „Die Ureinwohner Singapores sind Malayen. Ihr träges Naturell bringt es mit sich, dass sie jeder dauernden Beschäftigung aus dem Wege gehen.“³⁸

37 R. Westerholt, Der Stadtstaat Singapur. Struktureller Wandel und Konzepte der Stadterneuerung, in: F.N. Nagel, Stadtentwicklung und Stadterneuerung, Hamburg – London – Singapur, 1995, S. 299.

38 A. Dorn, Die Seehäfen der Welt, II. Band, Häfen außerhalb Europas und des Mittelmeerraums, Wien 1892, S. 522.



Abb. 7: Singapur: Gewimmel am Boat Quay vor der Erneuerung (Quelle: Mare, Heft 37, 2003).

Die britische Seemacht betrachtete Singapur als unverzichtbaren Marinestützpunkt. Die Insel galt als uneinnehmbare Seefestung, bis 1942 japanische Truppen von Land her die Stadt nach harten Kämpfen eroberten. Nach der japanischen Niederlage war es wiederum der Hafen, der Singapurs wirtschaftliche Bedeutung garantierte.³⁹ Ein enormer Bevölkerungszuwachs ließ die Stadtbevölkerung anschwellen und Wohnungsmangel, überfüllte Wohnungen und Slums prägten bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das Stadtbild. 1965 ging die britische Kolonialherrschaft zu Ende und Singapur erlangte die volle Unabhängigkeit, behielt aber britische Verwaltungsstrukturen und eine liberale Wirtschaftsordnung bei.⁴⁰

Nach der Abkopplung von Malaysien und unter der straffen Führung von Lee Kuan Yew ab 1959 entstand ein paternalistisches Gesellschaftssystem („good governance“), das politisch stabile Verhältnisse bot und sich wirtschaftlich dynamisch entwickelte. Lee Kuan Yew, der „politische Übervater“ prägte das Motto: „weniger Demokratie, mehr Disziplin“ und wollte Singapur zur „Schweiz Asiens“ machen. Parapolitische Institutionen im Bereich der Wirtschafts- und Stadtentwicklung erhielten staatliche Zuschüsse und sind bis heute eng mit der PAP verbunden. Beeinflusst durch die günstige geographisch-strategische Lage an Schifffahrtswegen und durch die Lage im Wachstumsdreieck Singapur, Johore, Riau entwickelte sich das „intelligent island“ zum internationalen Reparatur-, Handels-, Dienstleistungs-, Investitions- und Bankenzentrum.

39 M. Pohl, Der Hafen Singapurs, in: Südostasien Aktuell, Januar 1989, S. 71.

40 R. Westerholt (s. A 37) S. 310.



Abb. 8: Singapur: „Golden Shoe“ und Singapore River (Quelle: The Golden Shoe, URA 1998).

Der Hafen von Singapur liegt an einer strategischen Position zwischen den großen Handelsblöcken Europa und Asien.⁴¹ Die Keimzelle des Hafens lag an der Einmündung des Singapore River. Schon 1892 hieß es in einem Werk: „Heutzutage ist Singapur, wenngleich hauptsächlich nur Zwischenhafen an der großen Handelsstraße zwischen Indien und dem östlichen Asien, so doch für den Frachten- und Personenverkehr von hervorragender und immer noch zunehmender Bedeutung“.⁴² Um 1900 liefen über 4.000 Schiffe den Hafen an, der als der verkehrsreichste Transithafen Ostasiens galt. Auch von Deutschland aus wurden regelmäßige Schifffahrtsverbindungen mit Singapur eingerichtet.

Die ersten Hafenerweiterungen erfolgten in südöstlicher Richtung vom Singapore River zum Keppel Harbour (früher auch New Harbour), einem Ankerplatz der durch einen Kanal zwischen den Inseln Singapore, Blakan Mati und Ayerbrani gebildet wird.⁴³ Der chinesische, regionale Handel verblieb weiter am Boat Quay. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Kapazitäten in Keppel Harbour ausgelastet waren, wurde mit dem Bau von Hafenanlagen im Telok Ayer Basin zwischen Singapore River und Keppel Harbour begonnen. Durch Landaufschüttungen wurde das Gebiet aufgehöhht und neue Kaianlagen gebaut. Vor allem mit der Eröffnung des Suez-Kanals 1869 ergab sich ein dynamischer Aufschwung des Handels. Der asiatische Markt war nun auch mit Dampfschiffen von Europa aus schneller erreichbar und Singapur wurde zu einem wichtigen Versorgungshafen. Zinn und Kautschuk wurden exportiert, Reis, Textilien

41 P. Biebig / H. Wenzel, *Seehäfen der Welt*, Berlin 1989, S. 237.

42 A. Dorn (s. A 38), S. 518.

43 P.P. Wong, *The Changing Landscape of Singapore Island*, in: *Modern Singapore*, Singapore University Press, 1969, S. 31.



Abb. 9: Singapur: Riverside Point Festival Market am Singapore River (Foto: D. Schubert).

und Fertigwaren importiert. 1912 wurde der Singapore Harbour Board eingerichtet, der für den Unterhalt und die Reparatur der Hafeneinrichtungen verantwortlich war.

Weitsichtige Planung, rigide politische Kontrolle und konsequente Administration sind Kernelemente der Politik, die Singapur eine Vorbildfunktion für Stadtplanung zukommen ließen.⁴⁴ 1955 wurde der erste Plan für Singapur vorgestellt. Dieser Master Plan war auf 20 Jahre angelegt und sollte die räumliche Entwicklung steuern. 1960 wurden der Economic Development Board (EDB) und der Housing Development Board (HDB), auch „Housing and Destruction Board“ genannt, eingerichtet, beides semistaatliche Einrichtungen, die ein Wirtschaftswachstum induzieren sollten. Die Bodenknappheit beförderte die Notwendigkeit räumlicher Planung. Über 60 qkm sind als Landgewinnungsmaßnahme zur Fläche Singapurs hinzugekommen, fast 10% der Landesfläche wurde künstlich hinzugewonnen.⁴⁵

Das Stadtzentrum Singapurs wurde seit Ende der 1960er Jahre vollkommen umgestaltet und eine moderne Downtown mit Bürohochhäusern („The Golden Shoe“) entstand. „Today the Golden Shoe is a modern, clean, attractive and smoothly functioning city centre where the country’s major financial, business and professional firms are located. The skyline in the area has become symbolic of the country’s economic

44 F. Kraas, „Model City“ Singapur: Vision und Zukunftsplanung, in: U. Altrock / D. Schubert (Hrsg.), *Wachsende Stadt. Leitbild – Utopie – Vision?*, Wiesbaden 2004, S. 198; M. Perry / L. Kong / B. Yeoh, *Singapore (A Development City State)*, Chichester 1997, S. 194.

45 R. Glaser / P. Haberzettl / R.P.D. Walsh, *Land Reclamation in Singapore, Hong Kong and Macao*, in: *GeoJournal* 24/1991, S. 367.

success.”⁴⁶ Im Bereich zwischen dem Singapore River, Raffles Place, Shenton Way im Süden und der Keppel Road im Osten entstand der schuhähnlich geschnittene CBD. Die Gebäude aus der Kolonialzeit am Collyer Quay und Raffles Quay am Telok Ayer Basin wurden abgerissen und durch Bürohochhäuser ersetzt. Die Speicher und Warenhäuser entlang der Uferzone wurden abgerissen, die Hafennutzungen verlagert. Dabei wurde ausschließlich die „Bulldozer-Methode“ Abriss und Neubau verfolgt und die Diversität und das einzigartige historische Erbe zerstört. Ältere Gebäude sind im übersanierten Zentrum nicht mehr zu finden.

Das Jahr 1984 markiert das Ende einer Ära des Güterumschlags von kleinen Werften, Gewerbetreibenden, Märkten und Händlern entlang des Singapore River. Mit dem verschmutzten Fluss, der „Rückständigkeit“ der Anwohner am Flussufer, „skandalösen“ und „chaotischen“ Zuständen und dem überkommenen Güterumschlag von großen Schiffen auf Kähne sollte radikal „aufgeräumt“ werden.⁴⁷ Im Rahmen der Verwestlichung und Modernisierung sollte Singapurs „Seine“ entstehen, eine saubere Uferzone mit Promenaden. 1977 begann die Operation, eine „Aufräumaktion“ als Prestigeprojekt für den Inselstaat. Über 40.000 Menschen mussten umgesiedelt werden. Die Anwohner wurden entschädigt und es wurde ihnen Priorität beim Bezug von Wohnungen in den neuen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus eingeräumt. Ca. 30.000 Wohnungen wurden jährlich fertig gestellt. Die Umsiedlung des Gewerbes nach Pasir Panjang gestaltete sich schwieriger. Im Zuge der Containerisierung des Güterumschlags wurde das Leichtergewerbe zunehmend überflüssig. Mechanisierte Technologie ersetzte das überkommene Be- und Entladen von Stückgütern, Handeln und Verkaufen am Fluss, der zugleich Lebensbasis und Wohngelegenheit war. Ende 1983 passierten 270 Kähne zum letzten Mal den Fluss.

Das Gewimmel der Dschunken und Lastkähnen auf dem Singapore River gehörte damit der Vergangenheit an. Es gab ein Gesamtkonzept für die Revitalisierung entlang des Singapore River. Die Uferzonen sollten durch Promenaden zugänglich gemacht und vom Fullerton Building bis zum Robertson Quay ein Uferweg mit Bäumen angelegt werden. Neben den Flussrundfahrten mit historischen Booten (tongkangs) sollten zur Abwicklung des Verkehrs auch River Taxis eingesetzt werden. Einige der historischen Lagerhäuser (Godowns) und der chinesischen Geschäftshäuser (Shop-houses) sind erhalten und umgenutzt worden, teilweise auch maßstäblich neu aufgebaut worden. Die mit der Geschichte der Kolonialzeit verbundenen Shophouses verkörperten Armut, Rückständigkeit und Überfüllung und widersprachen dem Bedürfnis nach Modernität und Fortschritt.⁴⁸

46 B.H. Chua, *The Golden Shoe, Building Singapore's Financial District* (Urban Redevelopment Authority), Singapore 1989, o. S.

47 St. Dobbs, *Urban Redevelopment and the forced eviction of lighters from the Singapore River*, in: *Singapore Journal of Tropical Geography* 2002, S. 292.

48 M.L. Tjoa-Bonatz, *Singapur und Penang. Zwei Wege zur Vermarktung einer Geschichte*, in: *Die alte Stadt* 4/1999, S. 245.

Die Restaurantmeile Boat Quay am südlichen Ufer des Singapore River war der erste Bereich, der 1992/93 fertig gestellt wurde. In diesem Bereich wurde die traditionelle Bebauung entlang des Flusses erhalten und sie hat sich zu einer kommerziell erfolgreichen Restaurant- und Flaniermeile entwickelt. Die Promenade ähnelt europäischen Uferpromenaden in mediterranen Gefilden, typisch asiatisches Ambiente fehlt ihr indes weitgehend. Drei neue Fußgängerbrücken über den Singapore River sollen entstehen, zwei Brücken sind bereits restauriert worden. Dann sind ca. alle 300 Meter Querungen möglich und die Attraktivität der Promenade wird erhöht.

Während Boat Quay neben dem CBD sich als kommerziell erfolgreich erweist und die Restaurants bereits mittags von Geschäftsleuten aufgesucht werden, sind die vom Zentrum entfernt gelegenen Clarke Quay („waterfront marketplace“; mit 170 Läden) und Robertson Quay weniger gut und meist erst abends besucht. Riverside Point am Clarke Quay ist ein viergeschossiges Gebäude, das ein Atrium und Büros, Läden und Restaurants einschließt. Mit dem Projekt Clark Quay, das 1993 fertig gestellt wurde, sollte „neues Leben am alten Fluss“ mit einem „festival village“ installiert werden. Nur wenige der vormaligen Gewerbetreibenden am Singapore River haben den Wechsel zum Tourismus geschafft und chauffieren nun Besucher in River Taxis und Rundfahrrbooten. Das alte Gesicht am Singapore River mit dem Gewimmel von Dschunken und Kähnen hat einem modernen Gesicht mit Bars, Restaurants und Boutiquen Platz gemacht.

Seit Mitte der 1980er Jahre gab es einen Paradigmenwechsel im Stadtumbau und städtebauliche Denkmalpflege wurde umgehend als Konzept zur (Öko-)Tourismusförderung und Imagepflege instrumentalisiert. Die 1974 eingerichtete Urban Redevelopment Authority (URA) ist dem Ministry of National Development unterstellt und für die räumliche Planung und die komplexen Probleme des Stadtumbaus, der Sanierung und des Erhalts von Stadtquartieren zuständig. Der Tourismus war ein wichtiger Devisenbringer und die „Übersanierung“ und Sterilität der Innenstadt ließ Reisende das modernisierte Singapur als langweilig und steril empfinden. Die URA wurde zur nationalen Denkmalpflege- und Planungsinstitution erhoben und 20 Denkmalgebiete wurden ausgewiesen. So konnten die Häuser am Boat Quay entlang des Singapore River vor dem Abriss bewahrt werden, allerdings – wie auch anderenorts in Singapur – nur durch Kommerzialisierung der Denkmalidee. Mit der Denkmalpolitik soll das multi-kulturelle Erbe, die Pluralität der ethnischen Gruppen und Kulturen, – reflektiert werden: „Unity in diversity“. Mit dem malayischen „Gampung Glam“ (Kampung = traditionelle malayische Siedlung), „Little India“ und „Chinatown“ bekam jede der drei großen Bevölkerungsgruppen einen Kulturmittelpunkt in der Stadt zugewiesen.⁴⁹ Singapur gilt inzwischen als eine der saubersten und sichersten Städte Asiens und hat es mit Werbeleitbildern „the new meets the old“ und „East meets-West“ geschafft, Touristenströme auf die Insel zu lenken.

49 M.L. Tjoa-Bonatz (s. A 48), S. 249; L. Long / B.S.A. Yeoh, Urban Conversation in Singapore: A Survey of State Policies and Popular Attitudes, in: Urban Studies Vol. 31, No. 2, 1994, S. 252.

4. Zukunft zwischen Modernisierung und Erhalt

Die drei Beispiele illustrieren, wie Geschichte in Asien systematisch ausradiert wird: alles ist permanent in Bewegung und Veränderung.⁵⁰ Die Transformation der Uferzonen in Shanghai, Hong Kong und Singapur ist allerdings schwerlich mit westeuropäischen Maßstäben messbar und bewertbar. Geschichte und Kultur sind zudem in Asien stärker mit Lebensphilosophie, religiösen Werten, Mythen und Legenden und emotionalen Einstellungen verbunden und weniger stark mit baulichen Zeugnissen der Vergangenheit. Kulturgüter sind zentrale Bestandteile zur Untermauerung von Identität.

Im Zentrum von Singapur ist die Slum-Romantik vollständig durch die Büropaläste und wenige aufwendig restaurierte Alibivorhaben - wie Boat Quay - ersetzt worden. Singapur konnte sich weitgehend unabhängig vom malayischen Umfeld als „sauberer“ Stadtstaat unter Landesvater Lee Kuan Yew etablieren. Die konfuzianische Weltansicht ist durch eine kommunitaristische Ideologie ersetzt worden.⁵¹ Historische Bausubstanz hat durch Fassadenkosmetik und Kommerzialisierung der Denkmalidee vor allem neuen Charme für Touristen und potentielle Konsumenten bekommen.

In Shanghai soll in 20-30 Jahren die Entwicklung von Pudong New Area abgeschlossen sein. In Teilen wirkt das neue Gebilde Lujiazui mit seinen Monostrukturen wie eine Geisterstadt. Auch Wohnkomplexe, isoliert angeordnet, stehen leer. Ein Konglomerat spektakulärer, futuristischer Hochhäuser induziert nicht automatisch Urbanität. Von urbanem Leben, von Mischung und Vielfalt kann (noch) nicht die Rede sein. Dies ist immer noch auf der gegenüberliegenden Flussseite des Huangpu lokalisiert. Auch im „alten“ Shanghai wird geklotzt, der alte Stadtkern steht zur Disposition und neue Hotels und Bürokomplexe wie die Wan Xiang International Plaza an der Nanjing Road entstehen. Die jahrzehntelange Vernachlässigung von Investitionen in die städtische Infrastruktur macht deren Modernisierung zu einer vordringlichen Aufgabe.⁵² Prozesse der Stadterweiterung und Stadtreorganisation sind vor dem Hintergrund des Umbaus Chinas von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und immer komplizierterer Abstimmungsprobleme zwischen Plan- und Marktwirtschaft zu steuern.

Das alte vorkommunistische Shanghai mit seinen Mythen lebt wieder auf und bricht der Verwestlichung Bahn.⁵³ Ob China mit Shanghai und Pudong mit Singapur und Tokio in einer Liga spielen wird, ob die Metamorphose vom „industriellen Dinosaurier zum ökonomischen Dynamo“ gelingt, muss abgewartet werden. In Shanghai mani-

50 H. Martin (s. A 31), S. 165. B.S.A. Yeoh / S. Huang, The conservation-redevelopment dilemma in Singapore. The case of Kampong Glam historic district, in: Cities, Vol. 13, No. 6., S. 418.

51 B.H. Chua, Communitarian ideology and democracy in Singapore, London 1995, S. 200.

52 R. Krieg / L. Jen-Kai / G. Müller u.a., Provinzportraits der VR China. Geographie, Wirtschaft, Gesellschaft, Hamburg 1998, S. 517.

53 Th. Medicus (S. A. 4), S. 323.

festiert sich schon heute das „China von morgen“, die „vermaledete Lasterhöhle“⁵⁴ von einst soll wieder zur Wirtschaftslokomotive Chinas werden.

Hongkong hat unter den chinesischen Metropolen gegenüber Shanghai den großen Vorteil, nicht fast ein halbes Jahrhundert von der westlichen Welt abgekoppelt gewesen zu sein. Ob Shanghai diesen Entwicklungsvorsprung mit der Entwicklung von Pudong aufholen kann und wie sich das (Konkurrenz-)Verhältnis zwischen beiden Metropolen entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

Der Stadtumbau und die „Cappucinoisierung“ der Uferzonen nach westlichem Vorbild haben zum Verlust vieler lokaltypischer Strukturen geführt. Allen drei Metropolen ist der Wille zur schnellen Anpassung an die Herausforderungen der Globalisierung und eine beispiellose Umstrukturierung von ehemals wenig bedeutenden kolonialen Stützpunkten zu wissens- und dienstleistungsbasierten Zentren und bedeutenden Hubs im weltweiten Netzwerk von Seehäfen gemeinsam. Durch das weitgehende Fehlen von wirkungsvollen Kontrollen, von denkmalschützerischen Instrumenten, von Bürgergruppen, die sich für den Erhalt einsetzen, und der weitgehenden Bedeutungslosigkeit lokaler Politik, ist die Welle der tabula rasa-Modernisierungen kaum zu bremsen. Die letzten Reste der „asiatischen Stadt“, der Stadt aus vorkolonialen Zeiten, drohen damit endgültig verloren zu gehen.

54 D. Schubert (s. A 24), S. 1337.

Andreas Brunold

Stadtentwicklung zum Beispiel: Backnang

Stadtplanung und Kommunalpolitik 1950-1980

1. Vorbemerkungen

Backnangs Stadtbild ist geprägt durch den Fluss Murr, der die Altstadt durch einen nordöstlichen Prallhang und einen nordwestlichen Gleithang umfasst. Auf Höhe des Prallhangs erhoben sich im Mittelalter die Burg, später das Stift Backnang. Unterhalb davon bildete sich die erste Siedlung.¹ Nachdem die Stadt im Jahr 1235 durch Heinrich von Neuffen zerstört wurde, umbaute man diese erstmals mit einer Mauer. Die Erweiterung im späten 14. Jahrhundert verlief vom Sulzbacher Tor bis zum unteren Murrübergang am späteren Aspacher Tor. Als ältere Vorstädte sind die Obere Vorstadt, die Sulzbacher Vorstadt mit der Totenkirche, die innere und die äußere Aspacher Vorstadt jeweils mit ihren Toren zu nennen (vgl. Abb. 1)

Eine Zäsur erlitt die Stadt 1693, als französische Truppen die Stadt nieder brannten. Etwa 200 Häuser und 50 Scheunen wurden zerstört, was den Neuaufbau der Stadt erforderte.² Dabei setzte man barocke Ideen um und errichtete Häuser mit einheitlichen Straßenfronten und Vorsprüngen. Die Regularien finden sich in der Bauordnung vom 1. Dezember 1693, die auch für den Wiederaufbau der benachbarten Orte Winnenden, Marbach, Vaihingen/Enz und Beilstein gültig waren. Der heutige Straßenverlauf – von neueren Eingriffen abgesehen – und die Gestalt der Fachwerkhäuser gehen auf diese Zeit zurück. Die Höhe der Stadtbefestigung betrug zwischen dem Aspacher- und Oberen Tor 6 m, an der heutigen Grabenstraße bis zum Sulzbacher Tor 8 m. Bis ins 18. Jahrhundert durfte diese nicht durchbrochen werden. Den auf der Mauer umlaufenden Wehrgang trug man erst ab 1820 ab. Mit dem 19. Jahrhundert begann man auch die durch die Mauern definierten Stadtgrenzen aufzubrechen. Initialzündung war der Bau der Dilleniusstraße ab 1830. Noch bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Mauern nahezu vollständig erhalten. Im Zweiten Weltkrieg ist kein nennenswerter Schaden entstanden, so dass sich bis in die 1950er Jahre das Bild einer organisch gewachsenen Stadt erhalten hatte.

2. Wettbewerb zur Neugestaltung der Altstadt 1957

Am 12. März 1957 fand beim Regierungspräsidium Stuttgart eine Besprechung zwischen dem Stadtbaumeister Backnangs, Hermann Klenk, und dem Vertreter

1 Vgl. A. Schahl, Die Kunstdenkmäler des Rems-Murr-Kreises, München 1983, S. 203.

2 Vgl. G. Fritz, Backnang brennt, in: Unsere Heimat 1993.

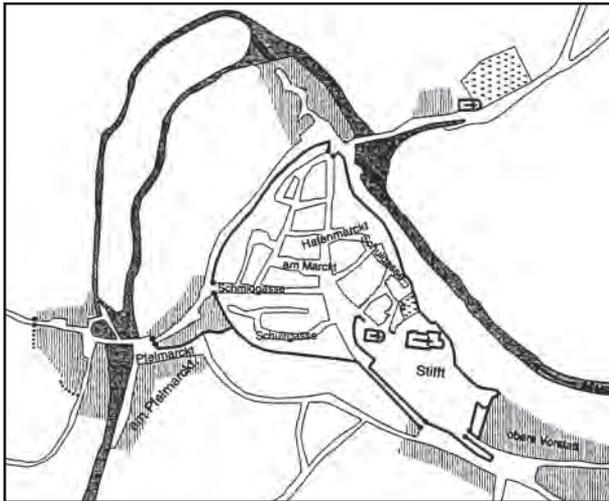


Abb. 1: Backnang mit Stadt- und Stiftshofmauer um 1500. Rekonstruktion.

der Behörde, Oberbaurat Stoll, statt, die den Anfang der „modernen“ Stadtplanung Backnangs einleiten sollte.³ Die als „Sanierung der Altstadt“ bezeichnete Planung sollte durch einen Wettbewerb den Stadtkern neu ordnen. Als Preisrichter wurden, neben den Stuttgarter Professoren Rolf Gutbier, Rudolf Lempp und Wilhelm Tiedje sowie Vertretern des Landesamts für Denkmalpflege und des Bundes Deutscher Architekten, auch Klenk und Stoll vorgesehen. Der Teilnehmerkreis zum Wettbewerb wurde beschränkt auf Backnanger Architekten und Stuttgarter Städteplaner.

Bereits Ende März 1957 erging von der Stadt ein Grundsatzprogramm, das die Altstadt in einer neuen Dimension umbauen sollte.⁴ Vertreten durch Bürgermeister Walter Baumgärtner und Hermann Klenk sollte dieses Vorhaben vor allem den Gewerbetreibenden ökonomische Anreize bieten, indem die Stadt die verkehrliche Infrastruktur bereitstellte. Am 11. April 1957 wurde das Programm dem Gemeinderat vorgelegt, der das Planungsgebiet noch ein wenig später größer definierte.⁵

Im Anforderungskatalog war vor allem die Neukonzeption einer Verkehrsanbindung zwischen Stuttgarter Straße und den Brücken an der Aspacher- und Sulzbacher Straße vorgesehen. Der Obstmarkt, dessen Umgestaltung als eigentlicher Anlass des Wettbewerbs gelten muss, sollte mit einem neuen Verwaltungszentrum der Stadt

3 *Stadtplanungsamt Backnang*, Aktennotiz des Stadtbauamts 12.03.1957.

4 Vgl. Stadt Backnang, Grundsatzprogramm zum Altstadtwettbewerb.

5 Und zwar im Süden begrenzt durch den Schillerplatz und die Eduard-Breuninger-Straße, die Aspacher Brücke, den Murrbogen, die Sulzbacher Brücke sowie gegen Osten durch die Postgasse, den Burgberg und die Stuttgarter Straße Stadt Backnang; vgl. Protokoll des Technischen Ausschusses 11.04.1957 sowie *Stadtarchiv Backnang*, Gemeinderatsprotokoll (im folgenden GRP) 31.05.1957

ein modernes Gepräge geben. Dazu gehörte der Plan, in der unteren Schillerstraße ein großes Kaufhaus zu errichten, wobei die Bauweise sich auf den das Stadtbild beherrschenden Burgberg beziehen sollte. Auch der Obstmarkt sollte auf dessen exponierte Lage mit der Stiftskirche als Dominante Rücksicht nehmen. Damit war aber keine Unterordnung im Sinne einer Stadtkrone gemeint, sondern man orientierte sich einfach am größten Maßstab und rechtfertigte damit die monströse Planung.

Zum Zeitpunkt der Wettbewerbsausschreibung am 12. Juli 1957 zählte die Stadt 22.058 Einwohner und hatte ein rasantes Bevölkerungswachstum hinter sich. Vergleiche der Jahre 1930 mit 9.573 Einwohnern, 1939 mit 11.435 Einwohnern und 1946 mit 15.865 Einwohnern zeigen dies. Da weitere Expansion erwartet wurde, sollten die planerischen Voraussetzungen für ein „modernes“ Geschäftsviertel vorrangig angestrebt werden.

Zum Wettbewerb wurden acht Teilnehmer zugelassen, darunter die vier Stuttgarter Architekten Helmut Erdle, Walter Salver, Hellmut Weber und Wolf Irion, die auch in dieser Reihe die Preise eins bis vier in der Sitzung des Preisgerichts am 28. März 1958 unter sich aufteilten. Nachdem die Stuttgarter Professoren Rolf Gutbier und Rudolf Lempp dem Wettbewerb als Preisrichter ferngeblieben waren, tagte das Gremium unter Vorsitz des Stuttgarter Städtebauprofessors Ewald Liedecke und wurde von seinen Kollegen Marohn, Stoll, Rall und Supper dominiert, während die vier Backnanger Gemeinderäte nur eine Statistenrolle spielten.

Im Vordergrund standen verkehrsplanerische Überlegungen. Vor allem der Durchbruch der Graben- zur Eduard-Breuninger-Straße mit dem Ziel einer Ringstraße um den engeren Innenstadtbereich bot sich vermeintlich zur Konsolidierung der Verkehrsverhältnisse an. Gebäude an der Murr, die diesen Blick beeinträchtigten, sollten entfernt werden und dafür begrünte Flächen zur Verschönerung des Stadtbildes treten. Im Bericht zu seinem Entwurf bezog Wettbewerbsgewinner Helmut Erdle zum Anforderungskatalog der Stadt Stellung. Er empfahl, von der Stuttgarter- über die Eduard-Breuninger-Straße einen Durchbruch in die Grabenstraße zur Sulzbacher Brücke zu vollziehen. Damit würde in „einfachster Weise“ eine Hauptverkehrsachse entstehen, die den „inneren Kern“ der Altstadt von den „äußeren Schalen“ abtrenne und eine bessere Verbindung der einzelnen Stadtbezirke ermögliche. (vgl. Abb. 2)

Den Kern der Planung bildete die Rathausenerweiterung am Obstmarkt, die einen terrassenähnlichen Hof umschließen und die Verbindung zwischen der oberen und unteren Altstadt herstellen sollte. Weiter wurde vorgesehen, die Häuser Schillerstraße 35, 37 und 39 abzureißen und dafür ein Geschäftshaus an der Westflanke des Obstmarkts, die spätere Kreissparkasse, zu errichten. Die nach Norden abfallende Altstadt sollte zwischen der Markt- und Uhlandstraße als „Kaufzentrum“ umgestaltet werden.

Vor allem den beiden Brücken wurde eine verkehrliche Bedeutung beigemessen, da in deren Nähe Geschäftshäuser errichtet werden sollten. So sollte an der Sulzbacher Brücke ein Punkt-Hochhaus entstehen, um die Baumassen der Lederfabrik Kaess in einen günstigeren Maßstab zu bringen. Realisiert wurde auch das von der Kaufhalle



Abb. 2: Modell von Helmut Erdle zum Altstadtwettbewerb 1958.

AG errichtete Geschäftszentrum in der Grabenstraße. Insgesamt brachte der Entwurf massive Eingriffe in der Innenstadt, deren homogenes Bild sich radikal veränderte.

Die Beurteilung des Erdle-Entwurfs durch das Preisgericht ermöglicht weitere Einsichten in das Konzept der Stadt und die Dimensionierung einzelner Planungsgebiete. Als besonders gelungen wird die Gestaltung der Graben- und Eduard-Breuninger-Straße als Ringstraße bezeichnet, ferner der Knoten an der Aspacher- und Sulzbacher Brücke sowie der Stuttgarter Straße. Die Grabenstraße sollte nicht für den Ziel-Quell-Verkehr fungieren, sondern als Durchgangstraße eine stadtteiltrennende Funktion übernehmen, denn das angrenzende Gelände zur Murr wurde als „Industriegebiet“ deklariert. Die Murr, der die Stadt ihre Identität als „süddeutsche Gerberstadt“ verdankt, wurde in die Planungen nicht einbezogen.

Schon in seinem Vorprüfbericht hatte Klenk als Gütekriterium für die Wettbewerbsentwürfe größtmögliche Eingriffe verkehrlicher Art in das Weichbild der Stadt gefordert, so dass gemäßigte von vorne herein außer Acht gelassen wurden. Der Ausbau der Grabenstraße wurde als unumgänglich favorisiert. Deutlicher als in der Wettbewerbsbeschreibung und im Erläuterungsbericht zu den Entwürfen wird hier der städtebauliche Kahlschlag offenbar, der der Stadt nach dem auch in Backnang favorisierten Leitbild der „autogerechten Stadt“ drohen sollte. Während die Backnanger Architekten vor größeren Eingriffen zurückschreckten, überboten sich die Stuttgarter Kollegen in euphorischer Fortschrittsgläubigkeit, was auch mit den Preisgeldern belohnt wurde. Diesen Entwürfen gemein war die generelle Veränderung der Baulinien, vor allem am Obstmarkt, der Dillenius-, Eduard-Breuninger- und Schillerstraße sowie am Rathaus, und damit der Abriss ganzer Häuserzeilen. Der gewonnene Raum sollte vor allem für Parkplätze verwendet werden.

Der Entwurf Weber sah allein 300 Parkplätze am Obstmarkt vor, was Klenk gerade noch ausreichend erschien. Beim Entwurf Irion zeigte sich Klenk als prinzipieller Befürworter von Flachdächern, denen er städtebauliche Vorzüge einräumte. Sein Geschmack lässt sich heute an Gebäuden ablesen, an denen jede spätere Korrektur, wie vereinzelt durch Giebelaufstockung versucht, versagen musste. Erdle sah den weitestgehenden Eingriff in die Stadtstruktur vor, so dass sogar Klenk die Durchführung dieses Entwurfs anzweifelte, da dieser den Abriss vieler Wohnhäuser erforderte.⁶ Ein bezeichnendes Licht auf die Praxis der Bauverwaltung werfen die nachträglich von Klenk angeforderten Pläne des Backnanger Architekten Otto Nussbaum, dessen Ideen verkehrlich wie baulich noch weit über alle Optionen hinausgegangen wären und verheerende Eingriffe in die Stadtstruktur, sogar auf dem Burgberg, nach sich gezogen hätten.

Am 22. Mai 1958 beschloss der Gemeinderat eine einjährige Bausperre für das Planungsgebiet und beauftragte Erdle mit der Aufstellung der Bebauungspläne. Als erste Maßnahme sollte der Grabenstraßendurchbruch als 18 Meter breite Ringstraße vollzogen werden. Baumgärtner und Klenk kamen am 19. September 1958 mit Erdle zusammen und legten den knappen Termin bis zum 10. Januar 1959 zur Aufstellung aller Pläne fest. Die Stadt ließ sich keine Zeit zu einer Evaluierung des Wettbewerbs, sondern drohte Erdle sogar, ihm bei Terminüberschreitung den Auftrag zu entziehen. Vor allem die CDU-Fraktion wollte einen baldigen Stadtumbau forcieren.

Einen Monat vor Ablauf der Bausperre hielt Erdle einen Vortrag über die Festlegung der Teilbebauungspläne, in dem er die Besonderheiten des kleinparzellierten und noch als homogenen Organismus ablesbaren Stadtkerns analysierte (vgl. Abb. 3).

Erdles Absicht, die Stadt in Funktionszonen einzuteilen, weisen ihn als typischen Vertreter des seinerzeitigen städtebaulichen Leitbilds der „gegliederten und aufgelockerten“ Stadt aus. Er verglich mit dem in der Planersprache der Zeit üblichen biologistischen Denkansatz die Verkehrsproblematik mit einem Krebsleiden, bei dem man zur Heilung des städtischen Organismus lediglich Teile „herausoperieren“ müsse, um den Gesamtkörper zu retten. Als Rezept erschien ihm hierfür die Verbreiterung der Grabenstraße, ohne zu bedenken, dass er dabei erst das Dahinsiechen seines „Patienten“ Backnang begünstigte. Dass diesem Kahlschlag sogar die historische Wehrmauer zum Opfer fiel, war unverantwortlich. Den sich daran anschließenden kleinen Gerberhäuser hätte – wenn auch substantiell sanierungsbedürftig – ebenfalls Denkmalwert zugestanden. Doch bis Mitte 1963 waren alle an die Stadtmauer angebauten Gebäude in der Grabenstraße abgerissen. Wenig später war auch das Schicksal der Mauer besiegelt und das hervorragend konservierte Monument dem Abbruch anheim gegeben.⁷ Bezeichnend war, dass Erdle deren Niederlegung nicht

6 *Stadtarchiv Backnang*, Niederschrift über die Sitzung des Preisgerichts „Wettbewerb Neugestaltung des Stadtkerns in Backnang“ 28.03.1958.

7 GRP 01.08.1963.



Abb. 3: Luftaufnahme der noch weitgehend erhaltenen Altstadt Backnangs 1959.

forderte, sondern die Initiative dafür von der Stadt ausging. Dies zeigt, dass Erdle für eine an urbanen Ansprüchen orientierte Planung wenig Spielraum blieb und er als verlängerter Arm der Stadt erscheinen muss, der den Willen der Stadtoberen erfüllte und zum Stadtbau in der zum großen Teil auch ausgeführten Form beitrug. Neben dem Grabenstraßenausbau waren dies die Erweiterung des Obstmarkts und das „Kaufhofgebiet“ zwischen unterer Markt- und unterer Uhlandstraße (vgl. Abb. 4).

Nach einjähriger Planung zeigte sich, dass der Grunderwerb für die flächenfressenden Pläne Schwierigkeiten bereiten würde. Der kleinparzellierten Stadtstruktur entgegenstehend sollten für die Obstmarkterweiterung allein in der Schillerstraße die Gebäude 19, 21, 23 und 25 abgebrochen werden, für den Grabenstraßendurchbruch die Gebäude 35, 37 und 39. Da bei den Eigentümern ersterer Zeile sich Widerstand bildete, sah Erdle sich gezwungen, das Gebäude Haug zur Disposition zu stellen und am Obstmarkt eine kleinere Lösung vorzusehen, wodurch sich die Möglichkeit der Terrassenbildung bot, die er aufgrund der Topographie Backnangs favorisierte. Die Ansätze dieser Planung sind heute an den Treppenarkaden der Markt- und Eduard-Breuninger-Straße zu erkennen. Bei letzterer forderte Erdle in Richtung Aspacher



Abb. 4: Blick in die noch ursprünglich erhaltene Grabenstraße 1930. An der oberen rechten Bildecke erkennt man einen Teil der durchweg erhaltenen Stadtmauer.

Brücke die Festlegung neuer Baulinien, was den Abriss der dortigen Häuser bedeutet hätte. Die Baulinien aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verwies er ins Mittelalter, um daraus seine „mutig anpackenden, schrittweise vorwärts marschierenden, das Gelände großzügig ausnützendem“ Pläne zu entwickeln und einen „frischen und freien“ Verkehrsablauf zu gewährleisten.

Beim Obstmarkt griff Erdle den Gedanken der Transparenz auf, indem er dort durchgehende Schaufensterfassaden favorisierte, die den Platz eingrenzen sollten. Terrassen auf verschiedenen Niveaus sollten möglichst viele Läden integrieren. Dieses Prinzip sollte auch auf die Rathausenerweiterung angewandt werden. In der „Kaufhofzone“ zwischen Uhland-, Marktstraße und Spaltgasse sah Erdle wieder eine Gelegenheit, sein Terrassenprinzip zu verwirklichen. Hier sollten drei quer gestellte Baukörper entstehen, die er mit zwei und drei Geschossen noch als moderat bezeichnete und seiner Vision der „aufgelockerten Stadt“ entsprachen.

Die Frage des Grabenstraßenausbaus war eng an das Plazet der Firma Kaess gekoppelt, deren Interessen mit Erdles Vorstellungen einer Grünzone innerhalb des Murrbogens unversöhnlich kollidierten. Eine durchgängige Mindestbreite von 20 bis 22 Metern in der Grabenstraße erschien Erdle und den tragenden Kräften der Stadt gerade noch opportun. Wenig später wurden die Vorschläge Erdles für die Altstadtanierung angenommen und die Bausperre um ein weiteres Jahr verlängert.⁸ Dem dritten Teilabschnitt, der Neugestaltung des Kaufhofbereichs, wurden dabei die schnellsten Realisierungschancen eingeräumt, worauf das Bauamt beauftragt wurde, für alle vier Teilgebiete, der Graben-/Eduard-Breuninger-Straße, dem Obstmarkt, der unteren Marktstraße und der Rathausenerweiterung, neue Bebauungspläne aufzustellen. Die von

8 GRP 29.05.1959.

Erdle geplante Grünzone wurde kurzerhand der Firma Kaess für Erweiterungszwecke und Parkplätze zur Verfügung gestellt. Die exorbitante Breite der Grabenstraße konnte nun zusätzlich mit der Funktion einer Feuergasse legitimiert werden.

3. Die Umsetzung des Altstadtwettbewerbs

Als erster Teilbereich wurde der Bebauungsplan Graben-/Schiller-/Uhlandstraße beschlossen,⁹ womit der Boden für eine jenseits der Maßstäblichkeit liegende Planung bereitet war. Trotz vieler Einwände von Bürgern verfolgte die Stadt ihr Programm unbeirrt weiter. Die Frage der Finanzierung stellte sich für sie nicht, auch nicht die schiefe Kosten-Nutzen-Relation des Grabenstraßenausbaus. Kurzfristige Kapitalinteressen Einzelner hatten Vorrang. Doch in 12 Einsprachen zeigte sich Unmut über die ohne Anliegeranhörung vorangetriebene Planung. Dieser Vorgang wiederholte sich wenig später, als der Teilbepauungsplan Am Obstmarkt/Dillenius-/Eduard-Breuninger-/Schillerstraße vorberaten wurde. In diesem Bereich ging die Stadt durch die Beteiligung des Stuttgarter Verkehrsplaners Gerhard Hinterleitner noch weit über die von Erdle festgelegten Baulinien hinaus, um die Verbindung Graben-/Eduard-Breuninger-Straße zu forcieren. Die Gebäude Schillerstraße 33-39 sollten beseitigt werden; das Gebäude Schillerstraße 39 wurde 1963 sogar zwangsenteignet. Der Bebauungsplan wurde einstimmig beschlossen, wie überhaupt alle Beschlüsse in diesem Jahr ohne Gegenstimme erfolgten.¹⁰ Am 27.9.1960 wurde der vorläufig letzte Bebauungsplan „Am Rathaus“ vorbereitet, der den Obstmarkt, die Uhlandstraße, die Spaltgasse, die Markt- und die Dilleniusstraße begrenzte. Auch hier war eine wesentliche Beschränkung der Überbauung zugunsten von Verkehrs- und Parkflächen vorgesehen.

Um der wachsenden Verkehrsmisere Herr zu werden, gab die Stadt kurzfristig einen Generalverkehrsplan in Auftrag, für dessen Aufstellung Hinterleitner verpflichtet wurde, obwohl keine Haushaltsmittel dafür zur Verfügung standen. Dieser Plan musste nach dem 1960 verabschiedeten Bundesbaugesetz in die Flächennutzungsplanung eingebunden werden, so dass fraglich wurde, ob die Stadt ohne Technischen Beigeordneten das Dilemma in den Griff bekommen würde. Viel zu spät wurde erkannt, dass eine von einer Flächennutzungsplanung losgelöste Stadtplanung in eine Sackgasse führen würde. Ebenso wurde offenbar, dass bis dahin keine Zusammenarbeit mit den regionalen Planungsgemeinschaften stattgefunden hatte, geschweige denn eine Stadtentwicklungsplanung im weiteren Sinn. Jetzt wurde der 10 Jahre zuvor in die Wege geleitete Altstadtsanierungsplan als monströse Fehlplanung entlarvt. Dennoch sollte die Altstadtsanierung wieder angekurbelt und durch Verkauf von Bauplätzen die

9 GRP 28.07.1959.

10 GRP 02.06. und 03.11.1960.

Fortführung der Baumaßnahmen in der Innenstadt finanziert werden.¹¹ Als Alternative für die Grabenstraße brachte die CDU die Idee des Ausbaus der Eduard-Breuninger-Straße ins Spiel, die von der Stuttgarter Straße bis zur Aspacher Brücke in beiden Richtungen befahrbar sein sollte.

Durch den neuen Stadtbaudirektor Fritz wurde erstmals ein Bericht über die Altstadtsanierung abgegeben, der auch kritische Töne enthielt. Allerdings wurden die von Erdle seit 1957 aufgestellten Bebauungspläne nicht angezweifelt, sieht man von der Rathausenerweiterung ab, weil der Raum inzwischen zu klein erschien,¹² um die Verwaltung für eine prognostizierte Einwohnerzahl von 40.000 unterzubringen. In diesem Zusammenhang zog der seit 1965 amtierende Oberbürgermeister Martin Dietrich die „beachtliche Leistungsbilanz“, nach der seit 1945 für fünf Millionen DM Häuser aufgekauft und abgerissen worden waren.

4. Generalverkehrsplan Backnang

Nachdem der Gemeinderat im April 1965 Hinterleitner mit der Ausarbeitung des Generalverkehrsplans „Fließender Individualverkehr“ beauftragt hatte, lag dieser zwar im Juli 1967 vor, wurde jedoch erst knapp fünf Jahre später dem Gemeinderat vorgestellt.¹³ Dieser Plan hatte allein den Aus- und Neubau von Straßen zum Ziel.¹⁴ Um die Entwicklung des Verkehrsaufkommens zu prognostizieren, orientierte sich Hinterleitner an den Parametern der Einwohnerzahl und Arbeitsplätze sowie der geschätzten Motorisierungsziffer für den Zeitraum 1980-1985 sowie einer „Endstufe“ nach dem Jahr 2000. Dabei wurden entsprechend den Vorstellungen des Planungsamts die Zunahme der Einwohner und Arbeitsplätze stark über- und die Entwicklung der Motorisierung beträchtlich unterschätzt.

Hinterleitner entwickelte vier Planungsfälle, denen umfangreiche Straßenbaumaßnahmen unterliegen sollten. Fall I sah den vierspurigen Ausbau der Achse Eduard-Breuninger-/Stuttgarter Straße bis zur Weissacher Straße vor, ebenso wie den der B 14. Erwünscht war ferner der vierspurige Ausbau aller Anschlussstraßen an die B 14, so der Aspacher-, Sulzbacher- und Stuttgarter Straße. Fall II sah ebenso eine neue vierspurige B 14 vor, ferner den Bau einer Murrbrücke von der Eugen-Adolff- zur Gartenstraße. Die für die Zeit nach 2000 erarbeitenden Fälle III und IV sahen unter anderem einen äußeren Ring um die Stadt sowie eine vierspurige Verbindung der Eugen-Adolff- zur Talstraße als 400 Meter lange Tunnelstrecke vor. Durch diesen Tunnel sollte die hohe Belastung der Stuttgarter Straße aufgefangen werden, wobei

11 GRP vom 7.3.1968, a.a.O.

12 Man ging von einem Bedarf von 24.000 Kubikmetern aus, wogegen der Bebauungsplan nur 15.000 erlaubte.

13 GRP 23.04.1970.

14 G. Hinterleitner, Generalverkehrsplan Backnang Teil I, Verkehrsanalyse fließender Individualverkehr 1967 sowie Teil II, Verkehrsprognose fließender Individualverkehr, April 1970.

– entsprechend den damaligen Rationalisierungsgedanken in der Verkehrsplanung
 – der Faktor Geschwindigkeit als Gradmesser für Ausbauprognosen verwendet wurde. Außen vor ließ Hinterleitner die Frage des ruhenden Verkehrs, der alle Maßstäbe gesprengt hätte.

Diesem Leitbild der „autogerechten Stadt“ erteilte Bürgermeister Dietrich allgemein eine Absage, doch die Praxis wurde eine andere. Um Zuschüsse nach dem 1971 verabschiedeten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu erhalten, sollten die radialen Einfallstraßen ausgebaut werden. Ein Fehler mit Folgen, denn dies verhinderte, dass man an die Planung eines den Stadtkern umgreifenden Straßenrings ging. Das weitere einseitige Ausrichten der Planung an den Erfordernissen des Verkehrs zeigte sich an der neuralgischen Achse Stuttgarter-/Marktstraße/Am Schillerplatz. Auch hier sollte mit staatlichen Mitteln eine autogerechte Lösung gefunden werden. Um den Verkehr in der Stadt fließen zu lassen, veranschlagte Dietrich für 1971 bis 1980 einen Investitionsaufwand von 40 Mio. DM für den fließenden und 30 Mio. DM für den ruhenden Verkehr.

Ein bezeichnendes Licht auf die kommunalpolitischen Strukturen und das vorherrschende Demokratieverständnis wirft dabei die Tatsache, dass der Gemeinderat erst im Januar 1971 zum Generalverkehrsplan Stellung beziehen konnte, was eine längst fällige Debatte angesichts vollendeter Tatsachen zur Farce werden ließ.

5. Das Prinzip „Urbanität durch Dichte“

1972 wurde das noch immer nicht ad acta gelegte Altstadtsanierungskonzept im Bereich Obstmarkt/Schwanen/Schillerstraße erneut verhandelt,¹⁵ worauf man die Rathuserweiterung aufgab und die Änderung des Bebauungsplans zugunsten eines Kerngebiets für gewerbliche Nutzung favorisierte. Vier Bauträgersgesellschaften wurden mit der Erstellung von Entwürfen für die Sanierung des Areals „Schwanen“ beauftragt. Auch Erdle lieferte im Auftrag der Kreisbaugenossenschaft Backnang einen Entwurf ab, der aber bei den Gutachtern durchfiel. Der Bereich „Schwanen“ wurde nach der Ersten Ölkrise realisiert.

Das Städtebauförderungsgesetz stellte gegenüber dem Bundesbaugesetz einen Fortschritt im Planungsinstrumentarium der Kommunen dar, dessen Vorteile sich auch die Stadt Backnang zu Nutzen machte, indem sie Mitte 1977 einen Sanierungsplan aufstellte, der faktisch die ganze Innenstadt umfasste. Doch noch ganz ihrem bisherigen Sanierungsdenken verhaftet, legte sie als Planungsbasis die 1958 aufgestellten Bebauungspläne zugrunde, wobei man ein als erstes Projekt die Errichtung eines Parkhauses in der Grabenstraße vorsah. Kurz zuvor war auf einem Teilbereich des Kaess-Geländes ein Einkaufszentrum der Kaufhalle AG errichtet worden. Voraussetzung

15 GRP 13.03.1972.

für den Bau der Kaufhalle und die Bezuschussung der Grabenstraße war die Schaffung von Parkflächen für den dortigen Zielverkehr. Im April 1978 wurde ein Parkhaus in unmittelbarer Nähe der Kaufhalle genehmigt.¹⁶ Impuls dafür war nach wie vor die Ansicht, die Grabenstraße gehöre zum peripheren Bereich der Altstadt. Durch den Bau der Kaufhalle und schließlich des Parkhauses wurden die Interessen der Firma Kaess befriedigt (vgl. Abb. 5).

Pikant ist dabei die von Bürgermeister Euerle an den Gemeinderat gerichtete Forderung, die Bauvergabe ohne Ausarbeitung von Plänen zu erteilen. Er erklärte dieses Vorgehen für unbedenklich, dabei wurde der Bau illegal auf einer Verkehrsfläche errichtet und musste nachträglich durch das Regierungspräsidium genehmigt werden. Die Stadt setzte bei diesem ökologisch sensiblen Projekt äußerlich Wert auf die Fassadengestaltung und ließ andere städtebauliche Parameter, wie eine Umweltverträglichkeitsprüfung, außer Acht. So konnte der Gemeinderat nur über die Gestaltung der Fassade entscheiden; von weiterer Planung blieb er ausgeschlossen. Die Eile erklärte Euerle damit, man würde bei längerem Warten staatliche Zuschüsse und damit das Projekt gefährden, da man sich mit anderen Städten in Konkurrenz befinde.¹⁷ Die Überlegungen zur Standortwahl in dem ehemaligen Handwerkerviertel lagen auch in den Faktoren Grundstücksgröße und Entfernung zur Fußgängerzone begründet, verbunden mit einer fußläufigen Anbindung an die Altstadt von nur 100 Metern.

Kaufhalle wie Parkhaus können als abschreckende Beispiele von Zweckbauten angesehen werden. Gerade weil diese im Vorfeld der zum Burgberg ansteigenden Altstadtbebauung liegen, stehen sie in starker visueller Beziehung zur mittelalterlichen Kernstadt. Der Wille, das Parkhaus verantwortungsvoll zu gestalten, um die Grabenstraße aufzuwerten, musste bloßes Bekenntnis bleiben, da dieser Beitrag zur „Unwirtlichkeit der Stadt“ als Fehler im Planungssystem selbst lag. Der gewünschte Bezug zur Altstadt ist durch die vorgelagerte Geschäftszeile nur Makulatur und verleiht dem Gebäude eine „Aura der Unehrlichkeit“, da sie im Gegensatz zur rückwärtigen Baumasse steht. Die Chance einer stadt- wie umweltverträglichen Lösung wurde verspielt. Funktional-wirtschaftliche Faktoren gaben gegenüber städtebaulich-gestalterischen wie ökologischen den Ausschlag.

Als erste Maßnahme der erhaltenden Innenstadtsanierung wurde pikanterweise mit dem Parkhaus der erste Abschnitt im Bereich der Grabenstraße gebildet, wofür der Bebauungsplan Schiller-/Grabenstraße/Murr neu festgesetzt wurde. Eine Bürgerbeteiligung fand nicht statt, weil sich die Planungsmaßstäbe „nur unbedeutend verändern würden“.¹⁸ Von dieser Entscheidung ging ein unheilvolles Signal aus, weil nun der Höhenentwicklung Tür und Tor geöffnet wurde. Flachdachbauten, in der Ära

16 GRP 20.04.1978.

17 Anlage zum GRP 20.04.1978.

18 GRP 21.12.1978.



Abb. 5: Parkhaus in der Grabenstraße 1983.

Klenk gewünscht und mindestens ebenso hoch errichtet wie traditionelle Giebelhäuser, konnten nun noch ein Dachgeschoss draufsatteln, so dass vielerorts der Eindruck einer Kaschierung entstand.

6. Wandel des Leitbildes. Erhaltende Stadterneuerung

1981 legte Baubürgermeister Paul Biber einen „Rechenschaftsbericht“ der Stadtplanung nach 1945 vor, der die Disparitäten in der Praxis zum Ausdruck brachte,¹⁹ indem er die Innenstadtrahmenplanung, die nun unter der Maxime „Erhaltende Stadterneuerung“ stand, als Trendwende bezeichnete. Die Sanierung des „Schwanenbereichs“ 1977 wertete er als Zeichen des Umdenkens.

Diese erste Sanierungsmaßnahme zur erhaltenden Stadterneuerung hatte zum ersten Innenstadtrahmenplankonzept geführt, welches 212 Gebäude innerhalb der Eduard-Breuninger- und Albertstraße, dem Schillerplatz, der Stuttgarter- und Marktstraße, dem Stiftshof und der Murr umfasste. Von den zumeist zwei- bis dreigeschossigen Gebäuden waren nur wenige als Bau- und Kulturdenkmale oder ortsbildprägend eingestuft. Im Sinne des Ensembleschutzes wurden der Marktplatz, die untere und obere Schillerstraße, die Uhland- und Marktstraße sowie die Verbindung Eduard-Breuninger-Straße/Schillerplatz als erhaltenswert angesehen. Die traditionelle „Dachlandschaft“ aber war vielfach schon mit hohen Flachdachbauten durchsetzt, so dass das historische Stadtbild in weiten Teilen nicht mehr vorhanden war. Bei Neubauten sollten die in der Umgebung vorherrschenden Gestaltungselemente berücksichtigt werden – eine Forderung, die in Bereichen, in denen keine traditionelle Bebauung mehr bestand, allerdings nicht mehr zu erfüllen war.

In gleichem Atemzug wurde ein geradezu konträrer Gedanke formuliert, nach dem in der Altstadt jede bauliche Nutzung möglich sein sollte. Die hohe Nutzung der

19 P. Biber; vgl. GRP 04.06.1981.

Grundstücke hinsichtlich der Geschoßflächenzahl wurde begrüßt, wobei das Parkhaus Vorbild für das Innenstadtkonzept sein sollte. Biber bezeichnete diesen Kubus als besonders gelungen, bei dem der Architekt es meisterhaft verstanden hätte, städtische Vorgaben „gestalterisch“ umzusetzen, so dass das Bauwerk den Altstadtcharakter ausgesprochen bereichern würde. Ein im Jahr 1981 durchgeführter und an die Bürger appellierender Fassadenwettbewerb vermochte Versäumnisse der Stadtplanung nicht zu heilen. Dasselbe gilt für den Versuch eines Fußwegesystems in Verbindung mit einer Grünordnungsplanung, in das die Murr integriert werden sollte. Inzwischen war man sich darüber im Klaren, dass der Innenstadtverkehr eingeschränkt werden müsse. Im Fall der Grabenstraße war diese Umdenkungsprozess allerdings noch nicht so weit. Noch immer rechtfertigte Biber diese „Stadtautobahn“ als Voraussetzung für den Innenstadtrahmenplan, so dass dieser tief im System verflochtene Faktor die weitere Planung dominierte. Dieselbe Denkhaltung begründete den Neubau der Sulzbacher Brücke. Deren Verbreiterung, durch die das stadtbildprägende Cafe Gebhardt am Eingang der Brücke verloren ging, hatte das Verkehrsaufkommen erheblich verstärkt. Wenig später musste die Fahrbahn an der unteren Schillerstraße wieder verengt werden, weil dort der Verkehr massiv mit dem Fußgängeraufkommen kollidierte.

Durch die veränderten baulichen Strukturen zeigten sich bald Segregationsprozesse und Abwanderungstendenzen der Bevölkerung, da die Altstadt durch den Trend zur Geschäftsnutzung als Wohnort nicht mehr attraktiv sein konnte. Die Ausweitung wirtschaftlicher Zentralität gegenüber der Bewahrung städtebaulicher Strukturen wurde weitgehend kritiklos durchgesetzt und führte zu einer inkonsequenten Haltung gegenüber Investoren, denen weitreichende Zugeständnisse bei den Bebauungsplänen zuteil wurden. Die Aufstellung des Innenstadtrahmenplans im Jahr 1977 hatte wenig bewirkt und wurde dem Anspruch auf Erhaltung des historischen Stadtbilds nicht gerecht, so dass Bibers Leistungsbilanz spärlich ausfällt. Es wurde im Gegenteil weiter das Anwachsen von Gewerbeflächen auf Kosten des Wohnbereichs gefördert, was zunehmend gewachsene Strukturen sprengte. Lediglich die „nachsorgenden“ staatlich geförderten Projekte Fußgängerzone und das Wohnumfeldprogramm sind positiv zu verbuchen.

Um die Notwendigkeit des Denkmalschutzes aufzuzeigen und eine Argumentationsbasis für kommende Jahre zu erhalten, legte Planungsamtsleiter Reginald Kunzelmann dem Gemeinderat eine Statistik vor, nach der von den 1945 in der Innenstadt sich befindlichen 430 Gebäuden bis zum Jahr 1984 240 Gebäude, also 55% Bestands, abgerissen wurden.²⁰ Über 70 Gebäude wurden dabei der Verkehrsplanung geopfert. Diese Dokumentation zeigt, dass man auch in der Stadt Backnang erst mit dem Wandel des Zeitgeistes im Zuge des „Europäischen Denkmaljahres 1975 bereit war, das bauliche Kulturgut vor dem eigenen Zugriff zu schützen.

20 R. Kunzelmann, *Baufibel der Stadt Backnang für den Bereich der Innenstadt*, Backnang 1982.

Dies wird deutlich an der Untersuchung zur Sanierung der Innenstadt vom September 1986,²¹ nachdem die Stadt in das von Bund und Land geförderte Stadterneuerungs-Programm aufgenommen worden war. Vorausgegangen war ein Verkehrsgutachten des Aalener Büros Brenner & Münnich, das den Inneren und Äußeren Ring optimieren sollte, um die Innenstadt auch vom ruhenden Verkehr zu entlasten. Das großflächige und auf zehn Jahre angelegte Vorhaben sollte sich auf den Bereich Wohnen im Stadtkern konzentrieren, in dem sich der Bevölkerungsanteil seit 1974 um 23 Prozent verringert hatte. Ferner wurde ein Rückbau des gestörten Bauformenspektrums gefordert. Als beispielhaft hierfür wurde die Erhaltungssatzung des Regensburger Sechs-Punkte-Programms zur Altstadtentwicklung angesehen. Der zu hohe Anteil von 54% Gewerbeflächen in der Innenstadt spiegelte die zu hohe Zentralität des Dienstleistungssektors wider, so dass hier ein dringender Handlungsbedarf erkannt wurde.

Der ab 1958 in Gang gesetzte Verdrängungswettbewerb hatte die Kernstadt Backnang zu einer einseitig genutzten Geschäftsfläche zweckentfremdet, auf welcher entsprechend früherer Planungen der Autoverkehr dominierte. Eine Ortsbau- und Erhaltungssatzung, bei der der tertiäre Sektor nicht auf Kosten des Wohnens hätte wachsen dürfen, hätte das Problem entschärft. Durch Grundmuster einer additiven Ordnung kleiner Parzellen hätte sich auch das „Karussell“ von Nutzung, Brache, Neunutzung etc. verlangsamt und der spekulative Verwertungsprozess von Immobilien wäre gemildert worden.

21 *Landsiedlung Stuttgart / P. Hövelborn Peter*, Vorbereitende Untersuchung zur städtebaulichen Sanierungsmaßnahme Innenstadt Backnang, Stuttgart 1986.

BESPRECHUNGEN

FRANZ ALTO BAUER, *Das Bild der Stadt Rom im Frühmittelalter. Papststiftungen im Spiegel des Liber Pontificalis von Gregor dem Dritten bis zu Leo dem Dritten*, Wiesbaden: Dr. Ludwig Reichert Verlag 2004 (*Deutsches Archäologisches Institut Rom Palilia 14*), 252 S., 97 Abb., 29,80 Euro.

Die Untersuchung ist als Habilitationsschrift an der Universität Basel angenommen worden. Der Verf. hat sie als Stipendiat an der Bibliotheca Hertziana und als Referent für Spätantike und Frühmittelalter in der Abteilung Rom des Deutschen Archäologischen Instituts und damit in täglicher Anschauung der Thematik seiner Untersuchung angefertigt. Das erste Kapitel widmet er den spätantiken und frühmittelalterlichen Rombeschreibungen, wobei er auch die Inschriftensammlungen des Frühmittelalters mit berücksichtigt. Im zweiten Kapitel stellt er den Liber Pontificalis als Quelle der Kunstgeschichte dar. Danach behandelt er die sieben Papstvitae dieser Quelle von Gregor III. bis zu Leo III. Er geht also auf den Zeitraum von 731 bis 816 ein. Das vierte Kapitel befasst sich mit der sich in diesem Zeitraum wandelnden päpstlichen Selbstdarstellung und Politik, die unter Gregor III. noch verhalten spürbar war, als der römische Märtyrerkult demonstrativ in der Peterskirche institutionalisiert wurde. Sein Nachfolger Zacharias ließ den aus der Ostkirche kommenden Hl. Georg in Rom einführen; und in der Laurentiuskapelle im Lateran etablierte sich eine Sammlung von Christusreliquien, die in Konkurrenz zu jener im Kaiserpalast von Konstantinopel zu sehen war. Das Unabhängigkeitsstreben der Päpste wurde ikonographisch in der Betonung der Maria Regina und in der Übernahme imperialer Repräsentationsmedien sichtbar. So gab es eine eigene Münzprägung seit Hadrian I. Das Kreuz als Siegeszeichen kam unter

Stephan II. Neben diesen statischen Eindrücken trat der Papst auch als Hauptakteur des frühmittelalterlichen Roms mit Peterskirche und Lateranpalast auf. Letzterer wurde mehr und mehr zu einer Residenz, die dem Kaiserpalast in Konstantinopel an die Seite trat, während die Liturgie der Messe Elemente des kaiserlichen Hofzeremoniells aufnahm. Die fehlende politische Sicherheit wies dem Papst seit Mitte des 8. Jahrhunderts dann den Weg zum Bündnis mit den Franken. Das fünfte Kapitel ist dieser Verbindung gewidmet. Wie auch die Abfolge der Papstvitae im Liber Pontificalis die Entwicklung auf ein unabhängiges Papsttum hin aufzeigt, das unter dem Schutz des Frankenherrschers stand. Die Angaben des Liber Pontificalis werden von anderen Quellen bestätigt. Heilige haben in diesem Prozess eine wesentliche Rolle gespielt. Sie waren die politisch-liturgischen Instrumente zur Sicherung der päpstlichen Unabhängigkeit und des Bündnisses mit den Franken, das dadurch als gottgewollt dargestellt und betrachtet wurde. Aus diesem Grund wendet sich der Verf. der Rolle der Heiligenreliquien im frühmittelalterlichen Rom des 6. Jahrhunderts zu. Die Heiligengräber waren in Rom lange Zeit sakrosankt geblieben und Translationen sowie Manipulationen an den Grablagen unterblieben. Jedoch erfolgten um 600 Umbauten in St. Peter, St. Paul und anderen Märtyrerbasiliken, um die Zugänglichkeit zu den Gräbern zu verbessern. Im Lauf des 7. Jahrhunderts begannen – anfänglich wohl zur Sicherung – Translationen von Heiligengebeinen, die in der Mitte des 8. Jahrhunderts weiter zunahmen. Die Translationen verlagerten die Heiligenverehrung in die Kirchen der Stadt oder nach St. Peter, die damit als Besucherziele die extraurbanen Heiligengräber ablösten. Die Reliquien verloren ihre Ortsbindung und wurden zur verfügbaren Dispositionsmasse. Sie wurden durch ihre Translationen ins Frankenreich auch politisch instrumentalisiert. Dabei veränderte sich auch das Pilgerwesen, da die Heiligen jetzt in Sammelbestattungen innerhalb der Mauern der Stadt anzutreffen waren. Das Band der

Päpste und der Heiligen zueinander wurde aber damit enger. Das siebte Kapitel der Arbeit ist „Rom als Pilgerziel“ gewidmet. Nachdem unter Papst Zacharias der Lateran ausgestattet worden war, folgte unter Stephan II. und Paul I. St. Peter, in dem neben dem hl. Petrus auch der Papst residierte. Mit dem *Liber Pontificalis* wurde die Kunde vom Reichtum an Heiligen und die päpstliche Sorge gegenüber Gräbern und Kirchen der Heiligen verbreitet, eine Kunde, die Pilger anzog. Im Anhang wird Inhalt und Aufbau der Papstvitae im *Liber Pontificalis* dargelegt. Der Band schließt mit einem umfangreichen Literaturverzeichnis. Er ist eine herausragende Darstellung für die frühmittelalterliche Geschichte Roms, die zu vielen Problemen einen neuen Weg schafft. Das frühmittelalterliche Rom erscheint jetzt nicht mehr als „caput mundi“, sondern als „caput ecclesiae“.

Immo Eberl, Ellwangen / Tübingen

MICHAEL BRIX, *Der Barocke Garten. Magie und Ursprung, André le Notre in Vaux Le Vicomte, Stuttgart: Arnoldsche Verlagsanstalt 2004, 191 S., überwiegt. ill., 39,90 Euro.*

Als ich das Buch von Michael Brix über den Barocken Garten von Vaux le Vicomte zum ersten Mal in der Hand hatte, dachte ich: Schade, noch ein coffee-table-book! Angesichts der exzellenten Abbildungen (nach Fotos vom Verfasser), die zeigen, wie im Park von Vaux le Vicomte das Thema „Kunst und Natur“ variiert und an die Präsenz alter Mythen in jeweiliger Gegenwart erinnert wird, tauchte zweitens die Denkfigur von „Kunst und Utopie“ auf. Aber welche und wessen Utopie wäre es gewesen, die bewirkte, dass ungefähr eine Tagesreise östlich von Paris zur Mitte des 17. Jahrhunderts mehrere Höfe und Siedlerstellen nieder-

gelegt, ein Gewässer umgeleitet und riesige Erdmassen bewegt wurden? Um es vorweg zu sagen, die entscheidenden Personen, Nicolas Fouquet als Bauherr und André Le Notre als Gartenarchitekt, bleiben in diesem ansonsten sehr farbigen Buch erstaunlich blass, obwohl ihnen jeweils ein eigenes, knappes Kapitel gewidmet ist. Und während die faszinierende Gartenkunst des 17. Jahrhunderts von Michael Brix immer virtuoser ins Bild gesetzt wird, verflüchtigt sich zunehmend der Gedanke an eine Utopie, denn hinter der beispielhaften Zivilisierung einer ländlichen Wildnis mit Hilfe von Planung, Mechanik und Schönheit und in der grandiosen Inszenierung von Herrschaft über Raum und Zeit auf der Grundlage reicher Imagination und kühler Berechnung tauchen immer deutlicher als initiiierende Motive das Fortschrittsdenken und das Machtgefüge des Absolutismus auf.

Schloss und Park von Vaux Le Vicomte veranschaulichen exemplarisch das diffizile Verhältnis von Kunst und Politik. Auch Michael Brix kann die politische Rancune nicht übergehen, die sich so spektakulär mit der Geschichte von Schloss und Garten in Vaux Le Vicomte verbindet. Aber im Mittelpunkt des Buchs stehen Analyse, Beschreibung und Erklärung eines Gartens im „großen Stil“: des strengen, in die Fläche ausgreifenden Parks, der frei ist von malerischen Szenerien, stattdessen geprägt ist von einer präzisen Geometrie, von den kleinen und großen Perspektiven, von verwirrenden optischen Effekten und mythischen Gestalten, darunter janusgesichtige Statuen (Brix verwendet die alte Bezeichnung Terme). Im Park von Vaux Le Vicomte lässt sich ein anregendes Wechselspiel von Verbergen und Enthüllen, ein Abtauchen ins „Reich der Flussgötter“ und die Magie der optischen Täuschung erleben. Das Buch macht neugierig. Text und Bilder ergänzen sich.

Das Schloss und der Park von Vaux Le Vicomte waren stilprägend. In der europäischen Bau- und Kunstgeschichtsschreibung sind sie ähnlich präsent wie das Colosseum in Rom oder Notre Dame de Paris. Vaux Le

Vicomte ist aber nicht nur faszinierende Realität, sondern fast schon ein Mythos seiner selbst. Schloss und Park bieten reichlich Stoff für Deutungen über Macht und Natur. Simon Schama (*Der Traum von der Wildnis - Natur als Imagination*, 1996) erinnert irrtümlicher Weise an die Wirkung, die die Statue des Herkules am Ende der Haupt-Sichtachse - (eine seitenverkehrte Kopie nach antikem Vorbild, die erst Ende des 19. Jahrhunderts aufgestellt wurde) - hätte möglicherweise auf den jungen Ludwig XIV. ausüben können, um auf die fatale Selbstüberschätzung des Nicolas Fouquet hinzuweisen. Auch Marie Luise Gothein (*Geschichte der Gartenkunst*, 1. Ausg., 1926, Bd. 2) widmete dem Park mehrere Text- und Abbildungsseiten. Sie merkte an, dass man auf der Schlossterrasse stehend aus der Weite des Parks heraus das breite Band des Kanals aufblitzen sehe. Zwar bin auch ich noch nicht durch den Park spaziert (nur ein Rütteln an den Eingangsgittern war mir bisher vergönnt), aber dass es unmöglich ist, was Gothein beschreibt, weiß ich, seit ich Text, Bilder und Geländeschnitt im Buch von Michael Brix studiert habe. Insofern ist es nur konsequent, dass er nicht nur den Park in seinen vielen Facetten und aus verschiedenen Perspektiven erklären will, sondern ebenfalls beabsichtigt, Geschichtchen und Fehldatierungen, die über den Park kursieren, richtig zu stellen. Dies ist gelungen, denn Brix geht gründlich vor, nutzt bisher vernachlässigte Quellen und kann im Ergebnis sowohl eine Chronologie der Planung und der Realisierung vorlegen als auch definitiv André Le Notre als den verantwortlichen Gartenarchitekten identifizieren, der von Beginn an in die Arbeiten für Vaux Le Vicomte einbezogen war. Mit der Chronologie ziemlich am Schluss des Buches wandelt sich das anspruchsvolle coffee-table-book endgültig zu einer Art poetischem Gutachten zur Gartendenkmalpflege. Für mich ist das Werk Anlass, bei der nächsten Fahrt durch Frankreich unbedingt einen Tag für Vaux le Vicomte einzuplanen. Das Buch von Michael

Brix werde ich dann als Führer durch den Park benutzen.

Renate Kastorff-Viehmann, Bad Schwartau / Dortmund

HEINZ GÜNTER HORN / HANSGERD HELLENKEMPER / GABRIELE ISENBERG / HARALD KOSCHIK (Hrsg.), *Stadtentwicklung und Archäologie, Essen: Klartext 2004 (Schriften zur Bodendenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen 7), 206 S., 169 Abb., 17,50 Euro.*

Hinter dem recht allgemein gefassten Titel „Stadtentwicklung und Archäologie“ verbirgt sich eine „archäologische Bestandserhebung“. Diese war Forschungsprojekt der amtlichen Bodendenkmalpflege bzw. der örtlichen Stadtarchäologie in Nordrhein-Westfalen. Die Erhebung wurde als Schwerpunktprojekt im Rahmen der jährlichen Denkmalförderungsprogramme durchgeführt.

Der Band umfasst sieben Beiträge verschiedener Autoren, wobei vier der Beiträge der allgemeinen Thematik – der Bodendenkmalpflege und der archäologischen Bestandserhebung in der historischen Stadt – gewidmet sind. Als Projektbeispiele werden besonders die Städte Aachen, Bedburg, Essen, Köln, Minden, Soest, Stolberg, Tecklenburg und Xanten vorgestellt. Speziellere Beiträge beziehen sich auf den Rheinauhafen in Köln, den „Digitalen archäologischen Schichtenatlas Köln“ und die Archäologie im Rahmen der Stadtentwicklung in Soest. In einem ersten allgemeineren Beitrag verdeutlicht H.G. Horn die Bedeutung von Archäologie und Bodendenkmalpflege für die Geschichtlichkeit der Stadt. Er bedauert die stetig voranschreitenden zerstörerischen „Eingriffe in das Bodenarchiv originaler Zeugnisse der Orts- und Kulturgeschichte“.

Aufgabe der Bodendenkmalpflege und besonders der stadtarchäologischen Forschung

ist es, bei der unwiederbringlichen Beseitigung der über Jahrhunderte im ungestörten Boden bewahrten Funde und Befunde, diese, wenn schon nicht erhaltend, so aber doch sachgerecht dokumentierend, restaurierend oder auch rekonstruierend zu erschließen und stadtgeschichtlich auszuwerten. Zumal es sich ja meist um den letztmaligen Bodendenkmalbeweis historischer Sachkultur handelt.

Die denkmalpflegerisch systematisch konzipierte archäologische Bestandserhebung als bestandssichernde Prospektion in den Städten des Landes ist eine ganzheitlich effiziente Erfassung und technisierte Dokumentation. Diese soll über den noch vorhandenen bzw. über den noch ungestörten archäologischen Bestand in historischen Stadtkernen Gewissheit verschaffen. Ein Ziel ist es, rechtzeitig und effektiv bei Bauvorhaben einzugreifen zu können, um so auch archäologische Areale zu bewahren. Die Bestandserhebung vermittelt als „eivernehmliches Instrument“ im Rahmen von baulichen und planerischen Prozessen eine vermehrte planerische Sicherheit. Dies geschieht durch Vorgaben archäologischer Daten im Planungs- und Abwägungsprozess. Zu erreichen ist – aus der Sicht der Denkmalpflege – eine Wertschätzung der Bodendenkmäler und eine Anerkennung denkmalpflegerischer Belange durch gut recherchierte und schon vorab begründete Fachkenntnisse und Planungsunterlagen.

Allgemein wie auch mit den gut belegten Beispielen wird deutlich, dass die Zielsetzung einer archäologischen Bestandserhebung weit über ein Fundstättenverzeichnis oder Kellerkataster hinausgeht. Indem ein Befundbild durch eine flächenhafte Erfassung der gesamten noch vorhandenen archäologischen Substanz im Bodenarchiv zur Verfügung gestellt wird, ergibt sich ein Instrument für Stadtplanung und Stadtentwicklung. Grundlegend sind auch die Erkenntnisse und Vorgaben, die sich für Planungsentscheidungen aus archäologischen Befunden ergeben. Historisch angelegte Grundrissstrukturen lassen sich so

etwa in die weitere Entwicklung einer Altstadt integrieren.

Informativ von J. Eberhardt und N. Schöndeling umrissen wird die Entwicklung bodendenkmalpflegerischer Erhebungen in Nordrhein-Westfalen seit dem Denkmalschutzgesetz von 1980. Diese reicht von der Schnellinventarisierung (1982 ff.) über das Altstadtkataster (1989 ff.) von 166 Städten des Landes bis hin zum gemeinsamen Forschungsprojekt „Archäologische Bestandserhebung in den Städten Nordrhein-Westfalens“ (1988/89 ff.) des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege und des Amtes für Bodendenkmalpflege des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Mit der Bestandserhebung einher geht eine „Verlustflächenkartierung“, die weitgehend auf der Erfassung der bisherigen städtebaulichen Entwicklung basiert. Die Gegenüberstellung ermöglicht es, potentielle archäologisch relevante Flächen herauszustellen.

Unter dem „Arbeitskreis historische Stadtkerne“ sind dann die Bearbeitungen der Städte Stolberg (1991) und in unmittelbarer Folge Tecklenburg, Freudenberg, Bedburg und Soest in Angriff genommen worden. Es folgten dann Untersuchungen in Detmold, Warburg, Wiedenbrück und Paderborn. Ein Vorläufer stadtarchäologischer Untersuchungen und Bestandserfassungen war in Nordrhein-Westfalen die Stadt Minden (1974 ff.), die beispielgebend wurde für Aufgaben, Methoden und Ergebnisse stadtarchäologischer Denkmalpflege überhaupt (G. Isenberg). Der Anspruch des „Schutzes des Bodendenkmals Stadt“ befindet sich in einer beständigen „Auseinandersetzung“ mit der „Verfügbarkeit städtischen Raumes“.

Die Beiträge des Bandes stellen Ziele, Entwicklung, Ergebnisse und Bedeutung der planungsorientierten archäologischen Bestandsaufnahmen vor. Behandelt werden Planungsvorgaben der Bodendenkmalpflege, die für Sanierung und Neubau im Bereich von Altstädten von Bedeutung sind. Die umfassend dargestellten Arbeitsansätze und Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen nehmen eine führen-

de Stellung ein und dürften auch andernorts beispielhaft sein. Allerdings hat sich gezeigt, dass das Arbeitsziel nur in Auswahl und nur über eine längere Zeit hinweg erreicht werden kann. Bisher sind für das Rheinland 39 Erhebungen und 18 Kellerkataster abgeschlossen worden. Die Ergebnisse sind vorbildlich und beachtlich. Die angestrebte Durchführung verlangt jedoch einen beträchtlichen Arbeitsaufwand. Die allgemeinen Erkenntnisse aus diesem dokumentierenden Band dürfen für jeden Bereich denkmalpflegerischer Arbeit in einer alten Stadt generelle Beachtung beanspruchen. Die überwiegend farbige Bebilderung, die historischen und aktuellen Pläne, die allgemein-methodische Betrachtungsansätze und die einschlägigen Literaturhinweise machen den Band zu einer hilfreichen Arbeitsgrundlage für alle weiteren Forschungen und Planungen.

Dietrich Denecke, Göttingen

JEFFREY W. CODY, *Exporting American Architecture. 1870-2000, London: Routledge 2003 (Planning, History and the Environment Series), XVIII, 205 S., 162 Abb., 48,95 \$.*

Die Entwicklungsgeschichte der globalen Ausbreitung und des weltweiten Exports US-amerikanischer Baukonstruktion, Bauwirtschaft und städtebaulicher Entwürfe wird im vorliegenden Band von dem international ausgewiesenen amerikanischen Architektur- und Planungshistoriker und speziellen Sachkenner Jeffrey W. Cody erstmalig übersichtlich und grundlegend im Zusammenhang dargestellt. Die Entwicklung der expansiven technologischen und marktwirtschaftlichen, von den USA ausgegangenen Initiativen wird in sechs charakteristische Phasen eingeteilt, die auch als solche anschaulich und mit treffenden Beispielen belegt in den jeweiligen Ausführungen hervortreten. Bemerkenswert ist der

integrative Betrachtungsansatz jeweils moderner technischer Entwicklung und Produktion exportfähiger Baukonstruktionen und Bauelemente im Zusammenhang mit der Organisation und Bedeutung von Marktmechanismen. Von den USA ging letztlich auch das weltweite Propagieren städtebaulich wirksamer Entwürfe für die Konstruktionen von Großbauten aus. Baulicher Entwurf, Technologie der Produktion, Marktorientierung und Zielorte der Nachfrage sind die wesentlichen durchgehend verfolgten Themenbereiche. Deutlich werden die strukturellen Zusammenhänge dieser im weltweiten Städtebau raumwirksamen Prozesse, die von der expandierenden amerikanischen Wirtschaftsmacht im „amerikanischen Jahrhundert“ ausgegangen sind. Grundlage der Studie sind nicht nur die eigenen konkreten Anschauungen, die der Verf. vornehmlich aus dem amerikanischen und asiatischen Raum gewonnen hat, sondern auch seine umfangreichen Kenntnisse der Literatur (ausführliche Bibliographie!). Sehr instruktiv ist auch die Auswertung der frühen Fachzeitschriften (u.a. „Architectural Review“, „The American Exporter“). Hieraus stammen große Teile der Abbildungen und Zitate. Es werden verschiedene Entwicklungsphasen und Entwicklungsschübe herausgestellt.

Um 1875 beginnen Entwicklung und Export von Brücken. Sehr bald schon folgen Stahlskelettbauten und Bauteile für Hochhäuser. Zwischen 1900 und 1920 übernimmt man die technische Führung von Großbauprojekten im Kontrakt in Mittel- und Südamerika, Afrika und Südostasien. Die führenden Architekten werden zu dieser Zeit noch häufig in Europa ausgebildet, besonders an der „École des Beaux-Arts“ in Paris. Danach werden Baufachleute und Architekten aus den USA mit Großbauprojekten in entfernten Ländern tätig. Es entstehen zwischen 1918 und 1930 etwa Bank- und Verwaltungsgebäude in Argentinien, China und im Orient. In den Jahren von 1920 bis 1945 erfolgt der „Export“ der amerikanischen City und Metropolis. Der Hochhausbau gilt als Paradigma für den bautechno-

logischen und städtebaulichen Fortschritt, der bis nach Lateinamerika, Russland und China ausgreift. Aufbauhilfen und Marktchancen boten sich danach in den Städten Europas und in den aufstrebenden Zentren des mittleren Ostens und Asiens. Von 1975 ab gibt es bis heute eine Durchsetzungsposition im Neubau städtischer Zentren in amerikanischen Größenordnungen, die mit Technologien und in Kooperation mit amerikanischen Architekten und Firmen vornehmlich in Asien verwirklicht werden.

In der ersten Phase gaben die internationalen Großausstellungen „Philadelphia Centennial Exposition“ (1876), „Chicago Columbian Exposition“ (1893) und die Weltausstellung in Paris (1900) wesentliche Impulse. Es gab für die Amerikaner zu dieser Zeit durchschlagende Erfolge, wie etwa den Export und den Aufbau der Atbara-Eisenbahnbrücke in Khartoum/Sudan (1899), der in nur neun Monaten erfolgt ist. Die Skelettbauteile der Firma Milliken Brothers Corporation (New York) waren so erfolgreich, dass die Firma Vertretungen in London, Mexiko, Havanna, Kapstadt, Johannesburg, Honolulu und Sidney unterhalten konnte. Als weiteres Beispiel sei der von Alfred Zucker konstruierte Hochhaus-Skelettbau in Buenos Aires (Plaza Hotel) genannt. Interessanterweise werden Fertighäuser, die man für die Sklavenquartiere der Plantagen nach Mittelamerika und in die Südstaaten lieferte, als Vorläufer vorgestellt. Bei den genannten Projekten werden vor allem die initiiierenden Akteure hervorgehoben: Architekten, Städtebauer, Fachinstitutionen, Produktions- und Exportfirmen von Eisen- und Stahlkonstruktionen. Die einzelnen Initiativen werden vor dem Hintergrund der Entwicklungs- und Wirtschaftschancen der Zeit diskutiert. Zur Sprache kommen Themen wie etwa weltweite Bedarfslücken, Nachfrage, technologischer Wettlauf oder Konkurrenzkampf. Die künstlerischen, die kunsthistorischen und die stilistischen Seiten der städtebaulichen Architektur, die man vielleicht erwarten möchte, treten in der Betrachtung kaum hervor. Dies

wäre ja auch eine recht andere und eigene Perspektive, deren Fehlen dem gezielt technik- und wirtschaftsgeschichtlichen Ansatz der Darstellung durchaus zu Gute kommt. Beziehungen zu Deutschland finden sich nur am Rande; so wird auch deutsche Literatur nicht mit einbezogen. Dies ist sicherlich eine der Lücken in der Behandlung des Themas, vor allem auch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Es wird damit aber auch deutlich, dass der amerikanische Einfluss auf die Architektur des deutschen Städtebaus durch eine historisch bedingte und kulturell etablierte Eigenständigkeit weitgehend erst nach dem Zweiten Weltkrieg in einzelnen Großstädten eingesetzt hat. Dies gilt auch wesentlich für andere europäische Länder. Die 50 Jahre der Nachkriegszeit sind proportional sicher nicht genügend bearbeitet worden. Die Bedeutung der direkten und indirekten amerikanischen Einflüsse und Aktivitäten auf die architektonische Gestaltung der Städte in der Welt wird nicht ausdiskutiert. Dies ist bei einem Gesamtüberblick aber auch kaum möglich. Ein besonderer Wert des Bandes liegt in der Erarbeitung der vorangegangenen Entwicklungsphasen. Das konzeptionell angestrebte Ziel der Darstellung ist es, die Wurzeln der exportierten und transferierten Technologien US-amerikanischer Machart im Großbau-sektor aufzudecken. Sie sind Teil der jüngeren Phänomene, die wie der beherrschende amerikanische Außenhandel zur allgemeinen Globalisierung auch im städtebaulichen Kontext geführt haben. Erschienen ist der Band in der führenden internationalen planungsgeschichtlichen Reihe „Planning, History and the Environment“, in die bereits manch andere bedeutende Werke und Sammelbände zur Geschichte der Planung der modernen Stadt aufgenommen worden sind. Das Werk von Cody ist ein gelungenes Standardwerk zur weltweiten Ausbreitung US-amerikanischer Baukonstruktion und Baukultur in den Zentren großer Städte. Es könnte dazu anregen, auch den von England und Deutschland ausgehenden globalen Einflüssen in Architektur und

Städtebau einmal grundlegend, systematisch und anschaulich nachzugehen, um dem Einflusszentrum Amerika die europäischen Diffusions- und Wirtschaftszentren im Bausektor an die Seite stellen zu können.

Dietrich Denecke, Göttingen

KURT GROBECKER, *Hafen Hamburg. Sechs Jahrzehnte Erfolgsgeschichte, mit Beiträgen von Franz Kalischer u.a., Hamburg: Koehlers Verlagsgesellschaft, 2. überarb. und erw. Aufl. 2004, 240 S., zahlr. Abb., 39,80 Euro.*

In Hamburg haben große Visionen eine lange Tradition. Vor 125 Jahren, nach dem Zollanschluss an das Deutsche Reich, wurden mit dem Freihafen und der Speicherstadt die Grundlagen für die Entwicklung der Elbmetropole zu einer der reichsten Städte Europas geschaffen. 20.000 Menschen, überwiegend Hafenarbeiter und ihre Familien, verloren damals ihr Zuhause.

Derzeit wird in der Hansestadt wieder an der Umsetzung einer großen Vision gearbeitet: Entgegen dem allgemeinen Schrumpfungstrend hat sich Hamburg das Leitbild der „Wachsenden Stadt“ gegeben und versucht nun, mit Hilfe eines ambitionierten Stadtentwicklungsprogramms den jahrzehntelangen Abwanderungsstrom ins Umland zu bremsen und die Zuwanderung zu fördern. Der Hafen spielt dabei erneut die Hauptrolle. Mit dem Großprojekt „Hafen-City“, dem „größten innerstädtischen Stadtentwicklungsprojekt Europas“ (Hafen-City GmbH), soll die Stadt an die Elbe zurückkehren. In den kommenden fünfzehn Jahren entsteht hier ein neuer Stadtteil für 12.000 Einwohner mit 20.000 Arbeitsplätzen und kulturellen Einrichtungen. Mit der Aufwertung seiner Hafen- und Bahnflächen reiht sich die Stadt ein in die Riege der auf eine nachhaltige Stadtentwicklung setzenden „Pionierstädte des 21. Jahrhunderts“.

Mit dem „Sprung über die Elbe“ will sich die Stadt zudem ihren südlichen Problemvierteln zuwenden. Und schon folgt die nächste Vision: Der Hafen, einer der wenigen noch wachsenden Wirtschaftsstandorte Deutschlands, soll Rotterdam von der Spitzenposition in Europa verdrängen.

Kurt Grobecker, ehemals Redakteur beim NDR, beschreibt in seinem Buch sechzig Jahre Hafengeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei der Veröffentlichung handelt es sich um die aktualisierte Neuauflage der bereits 1985 erschienenen „Skizzenblätter der Nachkriegsgeschichte“. Seitdem haben die Wiedervereinigung und die Erschließung neuer Märkte in Osteuropa und Asien erheblich zur weiteren Expansion des Hafens beigetragen. Zudem wurden im vergangenen Jahr dessen Organisationsstrukturen durch die Gründung der privatwirtschaftlich arbeitenden „Port Authority“ reformiert. Die Verwaltung des Hafens soll damit unabhängiger von der Politik agieren, schnellere Entscheidungen treffen und die Interessen Hamburgs in Brüssel effektiver vertreten (S. 235-236).

Grobecker verbindet die Entwicklungsgeschichte des Hafens mit Aspekten der allgemeinen Geschichte der Stadt und ergänzt sie durch Berichte von Zeitzeugen. Dabei handelt es sich vor allem um Weggefährten Grobeckers aus Politik und Wirtschaft, wie der Hafenbaudirektor Hans Laucht oder der ehemalige Wirtschaftssenator Helmuth Kern – Akteure also, die an der Entwicklung des Hafens maßgeblich beteiligt waren. Etwas in den Hintergrund geraten dabei die Arbeiter und einfachen Angestellten. Der reich gebildete Band bietet in erster Linie eine Darstellung der „großen Entscheidungen“ und der technischen Innovationen – eine „Erfolgsgeschichte“, wie auch der Untertitel verspricht. Zudem hält Grobecker nicht zurück mit Werbung für die im Hafen ansässigen Betriebe, allen voran die senatseigene Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG (HHLA), deren langjähriger Pressesprecher er war oder die bedeutendste Hamburger Werft, Blohm + Voss, die 2002 ihr

125jähriges Jubiläum feierte. Das Buch richtet sich an eine breite Leserschaft und verzichtet daher auf einen wissenschaftlichen Apparat.

Ganz ohne eine Schilderung der Hafendarbeiter und ihrer Arbeitsbedingungen kommt aber auch dieser Band nicht aus. In den ersten Nachkriegsjahren bedeutete Hafendarbeit vor allem schwere körperliche Arbeit für wenig Lohn bei mangelhafter Ernährung und schlechter Kleidung. Technische Hilfsmittel gab es, außer Sackkarren, kaum. Der Hafen selbst war 1945 durch mehr als 3.000 Wracks blockiert. Anfängliche Demontagen, Material- und Geldmangel, eine ungenügende infrastrukturelle Anbindung und die teilungsbedingt weggebrochenen Märkte machten Hamburg zu schaffen. 1949 erreichte der Umschlag erst ein Drittel der Vorkriegsmenge (S. 33). Ein schneller Wiederaufbau genoss bei den Alliierten zunächst auch keine Priorität. Die 1950er und frühen 1960er Jahre waren geprägt von dem Wiederaufbau der Anlagen und einem verhaltenen Aufschwung. Doch noch 1964 mussten 16% der Investitionen für die Beseitigung von Kriegsschäden ausgeben werden (S. 85).

Ende der 1960er Jahre begann mit der Industrialisierung des Warenverkehrs eine neue Epoche: Fortan bestimmten Container und gigantische Containerbrücken das Bild. Da die bestehenden Anlagen den neuen Anforderungen nicht genügten, entstanden riesige Terminals, wie am Burchardkai. Die Produktivität stieg gegenüber der manuellen Arbeit um das achtfache, viele Beschäftigte hingegen wurden ein Opfer der Rationalisierung. Zwischen 1957 und 1997 sank die Zahl der Hafendarbeiter von 18.000 auf 6.500. Die Fotos zeigen nun kaum noch Menschen, stattdessen endlose Reihen von Containern oder Stahlrohren und Berge von Kohle oder Erz, dazu die gewaltigen Krananlagen.

Hamburg konnte sich nur durch eine Politik der konsequenten Modernisierung gegenüber der Konkurrenz im eigenen Land (Bremen) und im Ausland (Rotterdam) behaupten, beispielsweise durch die regelmäßige Vertiefung der Elbe oder den Ausbau der

Radarüberwachung. Der schnellere Umschlag und die verkürzten Liegezeiten der Schiffe hatten zur Folge, dass die Seeleute nun kaum noch Zeit hatten, St. Pauli zu besuchen. Auch hier ging ein Stück Tradition verloren.

Grobecker berichtet von zahlreichen weiteren Themen aus Hamburgs „Tor zur Welt“, beispielsweise über die Arbeit von Frauen, deren Berufschancen mit dem Rückgang der manuellen Arbeit, etwa als Brückenführerin, stark zunahm, über Arbeits- und Gesundheitsschutz, Infrastrukturmaßnahmen oder über Umweltprobleme wie die illegale Verklappung von Altöl und die Schwierigkeiten mit dem verseuchten Elbeschlamm.

Die Geschichte des Hamburger Hafens war nicht nur von Erfolgen gekrönt. Auch mit Rückschlägen, wie der Rezession im Schiffbau in den 1980er Jahren, musste umgegangen werden. Mehrfach wehrte sich die Hansestadt gegen Versuche aus Brüssel, den Status des Freihafens aufzuheben. Nach Ansicht des Autors verbesserte eine weitsichtige Politik die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens und erschloss stetig neue Märkte. In den 1990er Jahren entwickelte sich der Hafen durch den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnik immer stärker zum logistischen Zentrum Nordeuropas. Dienstleistungen, wie die Wissensvermittlung, d.h. die Beratung und Schulung beim Aufbau von Hafenanlagen und Verwaltungen in anderen Ländern, ergänzten das Leistungsspektrum (S. 212).

Am Ende des Buches hat man viel gelernt über „Multipurpose-Terminals“, „Roll-on/Roll-off-Verkehr“ oder die Computersysteme „EVA“, „SYLVIA“ und „LINDA“. Doch auch der kulturgeschichtlich interessierte Leser konnte spannende Details erfahren: Wer wusste beispielsweise, dass bis in die 1970er Jahre der Konsum von Bier im Hafen erlaubt war, da Bier nicht als Alkohol, sondern als „Kompromissgetränk“ galt, das schlechter Stimmung vorbeugen sollte? Erst mit der computergestützten Containersteuerung kam das Verbot. Etwas später, 1985, schloss die letzten „Kaffeeklappe“. Diese gemeinnützig

organisierten Speisehallen boten den Arbeitern fast 100 Jahre lang eine warme, preisgünstige Mahlzeit. Doch mit dem Aufkommen der Betriebskantinen gingen hier nicht nur Orte überbetrieblicher Kommunikation, sondern auch ein Stück „Hafenromantik“ verloren.

Thomas Wolfes, Berlin

ENGELBERT KREMSER, *Anstiftung zum Raum. Incitement to space. (Ausstellungskatalog Deutsches Architektur Museum, Frankfurt am Main 18. Februar - 30. April 2006), 95 Seiten, 12,- Euro*

Zu einem Zeitpunkt, zu welchem das städtebauliche Ziel die Stadt- bzw. Imageverschönerung mit Mitteln des „urban design“ ist und Stararchitekten zu Designern des Konsumraums europäischer Innenstädte reduziert werden, kann es erfrischend sein, den Blick zurück nach vorn auf den Maler und Visionär Engelbert Kremser zu richten. „Manchmal vergisst man auch Pioniere“, schreibt Ingeborg Flagege, die Direktorin des Deutschen Architektur Museums in Frankfurt am Main, die dem malenden Architekten im Frühjahr 2006 eine Ausstellung gewidmet hat (S. 4). Im begleitenden Katalog finden sich informativ und anregend zu lesende Essays von Wolfgang Pehnt, Manfred Sack und dem Neurobiologen Gerald Hüther, die ihre Wertschätzung für den Zeitgenossen zum Ausdruck bringen. Die Ausstellung und der Katalog stellen nicht den Erdarchitekten Kremser in den Mittelpunkt, von welchem es wenige realisierte Projekte gibt, sondern den Maler und Visionär. Für sein Spielhaus im Berliner Märkischen Viertel (1969-1973) oder das Café für die Bundesgartenschau in Berlin-Britz (1977-1985) ließ er Erdhügel aufschichten und strukturierte diese mit Harken und selbstgebauten Werkzeugen; dann ließ er die Negativformen mit Stahlarmierungen ummanteln und Beton- und Dämmschichten aufbringen. Schließlich wurde die Erde unter dieser Ummantelung abgetragen.

Übrig blieben die bizarren, gegossenen Schalen – erstarrte Positivabdrücke der lebendigen Erde. Die Titel seiner Teils vielfarbigen Ölbilder und seiner wirbeligen Aquarelle bringen von „Trep-penaug“ über „Brockenhaus“ bis „Das Große Schauspielhaus“ beiläufig immer wieder das eigentliche Metier des Malers nahe, die Architektur. Über die Raumwirkung von Kremserns Bildern schreibt Wolfgang Pehnt: „Die Wirbel, Schleiertänze, Rauschräume dieser Bilder sind von unwiderstehlichem Optimismus. Sie sind raumsüchtig und machen raumsüchtig. Ihre Farbbahnen ziehen den Betrachter in die Tiefe, reißen Schlünde auf, fegen wie Tornadosäulen durch die Bildräume, stauen und verknotten sich, stiften Himmelfahrten an; kurzum, sie plädieren für ein anderes, vitales Raumerlebnis als das der einfachen stereometrischen Körper, der flachgelegten oder hochkant gestellten Kisten“ (S. 6). Manfred Sack verweist nochmals auf die Vorbilder dieser dynamischen Ausdruckskraft: „Hermann Finsterlin und Antoní Gaudí, auch Erich Mendelsohn, Hugo Häring, die Luckhardts, Hans Poelzig und den Anthroposophen Rudolf Steiner“ (S. 20). Kaum jemanden lassen Kremserns Werke, die zum Teil an mikroskopische Ausflüge erinnern, unberührt. Und das ist intendiert, ebenso wie Kremserns Unzufriedenheit mit der gebauten und verbauten Gegenwart der 1960er und 1970er Jahre in seinen Raumkonstruktionen spürbar ist. So zeugen denn auch Kremserns Bilder und Collagen von einer Spontaneität der Entscheidung, die dem Prozess des Bauens diametral entgegen zu stehen scheint. Insofern ist es nur konsequent, dass Gerhald Hüther das Verdienst von Kremserns Bildern darin sieht, dass sie zu der Erkenntnis anregen, es könnte auch anders gebaut und gestaltet werden – formenreich, naturverbunden, fantasievoll und spielerisch. Kremserns Bilder nehmen den Schwung heutiger dekonstruktivistischer Projekte vorweg. Nicht zuletzt deswegen könnte es anregend sein, sich mit Kremserns haptischen Raumkonstruktionen schauend und staunend auseinanderzusetzen.

Franziska Puhan-Schulz

